Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

...kampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei ...lich 2.00 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und ...ktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. f. d. mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Fernrufe: (Red.) 21045, (Verl.) 21047, (Prod.-Ges.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonten: Commerz- u. Privat-Bank Halle; Friedmann & Co. Halle; Kreisbank d. Saalkreises, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Frin Krob. Halle.

...preis 15 Pf. | Halle, Freitag, 19. April 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 91

...Pariser Fiasko:

...r Abbruch der Reparationskonferenz

...ie einzige Endlö'ung der Krise des Imperialismus ist die Solidarität mit ...er Sowjetunion, die proletarische Revolution, der Aufbau des Sozialismus

(Eig. Drahtm.) **Paris**, 18. April.

...teraustausch der Reparationskonferenz, dem das deutsche ...um zur Prüfung überwiesen wurde, hielt unter dem ... Amerikaners Owen Young eine zweistündige Sitzung ... aber nur über die Höhe der ersten Jahresrate ... wurde, für die die Gläubigermächte 1,80 Milliarden ...ährend die deutsche Delegation 1,65 Milliarden anbietet. ...t wurde aufgefordert, diese Reduzierung zu rechtfertigen. ...mittag fand eine neue Sitzung statt, über die die fran...entur „Havas" berichtet, daß die deutsche Delegation sich ... habe, den von ihr gemachten Vorschlag, während ... 1650 Millionen Mark zu zahlen, zu erhöhen.

...essen würden die Gläubigermächte auf der heutigen ...ng feststellen, daß es ihnen unmöglich gewesen sei, ... deutschen Delegierten eine Lösung des Reparations...problems zu finden.

...nuber berichtet das Wolffsche Telegraphenbureau, daß ... Delegation nur erklärt hätte, daß sie nicht in der Lage ... höhere Jahreszahlung von sich aus zu befürworten, es ... daß Anregungen gegeben würden, die eine Erhöhung ...en Leistungs- und Zahlungsfähigkeit herbeiführen. Der ...uß hat festgestellt, daß er nicht zu einer Ueber...ng gelangt sei. Für den heutigen Vollsitzung würden die ...Delegierten teilnehmen.

...märis" schreibt: „Zweifellos ist die Lage außerordent...ht und kritisch und es bestehen nur noch sehr geringe ... für eine Weiterführung der Konferenz."

...Berliner bürgerliche Presse versucht, die Schuld an dem ...der Konferenz den Gläubigermächten in die Schuhe zu ... Nunmehr trete der Dawes-Plan wieder in Wirksamkeit. ... müsse auf die Zukunft vertrauen. Die Zeit sei für ... des Reparationsproblems noch nicht reif.

...gen weist die bürgerliche Presse auf die Möglichkeit ...ompromisses in der Form hin, daß über das von der ...ischen Delegation in Vorschlag gebrachte Provisorium ...diskutiert wird, daß eine Lösung für die nächsten 15 Jahre getroffen werden wird.

Der Zusammenbruch der Pariser „Sachverständigen"-Konferenz kommt keineswegs überraschend. Dieser Ausgang der zehnwöchigen Verhandlungen bestätigt, daß die Reparationsfrage mehr ist als eine finanztechnische oder rein wirtschaftliche Frage, daß sie vielmehr alle entscheidenden Gegensätze der Weltpolitik, alle Widersprüche der Periode der wachsenden Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung aufrollt und daß ihre „Lösung" eine politische Frage ist, die unmittelbar in die Frage des Krieges einmündet.

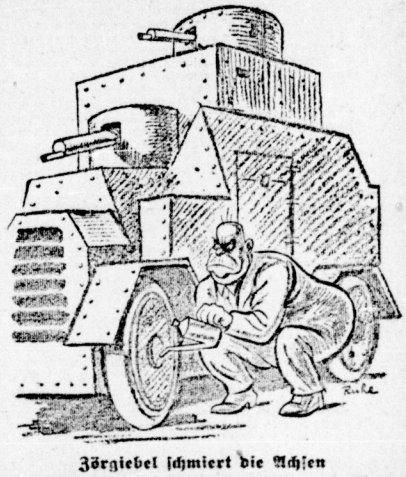
Das Pariser Fiasko ist ein klassischer Ausdruck der im Rahmen des kapitalistischen Systems unüberwindlichen und politischen Widersprüche der zerfallenden Stabilisierung des Kapitalismus.

Zwei Tatsachen haben die Pariser Verhandlungen unbeschadet ihres negativen Ergebnisses mit alarmierender Klarheit bewiesen: Die deutsche Bourgeoisie hat offen erklärt, daß sie entschlossen ist, den Weg des Anschlusses an den englisch-französischen Block gegen die Sowjetunion weiterzugehen und daß für sie die Reparationsfrage nichts anderes ist als die Frage des Preises für ihre Teilnahme an dem Interventionskrieg gegen den russischen Arbeiterstaat.

Ferner hat die Pariser Konferenz gezeigt, daß unter den Bedingungen der verschärften imperialistischen Gegensätzlichkeiten, insbesondere des englisch-amerikanischen Gegensatzes, der Druck auf die deutsche Bourgeoisie nicht abnimmt, sondern wächst. Die Dialektik der geschichtlichen Entwicklung hat alle Illusionen über eine mögliche Unterstützung des deutschen Imperialismus durch Amerika gegen die Entente endgültig zertrümmert. Dem deutschen Imperialismus bleibt für die Durchführung seiner imperialistischen Ziele nur ein Weg, der Weg des Anschlusses an die Entente um jeden Preis.

Diesen Weg hat die deutsche Bourgeoisie längst gewählt und ist entschlossen, ihn zu Ende zu gehen.

Den anderen Weg geht das Proletariat: Den Weg der Solidarität mit der Sowjetunion gegen alle kapitalistischen Machthaber, den Weg der proletarischen Revolution als der Endlösung der Sterbekrisis des Imperialismus.



Zörgiebel schmiert die Achsen

Sozialdemokratische Festvorbereitungen für den 1. Mai

...Platz dem Arbeiter am 1. Mai!

...etriebe beschließen Arbeitsruhe und Beteiligung an der Mai-Kampfdemonstration

...17. April tagende Belegschaftsversammlung der Firma ...r-Büschdorf beschloß, am 1. Mai restlose Arbeits...ruhe durchzuführen und sich an der Demonstration der Kom...n Partei zu beteiligen. In einer Entschließung, die in ...chaftsversammlung angenommen wurde, wird auf das ...spiel zwischen Reformismus und Trustbourgeoisie zur ...ung der Mai-Aufmärsche hingewiesen und die gesamte ...Arbeiterschaft aufgefordert, nun erst recht in großen ...aufmarschieren.

...um roten Pfingsttreffen in Hamburg

...die Belegschaft eine Delegation, die von der Be...anziert wird. Die Kollegen appellieren an alle anderen ...en, es ihnen gleichzutun.

...ardt- und Freyberg-Brauerei-Belegschaft arbeitet nicht,

...arschiert am 1. Mai mit der gesamten übrigen hallischen ...aft unter revolutionären Kampflosungen auf. In ...ne wurde von der am 18. April tagenden Belegschafts...ung der Engelhardt-Brauerei eine Resolution an...n, die die Aufforderung enthält, den sozialfaschisti...en Werftschaftsspaltern zum Trotz den 1. Mai ...ftag des Proletariats zu begehen. Die Belegschaft ...ch zur Demonstration am 1. Mai 9 Uhr vormittags auf ...gartenplatz.

...nliche Resolution beschloß die Belegschaftsversammlung ...berg-Brauerei.

Das Ortskartell Landsberg,

...liche proletarische Organisationen angehören, beschloß, ...überall Arbeitsruhe durchzuführen und geschlossen mit ...kommunistischen Partei aufzumarschieren. Der Mai-Aufmarsch ...ittags 3 Uhr vor sich gehen.

...ionäre Mai-Demonstrationen auch auf dem flachen Lande

...ittag, dem 12. April, wurde in Güntheritz von den ...sämtlicher Arbeiterorganisationen beschlossen, die Mai-...revolutionären Parolen zu begehen. Eine in dieser Sitzung beschlossene Resolution wendet sich gegen das Verbot der Mai-Demonstration in Berlin und das geplante Verbot der KPD. und des RFB. Die Arbeiterschaft des ganzen Gebietes wird am 1. Mai gegen den imperialistischen Krieg und den Sozialfaschismus demonstrieren.

Dresdener Straßenbahn für Arbeitsruhe

(Eig. Drahtm.) **Dresden**, 19. April.

Der Betriebsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung einstimmig Arbeitsruhe am 1. Mai für das Fahrpersonal.

Fünf Millionen für Kinderspeisung mit Hilfe der SPD. abgelehnt

Dafür 100 Millionen an die Großagrarier

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 18. April.

Der Haushaltausschuß des Reichstages behandelte am Mittwoch und Donnerstag den Haushalt für Ernährung und Landwirtschaft. Die Kommunisten hatten den Antrag eingebracht, 5 Millionen für Kinderspeisungen in den Etat einzusetzen. Zu diesem Antrag sprach für die kommunistische Fraktion Genosse Hörnle, der wirkungsvoll die Notwendigkeit der erhöhten Kinderspeisung begründete. Der kommunistische Antrag wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt. Nach der Abstimmung stimmten die bürgerlichen Abgeordneten ein stürmisches Gelächter an. Mit Recht, denn in dieser Situation mußten sie alle daran denken, wie die Sozialdemokraten im Wahlkampf in allen Städten und Dörfern, auf Plakaten und Möbelwagen ihre Losungen durch die Straße führten: „Anstatt Panzerkreuzer — Kinderspeisung!"

In der gleichen Sitzung des Haushaltausschusses legte der Koalitionskollege Hermann Müllers, Reichsernährungsminister Dietrich, einen Fünfjahresplan für die Landwirtschaft vor, durch den noch mal 100 Millionen in Jahresraten von rund 20 Millionen verpulvert werden, und zwar lediglich als Liebesgaben für die Junker.

Zum 12. Parteitag der KPD.

Die faschistische Gefahr und der Sozialfaschismus

Von Ernst Schneller

Der „Klassenkampf", das Organ des „linken" SPD.-Klüngels um Levi-Seydewitz schrieb in einem der letzten Hefte:

„So grotesk es vielleicht klingen mag, so ist es doch heute historische Wirklichkeit: Koalition ist der Weg in den Faschismus!"

Diese Feststellung hindert diese „linken" Helden keineswegs, die SPD. als den Hort der „freien" Demokratie, die kapitalistische Demokratie als das Bollwerk gegen den Faschismus zu preisen. Die wachsende Opposition der SPD.-Arbeiter gegen die schändliche Politik der Müller-Severing-Hilferding-Wissell läßt die „linken" Führer das Zugeständnis von dem Weg in den Faschismus machen, um zugleich die Arbeiter weiter wie bisher und noch stärker für Demokratie, Republik und SPD. zu begeistern. Keinesfalls dürfen den sozialdemokratischen Arbeitern die Augen darüber geöffnet werden, daß die Sozialdemokratie als Bewegung mit der Politik der Trustbourgeoisie auf Gedeih und Verderb verwachsen ist, daß die Rettung der Sozialdemokratie als Partei von der Rettung der Bourgeoisie vor den gesteigerten Angriffen der Arbeiterschaft und der Revolution abhängt.

Sie reden von Demokratie und Republik, von „demokratischen Freiheiten" und (parlamentarischem!) „Machtkampf" — als sei alles in bester Ordnung, wenn sich nur H. Müller und Co. nicht so sehr über die Löffel barbieren ließen, nicht persönlich solche Reformisten wären. Diese Heldenpose — als machten die „Linken" praktisch auch nur einen Deut andere Politik und als seien die Müller und Co. nur persönlich für die Regierungspolitik haftbar, keineswegs aber die Partei und das System des Reformismus — soll die wahren, die tieferen Zusammenhänge der Koalitionspolitik mit dem Anwachsen der faschistischen Gefahr verschleiern.

Inzwischen ist das Wesen der Koalitionspolitik noch offener vor den Massen enthüllt worden. Der preußische Innenminister Grzesinski hat seine Androhung des Verbotes des RFB. und der KPD. erlassen. Die Presse der Schwerindustrie fordert stürmisch, daß der Androhung die Tat folgen soll. Zörgiebel bereitet für Berlin einen blutiger 1. Mai vor, der sozialdemokratische Polizeisenator Schönfelder Hamburg wetteifert mit ihm — so wie der Mordmarschall Piłsudski im Vorjahre in Warschau mit Unterstützung von sozialdemokratischen Rollkommandos die Demonstration der revolutionären Arbeiter mit Waffengewalt zu verhindern suchte. Der Ruhm Mussolinis, Piłsudskis, Horthys und der Arbeiterschlächter Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens läßt die sozialdemokratischen Führer in Deutschland nicht ruhen, die schlechtbezahlten, mit militärischem Drill gefütterten Polizeibeamten sollen demonstrieren; was anderswo mit den Mitteln der offenen faschistischen oder der Militärdiktatur erreicht wird — das besorgt in Deutschland am Tage des 1. Mai-Aufmarsches die Koalitionsregierung Müller: Straße frei für den Polizeiterror, Straße frei für Arbeitermord, Straße frei für Kommunistenhetze!

Was das wilhelminische Deutschland nicht wagen konnte, was dem Kapp-Minister Keudell nicht gelang — die Trustbourgeoisie läßt es durch die SPD.-Regierung ausführen: mit Gummiknüppel, Bajonett, Panzerwagen und Maschinengewehren demonstriert die Republik gerade am 1. Mai gegen die Arbeiterschaft.

Dieses sozialfaschistische Terrorregime der SPD. ist nichts anderes als die brutale Durchführung mit allen Mitteln und unter allen Umständen der verschärften Hunger- und Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie gegen den anwachsenden Widerstand des Prole-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0001

tariats und der werktätigen Bevölkerung. Dieses Terrorregime ist die Legitimation des deutschen Trustkapitals für die Reparationsverhandlungen, für die Einreihung Deutschlands in den Antisowjetblock.

Zur Durchsetzung der positiven Mehrpolitik, des Panzerkreuzersozialismus, des Abbaus der Sozialfürsorge und der Besitzsteuern bei steigernder Massenbelastung und Massenerwerbslosigkeit, zur Sicherung der neuen Hungeroffensive durch Preissteigerung und Antreibesystem — braucht die Bourgeoisie die vollständige Knebelung der Massen.

Demokratie und Parlament reichen angesichts der wachsenden Schwierigkeiten der heranahenden großen Krise und der wachsenden Erbitterung der Massen nicht aus — den Betrug am werktätigen Volke und seine Niederknüppelung zu sichern. Die revolutionäre Vorhut muß brutal niedergeschlagen werden, um die Arbeiterklasse ihrer besten Vorkämpfer zu berauben. Die Krise der Demokratie und des Parlamentarismus enthüllt die Ausweglosigkeit des Imperialismus. Der Uebergang zu faschistischen Methoden mit Unterstützung der SPD. zeigt die Entschlossenheit des neuen deutschen Imperialismus, um seine Existenz mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die Bourgeoisie und alle ihre Parteien solidarisieren sich völlig mit den Regierungsmethoden der SPD.-Minister. Sie fordern mehr: die gesamte Organisation, der gesamte Einfluß der SPD. muß ausgeboten werden, um diese Politik zu sichern.

Nicht bloß die faschistischen Banden der Nationalsozialisten, des Stahlhelms und des Jungdo sollen in Reih und Glied mit den von reaktionären Offizieren vorwärts getriebenen Polizeitruppen marschieren — auch die Rollkommandos des Reichsbanner, die „Ordner" der SPD. Die Einheitsfront aller Parteien von den Alldeutschen bis zur SPD. gegen Arbeiterklasse und Kommunismus marschiert. Die Fälle der offenen Unterstützung von Polizei und Unternehmertum im Kampf gegen die Kommunisten gegen ihren wachsenden Einfluß seitens der SPD. häufen sich immer mehr. Was bislang von bezahlten Betriebsspitzeln, von Werkspolizei getan wurde: Denunziationen von Kommunisten — das besorgen heute in steigendem Maße sozialdemokratische Funktionäre (die hoffen, auch einmal „etwas zu werden"). Nach dem Hafenarbeiterkampf in Hamburg hetzte das „Hamburger Echo": Hinaus mit den Kommunisten aus dem Hafenbetrieb. Sozialdemokratische Betriebsräte drohen mit Hinauswurf aller Kommunisten, wenn die Herausgabe der Betriebszeitungen nicht eingestellt wird. In sozialdemokratisch geleiteten Betrieben (d. h. Berliner Verkehrs AG.) werden systematisch oppositionelle Arbeiter entlassen. Der Kurs der Spaltung in den Gewerkschaften, Sportorganisationen, bei den Freidenkern, die völlige Erdrosselung der proletarischen Demokratie in den Verbänden — diese Tatsachen zeigen, wie an einem System der völlig unbeschränkten Herrschaft einer kleinen Führerclique gearbeitet wird — die Gewerkschaften und Klassenorganisationen zu blindlings ergebenen Organen der Militarisierung, Spaltung, Schwächung und — Niederwerfung des Proletariats zu machen.

Bankrott des Parlamentarismus und Bankrott der bisherigen Methoden der Ausplünderung und Unterdrückung der werktätigen Massen haben zur Anwendung faschistischer Methoden, zur direkten Stärkung der faschistischen Organisationen, zur Entwicklung des sozialfaschistischen Kurses der SPD. geführt und werden dies auch weiter in immer größerem Ausmaß tun. Die SPD. ist am Anwachsen der faschistischen Gefahr aktiv beteiligt. Sie steht mit in erster Reihe!

Diese Entwicklung nicht sehen wollen, ihre Hintergründe nicht aufdecken, das hieße, der SPD. direkt in die Hände arbeiten. Die Partei hat diese Entwicklung rechtzeitig erkannt. Sie hat auch die richtigen Wege eingeschlagen, um eine desto kühnere Mobilisierung der Massen zur Offensive gegen den Dreibund Staat, Unternehmerorganisationen, reformistische Bureaukratie durchzuführen. Daß die Partei sich nicht beirren ließ, brachte ihr die großen Erfolge bei den Betriebsrätewahlen; die Massen sind in wachsendem Maße bereit, unter Führung der Partei zu kämpfen. Keine Kapitulation vor dem Androhen des Verbots, vor den faschistischen Vorstößen, kein Kuhhandel und keine „Einheitsfront" mit den sozialfaschistischen Führern und ihren „linken" Kumponen, sondern klare Aufzeigung der Kampffront, der revolutionären Kampflosungen und Kampfmethoden.

Kein demokratisches „Rettungs"programm — sondern Aufrollung des Machtproblems im revolutionären Sinn: für die proletarische Diktatur!

Je klarer die Partei diesen Weg geht, — um so schmählicher entpuppt sich die Rolle der Rechten und Versöhnler. Die Rechten, soweit sie noch in der Partei sind —, die Brandlergruppe außerhalb der Partei, sie predigen Kapitulation vor dem sozialfaschistischen Kurs, „Einheitsfront" mit der SPD. Die Versöhnler haben in ihrer Plattform vom 25. Januar als „das Charakteristische an der gegenwärtigen Situation" erkannt,

„daß die Bourgeoisie ihre imperialistische Politik vorderhand weder mit faschistischen noch mit diktatorischen Methoden, sondern (!) in engster Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der kapitalistischen Demokratie durchzusetzen bestrebt ist".

Diese „Erkenntnis" der Versöhnler — wenn sie von der Partei übernommen würde, müßte folgerichtig zur Lähmung der Partei, zur vollständigen Desorganisierung des Proletariats und damit zur schmählichen Niederlage gegenüber der dann um so rücksichtsloser vorstoßenden faschistischen Reaktion führen — zur kampflosen Kapitulation.

Die Partei ist in den letzten Jahren, besonders aber in den letzten Monaten bei Durchführung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses und des Offenen Briefes des EKI nicht bloß innerparteilich im Kampf gegen Rechte und Versöhnler gewachsen, sie hat bewußter, klarer und trotz mancher Schwankungen im örtlichen Maßstab einheitlicher als zuvor den Kampf um die Führung des Proletariats, um die Hegemonie im Proletariat aufgenommen, sie hat erkannt, daß alle Kämpfe um die Tagesforderungen von eminent politischer Bedeutung sind, daß sie unmittelbar die Voraussetzungen abgeben müssen für die Aufrollung der Machtfrage — als der zugleich ausschlaggebenden Frage im Kampf um die Verteidigung der Sowjetunion gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Indem die Partei die faschistische Gefahr und die Entwicklung des sozialimperialistischen Reformismus zum Sozialfaschismus signalisiert, den Kampf dagegen aufnimmt, den Aufmarsch am 1. Mai, die Durchführung der Betriebsrätewahlen, die Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe unter diesem Gesichtspunkt geschlossener, energischer und kühner organisiert, bereitet sie eine neue Phase der Entwicklung im Klassenkampf in Deutschland und des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik, gegen die Bedrohung der Sowjetunion vor: den Uebergang zu großen Massenkämpfen unter unmittelbarer Führung der Partei. Je klarer, geschlossener und kühner wir kämpfen, um so sicherer und größer wird der Erfolg sein.

Urich kündigt Massenausschlüsse an

Die Ortsverwaltung des DMVV. Berlin veröffentlicht im „Vorwärts" vom 18. April eine Drohung, in der Massenausschlüsse oppositioneller Metallarbeiter angekündigt werden. Das Komitee zur Abwehr der Spaltung hat zum 21. April eine Metallarbeiter-Delegiertenkonferenz einberufen, auf der die notwendigen Kampfmaßnahmen zur Erringung besserer Löhne in der Berliner Metallindustrie beraten werden sollen. Die DMVV.-Ortsverwaltung droht nun an, daß jeder Metallarbeiter, der diese Konferenz besuche, aus dem Verband ausgeschlossen werde.

Die Berliner Metallarbeiter werden sich auch durch diese neue Drohung nicht einschüchtern lassen. Da die sozialdemokratischen DMV.-Führer nur die Absicht haben, die Lohnbewegung in der Berliner Metallindustrie zugunsten der Unternehmer abzuwürgen, lassen sich die Berliner Metallarbeiter nicht davon abhalten, eine zentrale Kampfleitung zu wählen.

Hitler-Banditen provozierten in Pirmasens in einer von mehreren Tausenden besuchten Kundgebung Arbeiter. Nach der Demonstration schossen sie aus dem Lokal heraus. Sie gaben 24 Schüsse ab, ohne daß die Polizei einschritt.

Freche Verhöhnung der Eisenbah

Reichsbahndirektion und Gewerkschaftsbureaukratie wollen die Lohnerhöhung St. Nimmerleinstag verschleppen

Die Reichsbahndirektion verbreitet folgende Mitteilung:

„Die Reichsbahn hat auf Grund des bei ihr von den Spitzengewerkschaften eingegangenen Schreibens eine Verbindung mit den Reichsressorts zwecks einer nochmaligen Besprechung der Lage aufgenommen. Da die Neubildung der Reichsregierung erst jetzt erfolgt ist, hat eine Besprechung bisher noch nicht stattgefunden. Voraussichtlich wird eine solche in den nächsten Tagen erfolgen. Bekanntlich haben

die Spitzengewerkschaften sich dafür eingesetzt, daß bis zum Abschluß der Pariser Verhandlungen der Lohnstreit aufgeschoben werden soll im Interesse der wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Ferner hatten sich die Spitzengewerkschaften dafür eingesetzt, während dieser Zeit Streiks nach Möglichkeit zu verhindern. Es muß im Interesse der stetigen Weiterentwicklung der Wirtschaft gefordert werden, daß der Lohnstreit bei der Eisenbahn erst nach Abschluß der Pariser Verhandlungen ausgetragen wird."

Der Abend-„Vorwärts" vom 18. April bestätigt in seinem Kommentar zu dieser Meldung, daß die Spitzenorganisationen tatsächlich den Vorschlag gemacht haben, die Lohnbewegung der Eisenbahner bis nach Abschluß der Pariser Reparationsverhandlungen zu vertagen. Dann führt der „Vorwärts" aus, daß die Wendung erst nach Abschluß auslegungsfähig sei. Wenn man warten wolle, bis die Reparationsfrage auch im Sinne abgeschlossen sei, könne sich das für die Eisenbahner einem halben Jahre Verzögerung ausdehnen. Bestoweniger ist der „Vorwärts" mit dem Vorschlag der Reichsbahndirektion einverstanden, er verlangt nur noch von der Reichsbahn, „daß sie bereit ist, falls die Verhandlungen eine Erleichterung der Belastungen der Reichsbahngesellschaft bringen, im entsprechenden Maße Löhne der Eisenbahner aufzubessern".

Es bestätigt sich also alles, was die Kommunisten den Eisenbahnern gesagt haben. Die Eisenbahner sollen so lang hingehalten werden, um dann endgültig zu warten. Es ist nämlich gar nicht gesagt, daß bei einer Verminderung der jährlichen Reparationsleistungen der Reichsbahn verringert. Die Reparation der Reichsbahn ist doch der Grundstock der Reparation. Wenn eine Verminderung der Reparationslast erfolgt, die Müller-Regierung eher ihre militärischen Ausgaben vergrößern, ehe sie die Reparationsabgabe der Bahn verringern würde.

Die Erklärung der Reichsbahndirektion, der gemeinsame Spitzenorganisationen und des „Vorwärts" bedeutet glaubliche Verhöhnung der Eisenbahner. Die Eisenbahner können das betrügerische Spiel nur dadurch durchkreuzen, daß sie sofort an den verkehrswichtigsten Punkten mit dem Streik beginnen.

Mißtrauensantrag gegen den Polizeiminis

Maidemonstrationen trotz Grzesinski- und Zörgiebel-Verbote

Die Sozialdemokraten haben bisher die Beratung des kommunistischen Urantrages auf Aufhebung der Versammlungs- und Demonstrationsverbote im Landtag sabotiert, weil sie sich zeige vor einem klaren Bekenntnis drücken wollen, daß sie voll und ganz mit den Polizeiattitüden ihrer „Genossen" Grzesinski und Zörgiebel einverstanden sind, um die Mai-Demonstrationen des Berliner Proletariats im Blute zu ersticken. Die kommunistische Landtagsfraktion hat deshalb, um noch vor dem 1. Mai eine Stellungnahme der Regierung und der Landtagsparteien zu dem sozialdemokratischen Terrorkurs zu erzwingen, folgenden Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Grzesinski eingebracht:

„Trotz der Kundgebungen der übergroßen Mehrzahl der Arbeiter in den Berliner Betrieben und in ganz Preußen sind die Versammlungs- und Demonstrationsverbote nicht aufgehoben worden. Sie sollen vielmehr auch für den proletarischen Weltfeiertag, den 1. Mai, aufrechterhalten bleiben. Die Polizei trifft fieberhaft Vorbereitungen, um die Mai-Demonstrationen mit allen Mitteln niederzuschlagen. Was einem Bismarck, einem Jagow, einem Kendell nicht gelungen ist, das wollen Grzesinski und Zörgiebel jetzt erreichen: den wachsenden Kampfwillen des revolutionären Proletariats zu ersticken und die revolutionäre Front gegen Ausbeutung und Kriegsgefahr zu zerschlagen.

Die Durchführung dieser von den Klassenfeinden des Proletariats diktierten Absicht wird an dem Massenwillen der Arbeiterschaft scheitern. Die werktätigen Massen lassen sich von einem Polizeipräsidenten noch von einem Innenminister in der Tat für die Idee des 1. Mai demonstrieren verbieten. Sie lassen sich das Recht auf die Straße nicht verkürzen.

Die kommunistische Fraktion bringt diesen in sich schließungen und bei den Betriebsratswahlen bekundeten Willen der Arbeiterklasse zum Ausdruck, indem sie beantragt, der Landtag wolle beschließen: Der Landtag entzieht dem Minister des Innern das Vertrauen".

Laut verfassungsmäßigen Bestimmungen muß der Landtag innerhalb 14 Tagen über diesen Mißtrauensantrag beraten und abstimmen. Da sich der Landtag am 27. April auf Ferien vertagen will, werden Grzesinski und die Heilmann-Clique gezwungen sein, noch vor dem 1. Mai das klare Bekenntnis zu legen, daß sie die Mai-Ideale des Proletariats mit Polizeiknüppel und Waffengewalt unterdrücken wollen.

Das Angebot der deutschen Sachverständigen

wird von der ganzen Pariser Presse abgelehnt

(Eig. Meldg.) **Paris**, 18. April.

Das von den deutschen Sachverständigen in Paris gemachte Angebot, 37 Jahresraten von 1,65 Milliarden Goldmark als endgültige Reparationssumme zu leisten, wird von der ganzen Pariser Presse, teilweise mit besonderer Schärfe abgelehnt.

Im „Echo de Paris" schreibt Pertinax: „Niemand denkt daran, das deutsche Angebot anzunehmen. Was wird es nützen, wenn man Dr. Schacht vielleicht zu einer Erhöhung seines Angebots um etwa 250 Millionen bringen kann?"

„Die Deutschen machen sich einfach über alle Welt lustig, nicht nur über ihre Gläubiger, sondern auch über die Amerikaner, deren vernünftige Kompromißvorschläge sie nicht einmal annehmen wollen", ist die Auffassung des „Journal".

„Petit Parisien" erklärt: „Man kann es nicht verstehen, wie Deutschland ein derartig lächerliches Angebot machen kann." Und das „Excelsior": „Das deutsche Angebot zeigt eine derartige Impertinenz, daß man die lebhaftesten Besorgnisse nicht nur für die Ergebnisse der Konferenz, sondern auch für die Ernsthaftigkeit hegen muß, mit der Deutschland die neuen Verpflichtungen zu übernehmen gedenkt."

In ähnlichem Sinne äußert sich die übrige Pariser Presse, zeigt den Mißerfolg der Konferenz auf und hält die Rückkehr zum Dawes-Plan für unvermeidlich.

Die bürgerliche Presse in Deutschland nimmt bis jetzt im wesentlichen noch nicht zu dem deutschen Angebot Stellung, sondern beschränkt sich auf eine Wiedergabe der ausländischen Pressestimmen.

In den nächsten Wochen wird in einem besonderen Unterausschuß um die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationssumme gerungen werden, und das Angebot der deutschen Sachverständigen läßt es wahrscheinlich erscheinen, daß sich schließlich Schacht bereit erklärt, bis zu 2 Milliarden Jahresannuität zu leisten.

Was macht Seeckt in Rumänien?

(Eig. Drahtm.) **Bukarest**, 18. April.

Das rumänische Außenamt teilt mit, daß der Ministerpräsident zu Ostern einen „Höflichkeitsbesuch" des Generalobersten v. Seeckt empfangen habe.

Vor kurzem war ein anderer General in Rumänien, der französische General Lerond, der jetzt Vorsitzender des Aufsichtsrates der Danziger Werft ist. Auch Lerond war nur aus „Höflichkeit" in Rumänien. Der General Seeckt hat sich in Klausenburg drei Tage aufgehalten und nicht nur mit dem Ministerpräsidenten, sondern auch mit dem Minister für das Banat und mit dem Innenminister Konferenzen gehabt.

Vor etwa einem Vierteljahr ist zwischen Rumänien und der deutschen Regierung ein Finanzabkommen zustande gekommen. Deutschland zahlte 95 Millionen Mark für die Stabilisierung des Leis.

Kürzlich hat Rumänien einen deutschen Kredit, der in Wirklichkeit zweifellos ein amerikanischer Kredit ist, in Höhe von 200 bis 250 Millionen Mark erhalten. Dieser Kredit dient in der Hauptsache der Finanzierung von Eisenbahnprojekten, die nach strategischen Gesichtspunkten angelegt werden. Zweifellos dürfte bald an der Grenze Polen—Rumänien ein Quereisenbahnbau zustandekommen. Ferner dient der Kredit auch für die Rüstungsaufträge bei Scoda und Schneider-Creuzot. Von deutschen Firmen sind vor allem Maffei in München und Borsig in Berlin und Orenstein & Koppel an Rumänien interessiert. In dieser Hinsicht ist der Besuch des Generals von Seeckt, in dessen Begleitung sich auch ein deutscher Reichswehroffizier und ein preußischer Prinz befunden haben sollen, außerordentlich bedeutungsvoll.

SPD.-Koalitionskurs in Sachsen

In Sachsen fanden am letzten Sonntag die sozialdemokratischen Bezirksparteitage statt, die Stellung zur Landtagswahl. Wir berichteten bereits über die charakteristischen Reden der „linken" sozialdemokratischen Führer, die bereits für einer Koalitionspolitik in Sachsen durchaus bereit waren. Auch der „linke" Seydewitz hatte bekanntlich in der Debatte des „Klassenkampf" sich im Sinne einer eventuellen Mitregierung in Sachsen geäußert. Unser Bruderorgan, das „Kämpfer", nimmt ausführlich zu den Beschlüssen und bei den Betriebsratswahlen bekundeten Stellung und bringt folgende interessante Feststellungen zum Koalitionskurs nur bestätigen:

„Charakteristisch für die Politik der „links"sozialdemokraten ist der Verlauf der Bezirksparteitage in Dresden, Chemnitz, Leipzig. Der Chemnitzer Bezirksparteitag dauerte nur einen (!) und war im wesentlichen von einem Referat ausgefüllt. Dieses enthielt auch nicht ein einziges Wort zur Regierungsfrage, sondern bewegte sich im allgemeinen. Nur schon oft gehörten Phrasen. Nicht einmal eine Diskussion fand statt. Auf dem Dresdener Parteitage der SPD. wurde ebenfalls auf eine Diskussion „verzichtet". Auf der Leipziger Konferenz, wo Liepmann sprach, fand keine Diskussion statt und auf dem Leipziger Bezirkstag, wo Lipinski, der Parteivorstandsmann, referierte, waren seine Freunde Frenzel und Gupe. Auch im Machtbereich, in Krimmitschau und Aue, fanden Unterbezirkskonferenzen, wo jede politische Diskussion abgewürgt wurde. Auf allen Konferenzen bemühten sich die Vorsitzenden, die Diskussion zu unterbinden, um die Arbeiter nicht zu Wort kommen zu lassen."

Mit 21000 Mark Erwerbslosengeldern

(WTB.) **Wittenberg**, 18. April.

Der Rendant Hermann Knecht von der Ortskrankenkasse Wittenberg ist seit Montagvormittag mit 21 000 Mark Erwerbslosenversicherungsgeldern flüchtig.

Der kommunistische Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeiterinnen und Wöchnerinnen wurde jetzt im Sozialpolitischen Ausschuß weiterberaten. Die kommunistischen Anträge wurden von den anderen Parteien abgelehnt, auch von den Sozialdemokraten. Den Wöchnerinnen erst auf ihrem Frauentag wieder Versprechungen gemacht haben.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages forderten die kommunistischen Vertreter die unverzügliche Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen über die Verbesserung der Lage der Reichsarbeiter.

Bei der Sparkasse in Salzwedel sind wesentliche Unterschlagungen festgestellt worden, an denen auch der Direktor beteiligt sein soll. Der Kassierer haben etwa 52 000 Mk. veruntreut.

Im Auftrage der Trotzki-Hilfe, Berlin, hat eine Delegation der Norwegischen Arbeiterpartei und des Gewerkschaftsbundes beim Ministerpräsidenten Mowinckel ersucht, Trotzki eine Aufenthaltsbewilligung für Norwegen auszustellen. Der Ministerpräsident erklärte sich bereit, der Gesamtregierung das Ersuchen der Delegation zu unterbreiten.

In Siedlce (Polen) wurde der Posthalter unter dem Verdacht der Veruntreuung von Staatsgeldern verhaftet. Der festgestellte Schaden beträgt 90 000 Zloty.

Auf das italienische Generalkonsulat in Tunis wurde ein Attentat verübt, dem Menschenleben nicht zum Opfer fielen. Das Konsulat wurde zerstört.

Der neue polnische Ministerpräsident Dr. Swiatalski lehnte vor parlamentsberichterstattern die Erklärung ab, daß er als Regierungschef keine Programmrede halten werde. Er begründete seine Aeußerung mit der Ankündigung der Weiterführung des Kurses.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0002

er Mord an Karl und Rosa vor Gericht

richteten gestern über den Beginn des Beleidigungs-
es des heutigen Reichsanwalts und früheren Kriegs-
rates Jorns gegen die Zeitschrift „Das Tagebuch",
rgangenen Jahre an seine schweren Verfehlungen in der
ung des Mordes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
hatte. Wir fragen wenig nach dem Ergebnis des Be-
sprozesses. Das Urteil, das wir, das die proletarische
ichkeit über Herrn Jorns und seine Rolle zu fällen haben,
teil steht seit zehn Jahren unverrückbar fest. Die-
il wird mit jedem Tag und mit jedem neuen Prozeß nur
ft und erhärtet.

ist dabei nur ein winziger Zweig in diesem ganzen Spiel
und Lüge, ein besonders williges und fügsames Werk-
die Auftraggeber des Mordes. Die Schuld Jorns ist und
ie Schuld der Regierung Scheidemann, Ebert,
Landsberg, Wissell. Der Prozeß gegen Jorns,
Erinnerung an Karls und Rosas Tod blutlebendig im
bewußtsein ruft, mahnt zugleich, den von Karl und Rosa
n Kampf fortzuführen.

Der erste Prozeßtag

rozeß wird gewissermaßen mit vertauschten Rollen geführt.
der stundenlangen Vernehmung des als Zeugen geladen-
chsanwaltes Jorns konnte sich wohl niemand des Eins-
erwehren, daß in diesem Prozeß die Zeugenbank zur An-
bank geworden ist. Das von der Verteidigung gegen
orgebrachte Material ließ klar die ungeheure Schuld des
en Kriegsgerichtsrates erkennen. Aber die Verteidigung
Reuil), ihrer heutigen politischen Rolle gemäß, bemüht sich
den ganzen Fall zu einem Fall lediglich des Kriegs-
ates Jorns zu machen; kein Wort über die Mitschuld der
heidemann-Regierung, die keineswegs erklärte, „sie könne in
ebendes Verfahren nicht eingreifen".

Beginn der Verhandlung fragte der Vorsitzende den Reichs-
Jorns, ob der Fall vielleicht durch eine Ehren-
rung aus der Welt geschafft werden könne. „Ausgeschlos-
meint Jorns.

gnet schließlich die Vernehmung des Zeugen Reichsanwalts
Obwohl es Jorns zu beleugnen versuchte, wurde dann
t, daß er am 16. Januar 1919 mit den Ermittelungen in
Liebknecht und am 18. Januar 1919 mit den Ermittelungen
n Luxemburg beauftragt wurde. Ungefähr ab 19. Ja-
en man von einer Verkuppelung beider Verfahren sprechen.
en lag von Lüttwitz ein Befehl vor, den Offizier, der
nsport Rosa Luxemburgs geführt hatte, und das war der
nant Vogel, festzunehmen.

ie Amtshandlung Jorns aber war, am 17. Januar den Mörder Vogel auf freien Fuß zu setzen!

war ohne Zutun Jorns die Verhaftung des Kapitänleut-
Pflugk-Hartung, des Führers des Transportes Karl
, wegen des dringenden Verdachtes der Mittäterschaft an
alischen Mord angeordnet und durchgeführt worden. Quaft

ie Amtshandlung des Kriegsgerichtsrates Jorns war,
Januar ebenso wie den Luxemburg-Mörder Vogel nun-
auch den Liebknecht-Mörder Pflugk-Hartung auf freien
Fuß zu setzen.

nd eines Kreuzverhörs meint Jorns: Trotzdem ich auch im
Hotel gewohnt habe, habe ich keinerlei private Be-
zu den Mördern gehabt. Verteidiger: Sie sagen, Sie
eine privaten Beziehungen zu den Mördern gehabt, ist
aber nicht aufgefallen daß in mehreren Fällen Ihre Ver-
ne im Stabsquartier erledigt wurden von Personen, die
dessen im Verdacht der Mittäterschaft an den Mor-
en?

Die Ausschaltung der Arbeiterräte

Vollzugsausschuß und vom Zentralrat der Arbeiter- und
räte waren Wegmann, Rusch, und Strune als
ssteuer der Arbeiterschaft dem Kriegsgerichtsrat Jorns
er worden. Jorns wird nun in diesem Zusammenhange
gen, daß er diese drei Hintergangen habe. Jorns: Ich habe
boten, Fragen an die Zeugen zu richten. Verteidiger:

Aber wenn die Spur auf Pabst wies, dann wurden regelmäßig die Vollzugsräte übergangen.

Jorns muß im weiteren Verlauf der teilweise dramatisch verlaufenden Verhandlung die Vernehmung des Jägers Träger schildern. Dieser Träger stand zusammen mit dem Mörder Runge Posten vor dem Eden-Hotel. Es stand fest, daß er den Mord mit Runge besprochen hatte. Dennoch wurde er nicht verhaftet. Auch die zum Abtransport von Karl und Rosa benutzten Automobile wurden nicht festgestellt.

Ein Bericht an die Reichsregierung

Die Offiziersclique stellte die viehische Ermordung Rosa Luxemburgs so dar, daß Rosa von einer wütenden Menge Zivilisten der Soldatesska entrissen und von dieser Menge in den Landwehrkanal geworfen wurde. Diese infame Lüge der Offiziersclique war durch die Aussagen der Zeugen Wiener, Töpfer, Eicker, Schmidt, Mittelstiß, Hall und Göttinger vollkommen widerlegt worden. Trotzdem stand in dem Bericht an die Regierung die Darstellung der Offiziersclique, obwohl Jorns die Wahrheit bekannt war. Der Verteidiger stellt fest, daß der Mörder Oberleutnant Vogel bei den Vernehmungen fauldick geschwindelt hat. Dem Reichsanwalt war das bekannt, aber in seinem Bericht an die Reichsregierung hat er Vogel als durchaus glaubwürdig hingestellt. Jorns: Das kann ich nicht mehr sagen.

Landsberg wird vernommen

Nach der Mittagspause wird der ehemalige Volksbeauftragte Landsberg vernommen. Das einzige, was sie unternahmen, war die Hinzuziehung von Vertretern des Vollzugsausschusses bei der Untersuchung. Landsberg bestellte den Kriegsgerichtsrat Jorns am 19. Februar nach Weimar zur Berichterstattung über die Untersuchung. Bei dieser Berichterstattung fühlte sich Jorns offensichtlich nicht wohl.

Verteidiger: Hat Jorns Ihnen etwas erzählt über die am Vortage, also am 18. Januar, stattgefundene Vernehmung des Leutnants Köpke, der auslagte, wie Vogel und weitere fünf Mann mit der Leiche Rosa Luxemburgs ankamen, wie sie an der Cornelius-brücke über den Rasen gingen und die Leiche ins Wasser warfen? Hier am 18. Januar, bei der Vernehmung dieses Leutnants Köpke, wurde nämlich das Märchen des Mörders Vogel, Zivilisten hätten ihm die Leiche Rosas entrissen, gründlich zerstört. Landsberg: Nein. Staatsanwalt: Hatten Sie bei der Unterredung etwas unternommen, um eine bessere Führung der Untersuchung zu erreichen? Landsberg: Ich habe nichts unternommen.

Jorns: Landsberg sagte zu mir, versuchen Sie es doch mal mit folgender Methode: Sie sagen zu den Verdächtigten, den Kopf kostet es ja nicht, vielleicht kriegen Sie dann aus ihnen etwas heraus. Uebrigens hat sich unsere Unterhaltung in einer netten und ganz angenehmen Vortragsform abgespielt.

Verteidiger: Herr Reichsanwalt, Sie sagten vorhin, was Sie dem Gerichtsherrn vorschlugen, wurde erfüllt. Warum haben Sie am 18. Februar dem Gerichtsherrn nicht den Vorschlag der sofortigen Verhaftung Vogels wegen Verdunkelungsgefahr gemacht? Warum geschah dies erst am 20. Februar?

Staatsanwalt: Haben Sie dem Gerichtsherrn über diesen Fall noch am Abend Vortrag gehalten?

Jorns: Nein, das hätte die Untersuchung gestört. General Hoffmann hat gesagt: Fluchtverdacht liegt gegen niemanden vor.

Landsberg: Von diesen Dingen hat er uns in Weimar kein Sterbenswort gesagt.

Es wird dann noch zu dieser Angelegenheit festgestellt, daß der Haftbefehl vom Gerichtsherrn selbst erlassen wurde, weil der schließlich gemerkt hatte, daß Runge geflohen war und daß Vogel ebenfalls jede Stunde fliehen konnte.

Danach wurde die Verhandlung auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

Die Abrüstungsanträge der Sowjetdelegation überreicht

(Eig. Meldg.) **Genf, 18. April.**

Litwinow hat heute mittag in Genf die Anträge der Sowjetdelegation in genau präzisierter Form der Abrüstungskommission überreicht. Sie haben den Zweck, den anderen Delegationen jedes Ausweichen unmöglich zu machen, zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen und zu verhindern, daß man, wie früher, an Stelle von konkreten Beschlüssen allgemeine Resolutionen über die Abrüstung annimmt, die zu nichts verpflichten. Die Ablehnung dieser Anträge durch die Delegationen der imperialistischen Länder ist sicher.

Baldwin entwickelt das Programm des englischen Imperialismus

(Eig. Meldg.) **London, 18. April.**

Nachdem Lloyd George für die Liberalen und Macdonald für die Arbeiterpartei die Wahlprogramme entwickelt haben, gab nunmehr auch Baldwin für die Konservative Partei das Wahlprogramm in einer großen Kundgebung bekannt. Baldwin drückte die Erwartung aus, daß die Konservative Partei bei den Wahlen die Mehrheit erhalten werde. Er wandte sich gegen die Pläne von Lloyd George, die nur mit Hilfe von Anleihen durchgeführt werden könnten, statt vorübergehende Notstandsarbeiten soll dauernde Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Durch Abmachung mit den Dominions soll die Auswanderung erleichtert und eine bessere gewerbliche Ausbildung jugendlicher Arbeitsloser geschaffen werden. Die Schutzzölle hätten sich sehr gut bewährt, die Lebenshaltungskosten seien vermindert, Baldwin kündigt ferner einen Steuernachlaß für die Eisenbahnen und eine Pension der Fabrikschutzgesetzgebung an.

Die zahllosen Versprechungen vor den Wahlen sind in England billig wie bei uns. Abgesehen von einigen Versprechungen gegenüber der Arbeiterklasse, die zu halten Baldwin gar nicht einfällt, entwickelte der Führer der Konservativen Partei das Programm des englischen Imperialismus.

Macdonald desavouiert Snowden

(Eig. Meldg.) **London, 18. April.**

Die gestrige Rede Snowdens im englischen Unterhaus über die Schuldenpolitik der englischen konservativen Regierung hat eine außerordentlich starke Erregung in der Oeffentlichkeit hervorgerufen. Bekanntlich versuchte Snowden den englischen Kleinbürgern darzulegen, daß die Arbeiterpartei und eine künftige Arbeiterregierung die nationalen Interessen Englands (!) besser vertreten würde als die Konservativen (!), die trotz der günstigen wirtschaftlichen Lage Frankreichs und Italiens diesen auf Kosten der englischen Steuerzahler außerordentlich weit entgegengekommen sei.

Der englische Finanzminister Churchill verlangte von Macdonald eine bündige Erklärung, ob die Arbeiterpartei künftig geschlossene Verträge, darunter auch die Balfour-Note anerkennen werde oder nicht. Nachdem Snowden im Unterhaus auf neue Angriffe ausdrücklich hervorhob, daß er von seinen gestrigen Aeußerungen kein Wort zurücknehme, gab Macdonald die Erklärung ab, daß von einer Nichtanerkennung der interalliierten Schuldenabkommen nicht die Rede sein könne, so lange er Führer der Partei sei. Das ist eine deutliche Desavouierung Snowdens, und auch der Abend-„Vorwärts" läßt sich aus London berichten, daß die Aeußerungen Snowdens nur eine reine Privatmeinung sei.

Das Urteil gegen die ungarischen Franc-Fälscher

In der Angelegenheit gefälschter ungarischer Wertpapiere, die seinerzeit großes Aufsehen erregt hatte, wurden heute die Hauptangeklagten, Josef Blumenstein, Tombini, Lacoste, La Houpitier und Rixi, zu je zwei Jahren Gefängnis und 3000 Frank Geldstrafe verurteilt. Von den übrigen Angeklagten wurden drei zu je eineinhalb Jahre Gefängnis und 1000 Frank Geldstrafe und zwei zu je acht Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Gegen sechs weitere Beschuldigte wurde in Abwesenheit auf zwei Jahre Gefängnis und 3000 Frank Geldstrafe erkannt, gegen einen Siebenten, ebenfalls in Abwesenheit, auf ein Jahr Gefängnis und 1000 Frank Geldstrafe. Vier Angeklagte wurden freigesprochen. Der ungarischen Regierung wurde als Nebenklägerin eine Entschädigung zuerkannt.

enschen der Tiefe

Von Jack London

pyrigkt by Universitas Deutsche Verlags-A.-G., Berlin

(Volksausgabe Büchergilde Gutenberg)

er Heilsarmee im allgemeinen weiß ich nichts, und meine
chtet sich nur gegen die kleine Abteilung des Heeres, die
Flaschfriar-Straße dicht beim Surrey-Theater ihre Tätigkeit
Zunächst muß ich sagen, daß es grausam ist, Menschen,
ganze Nacht auf den Beinen gewesen sind, stundenlang
lassen. Wir waren müde, ausgehungert und erschöpft von
strengungen der Nacht und dem Mangel an Schlaf, und
ein wir nun — standen und standen, ohne daß es einen
Sitz gegeben hätte.

aren viele Seeleute in dieser Schar, und ich fand schließlich
und Amerikaner unter ihnen. Die Amerikaner, die nicht
waren waren „königliche Landstraßenritter", das heißt
deren Kameraden frische Wind ist und die durch die
ell „trampen". Sie waren alle guten Mutes und nahmen
mit Humor, der ihr Hauptcharakterzug zu sein und die
Verfallen scheint. Dennoch verfluchten sie dieses Land in
Gleichmütigkeit, die zu hören eine Wohltat war, wenn man
genen Monat den phantasielosen, einförmigen Londoner
gelauscht hatte. Eigentlich hat der Londoner nur einen
Fluch, den unanständigsten der ganzen Sprache, den er
und jeden anwendet. Das Fluchen im Westen ist viel
er und reichhaltiger, umfaßt die ganze Skala von Blas-
bis zur Gemeinheit, und wenn Leute wirklich fluchen wol-
mit die Blasphemie immer noch lieber als die Gemein-
Schmutzch doch mehr nach Derbheit Abenteuerlust und Trotz
diesen Unanständigkeiten.

von den amerikanischen „königlichen Landstraßenrittern"
besonders amüsant. Ich hatte ihn zuerst in einer Haus-
ert, wo er schlief, den Kopf auf den Knien und mit einem
man ihn dieseits des Atlantischen Ozeans selten sieht.
Schutzmann ihn wachrüttelte, erhob er sich langsam, lah
hmann an, gähnte und tekelte sich, und den Schutzmann
aus, als wüßte er nicht ob er gehen solle oder nicht, und
ie dann gleichgültig in eine Seitenstraße. Ich war mit
rüber klar gewesen, woher der Hut stammte, aber dieses
en verschaffte mir Sicherheit.

standen wir nebeneinander und unterhielten uns lebhaft.
durch Spanien, Italien und Frankreich gewandert und
es so gut wie unmögliche Kunststück fertiggebracht, drei-
Meilen als blinder Passagier auf einer französischen Eisen-
zurückzulegen, ohne an der Endstation gefaßt zu werden . . .
mich aufhielt? fragte er mich. Und wo ich ein bißchen
Schlafe? Ob ich jetzt den Rummel richtig kennte? Er
ut fertig, obwohl das Land „feindlich" sei und die Städte
en wären. Sei das nicht furchtbar? Keine Möglichkeit,
Lebensmittel, ohne „geschnappt" zu werden. Aber er ließe
er. Hätte die Truppe Bufallo Bills. Da müßte ein
er acht Pferde fahren könnte, schon Beschäftigung finden.
ie hier hätten ja keinen Begriff davon, mehr als ein
Bufallo Bill wartete? Er sei sicher, daß ich mich schon
ie anbringen könne.

Blut ist immer dicker als Wasser. Wir waren Landsleute und beide Fremde in einem fremden Land. Mir war das Herz beim Anblick seines alten fettigen Hutes warm geworden, und er war so um mein Wohlergehen besorgt, als ob wir nahe Verwandte wären. Wir tauschten allerlei nützliche Erfahrungen über das Land und seine Bräuche sowie über die Art aus, wie man sich am besten Essen und Unterkommen verschaffen könnte; und als wir uns trennten, tat es uns beiden leid, daß wir Abschied voneinander nehmen mußten.

Es war charakteristisch für diese wartende Schar, daß sie fast ausschließlich aus kleingewachsenen Menschen bestand. Sowohl die Einheimischen wie die fremden Seeleute waren klein. Ich bin nur mittelgroß, aber ich war doch größer als neun Zehntel von ihnen. In der ganzen Schar waren nur fünf oder sechs Menschen, die man groß nennen konnte. Und das waren Skandinavier und Amerikaner. Der allergrößte bildete jedoch eine Ausnahme. Er war Engländer, allerdings kein Londoner.

„Gardemaß", sagte ich zu ihm.

„Stimmt, Kamerad", antwortete er. „Da habe ich auch meine Zeit abgedient, und wie die Dinge stehen, sieht es aus, als würde ich bald dahin zurückkehren."

Eine ganze Stunde standen wir still zusammengedrängt auf diesem Hof. Dann begann es plötzlich unruhig zu werden, alle drängten vorwärts, und die Stimmen mischten sich zu einem leisen Summen. Dies war nicht etwa Brutalität oder Roheit, sondern nur die Ungeduld, die hungrige und müde Menschen fühlen mußten.

Eben in diesem Augenblick zeigte sich der Adjutant. Er mißfiel mir gleich. Er hatte keine guten Augen. Er hatte nichts vom demütigen Galiläer, aber ein ganz Teil von Zenturio an sich, der sagte: Denn ich bin ein Mensch mit Macht und habe Knechte unter mir; ich sage zu ihnen: Geht, und sie gehen; und zu andern: Kommt, und sie kommen; und zu meinem Diener: Tue das, und er tut es.

Das war die Art, wie er uns betrachtete, und die ihm am nächsten standen, zitterten. Dann erhob er seine Stimme:

„Seid still! Oder ich zeige es Euch! Dann könnt ihr ohne Frühstück abmarschieren."

Ich vermag nicht, die unbarmherzige Art zu schildern, wie er das sagte. Er schien mir in dem Bewußtsein zu schwelgen, daß er Macht besaß und zu tausend elenden Wracks sagen konnte: „Ihr werdet essen oder hungern, ganz wie ich es befehle."

Uns das Frühstück vorenthalten, auf das wir stundenlang warteten! Das war eine grauenhafte Drohung. Die demütige Stille, die augenblicklich eintrat, bestätigte ihre Grausamkeit vollauf. Es war gleichzeitig eine feige Drohung. Wir konnten uns ja nicht wehren, denn uns hungerte. So war es ja stets in der Welt: Wenn ein Mensch einem anderen Nahrung gibt, so ist er kein Held.

Aber der Zenturio — ich meine, der Adjutant — war noch nicht zufrieden. Durch die Stille ertönte seine Stimme, als er die Drohung noch kräftiger wiederholte.

Endlich durften wir in den Versammlungssaal eintreten, wo wir die vorfanden, die Marken gehabt hatten. Jetzt waren sie so gewaschen, hatten aber immer noch nichts zu essen bekommen. Alles in allem müssen es wohl an siebenhundert Mann gewesen sein, die hier saßen, nicht, um mit Fleisch und Brot bewirtet zu werden, sondern um reden, beten und singen zu hören. Und ich fühlte, daß Tantalus seine Qualen dieseits der Hölle in vielen Verkleidungen leidet.

Der Adjutant sprach Gebete, aber ich beachtete sie nicht, weil das Bild von Elend, das ich vor mir hatte, mich ganz überwältigte. Über der Hauptinhalt seiner Rede war ungefähr folgender: „Du wirst im Paradiese sitzen, einerlei wie arm Du bist und wie sehr Du leidest. Im Paradiese wirst Du zu Gaste geladen werden, wenn Du den Worten der heiligen Schrift folgst." Und weiter in der Tonart.

Ich hielt es für eine ganz gute Propaganda, die nur aus zwei Umständen nichts nützte. Erstens waren die Menschen, die sie anhörten, ganz entblößt von Phantasie und ganz materiell in ihren Gedankengängen, ohne Sinn für das Unbekannte und in zu enger Berührung mit der Hölle hier auf Erden, um Angst vor der, die kommen sollte, zu fühlen. Zweitens ist es gar nicht Erlösung, sondern Essen, was müde, vom Unwetter der Nacht erschöpfte und aus Mangel an Schlaf elende Menschen bedürfen, wenn sie stundenlang gewartet haben, um ihren Hunger zu stillen. „Seelenfänger", wie die Armen alle religiösen Agitatoren nennen, sollten die physiologische Basis der Psychologie ein bißchen studieren, wenn sie etwas von ihrer Arbeit haben wollen.

Gegen elf kam das Frühstück, nicht auf Tellern, sondern in Papier eingewickelt. Ich bekam nicht so viel, wie ich gern gehabt hätte, und ich bezweifle, daß ein einziger bekam, was er gern bekommen hätte, oder auch nur halb soviel, wie er brauchte. Ich gab die Hälfte meines Brotes dem Tramp, der auf Buffalo Bill wartete. Und als er gegessen hatte, war er noch ebenso gierig wie zuvor.

„Das ist alles das Frühstück! Zwei Scheiben Brot, ein Krümchen Brot mit Rosinen, das Kuchen genannt wird, ein durchsichtiges Stückchen Käse und eine Tasse „verbrutes Wasser"!"

Viele von uns hatten seit fünf Uhr auf diese Bewirtung gewartet, keiner von uns weniger als vier Stunden. Als Zugabe hatte man uns wie eine Herde Schweine, wie in ein Faß verpackte Heringe, wie Verdammte behandelt und uns vorgepredigt und gebetet, und das war noch nicht alles.

Kaum war das Frühstück verzehrt, und das ging fast schneller, als man es erzählen kann, als auch schon die müden Köpfe zu nicken und herabzusinken begannen, und im Laufe von fünf Minuten war die Hälfte von uns eingeschlafen. Kein Anzeichen ließ darauf schließen, daß wir hinausgelassen werden sollten, hingegen bereitete man eine Versammlung vor. Ich sah auf eine kleine Uhr an der Wand. Sie zeigte fünf Minuten nach halb zwölf. Wie die Zeit fliegt, dachte ich — und dabei muß ich auf die Arbeitssuche.

„Jetzt möchte ich gehen", sagte ich zu ein paar Kameraden neben mir.

„Du mußt bis nach dem Gottesdienst bleiben", lautete die Antwort.

„Habt Ihr etwa Lust zu bleiben"? fragte ich.

Sie schüttelten den Kopf.

„Dann laßt uns aufstehen und sagen, daß wir fort wollen", beharrte ich. „Kommt nur!"

Aber die Aermsten wagten es nicht. So überließ ich sie denn ihrem Schicksal und wandte mich an den nächsten Heilsarmee-Mann.

„Ich möchte gern gehen", sagte ich. „Ich kam, um etwas Frühstück zu bekommen und Kräfte für die Arbeitssuche zu sammeln. Ich dachte nicht, daß es so lange dauern würde. Ich glaube, ich habe eine Möglichkeit, in Stepney Arbeit zu bekommen, und je eher ich dort hinkomme, desto besser."

Er war sicher ein braver Bursche, wenn ihn auch mein Wunsch sehr erstaunte. „Ach," sagte er, „jetzt haben wir gleich Gottesdienst, bleib lieber da."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0003

Werbe Tage

für Mäntel Kleider Hüte

Zu diesen Preisen kann jeder

Damen-Hüte

Flotter Straßenhut mit fescher Garnitur ..... Werbepreis 2,75

Schicker Frühjahrshut mit Stroh pitze verarbeitet ..... Werbepreis 3,50

Große Glocke mit Spitzenrand u. Blumengarnitur ..... Werbepreis 4,25

Fesche Glocke Exoten-Imitation, elegante Verarbeitung ..... Werbepreis 6,50

Damen-Mäntel

Mantel aus Herrenstoff mit Biesenstepperei und Gürtel ..... Werbepreis 7,50

Mantel aus meliertem Stoff, fesche jugendliche Verarbeitung ..... Werbepreis 9,50

Mantel aus karierter Kunstseide, gummiert . Werbepreis 11,50

Mantel Trench-Co t „die große Mode" .... Werbepreis 15,75

Mantel aus kariertem Herrenstoff, ganz auf Kunstseide gefüttert ..... Werbepreis 19,75

Damen-Kleide

Kleid aus reinwollenem Popeline moderne Machart ..... Werbepreis

Kleid aus reinwoll. Mousseline, Rock m. Falt. farbig abgesetzt, Gürtel u. Krag. . Werbepreis 6,

Kleid aus Toile de soi, farbig abgesetzt, Sportform ..... Werbepreis 12,

Kleid aus bedruckter Japon-Seide, in den neuesten Mustern ..... Werbepreis 15,5

Kleid aus Velourine, Crêpe de chine-Garnitur, Rock m. Volants . Werbepreis 17,50

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!

J. Lewin

Halle a. d

Kammerlichtspiele Merseburg

Heute Freitag 6.30 Uhr
Die Premiere für alle!
Alle haben begeistert „Lieber Romeo", die mit Ruhm über die Leinwand gehen —

Camilla Horn, John Barrymore

in dem beispiellosen Film aus den bewegten Tagen des Zaren-Hofes vom gelben Bergengrabenen

„Der rote Sturm"

(Weiterleuchten über dem Zarenreich)
Ein Film von größter Wucht und erschütternder Darstellung aus jüngster geschichtlicher Vergangenheit
10 lange Akte voll Romantik und Tempo
Dazu ein gutes Beiprogramm, sowie die neueste Opel-Wochenschau!
Kassenöffn. 6 Uhr, Anfang 18.30 u. 20.30 Uhr
Sonntag 14 Uhr: Gr. Kindervorstellung

Fahrräder

mit Torpedofreilauf und Garantie in größter Auswahl von Mk. 75,00 an

Bequeme Teilzahlung

Fahrradmäntel von Mk. 2,75 an
Fahrradschläuche von Mk. 0,95 an
Alle Ersatzteile billigst

Fahrrad-Vertrieb „Saale"
Weißenfels, nur Nicolaistr. 33

---

ff. hausschlachtene Wurst- und Fleischwaren empfiehlt
Richard Krebs
Lichterfelde
Jeb. Wochenmarkt Marktstand Weißenfels

Zickel- Kanin- Felle kauft zu hohen Tagespreisen *750
Richard Gerhardt
Eisleben,
Betriebstraße 11
neben dem Arbeitsamt

Lest den „Klus-Kurier"

Allgemeiner Konsumverein Schieplzig

i. G. m. b. H.

Sonntag, den 5. Mai 1929, 15 Uhr, im Bordendergehen Lokal:

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht
2. Revisionsbericht vom Verbandsrevisor
3. Wahl eines Kassierers
4. Geschäftliches

Anträge müssen drei Tage vorher eingereicht werden *751

Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Aufsichtsrat
Hermann Tellmann, Vorsitzender

Prima Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt *705
J. Heistel, Wittenberg
Collegienstr. 38 Collegienstr. 38

Gewissenhafte
Zeitungsträgerin
ab Mai für Schkeuditz gesucht
Schriftliche Meldungen sind an H. Rüdiger, Schkeuditz, Molkestraße 30 zu richten

---

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für Crostitz gesucht
Meldungen sind sofort an den Genossen Paul Müller, Crostitz 9 zu richten

---

J. Israel
Wittenberg
6 Collegienstraße 6
Herren- und Knaben-Garderoben sowie Berufskleidung
in großer Auswahl
Billigste Preise
Mitglieder der Organisationen u. wirtschaftlichen Vereine erhalten Rabatt

---

Fritz Triebel,
Wittenberg, Jüdenstraße 16
Fleischerei u. Wurstfabrik
Alle Sorten Fleisch- und Wurstwaren in bester Qualität *169

Capsapon
bestes Mittel gegen Gicht und Rheumatismus empfiehlt die
Adler-Apotheke, Wittenberg
*170

Richard Hirschfeldt
Wittenberg
Collegienstr 22 Mittelstr. 51
Ständig größte Auswahl in moderner Herren- u. Knaben-Kleidung
Alleiniger Lieferant der Konsumvereine Emdg. Wittenberg u. Umg., Elster und Jessen

---

Betttücher mit Spitze a. Aufbewahrtr. 45.—
Kleiderschrank 160 cm groß . 68.—
Nußbaum-Wohnzimmer . . 225.—
Nußb.-Tisch . 18.—
Schreibtisch 55.—
Truman . . 65.—
Pipl.-Schreibtisch, Bücherschr. 280.—
Speisezimm.-Möbel echt Eiche 575.—
Große Fluxgarderobe . 35.—
Nußb.-Bettst 185.—
Gobelingarnitur (Klubform) . . 85.—
Friedrich Pelleke
Geiststraße 24/25

Prima
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels,
Fischgasse 1

Inserenten
fordert Offerten über Drucksachen ein

Bestecke
aller Art,
Messer Scheren Rasiermesser
Rasierapparate
Haarschneide-Maschinen
(auch für Barbiere)
empfiehlt preiswert
Carl Baum,
Stahlwarenspezialgeschäft, Schleiferei
Merseburg,
Kl. Ritterstraße 14

Schürzen *748
in weiß und bunt
Wirtschaftsschürzen
Zierschürzen
Kinderschürzen
Maßanfertigung in kurzer Zeit
M. Stengler,
Weißenfels,
Bendinstraße 35

Zur Beach

Heute u. folgende Tage Fortsetzung des großen

Volks- und Frühlings

Belustigungen für jung und alt

Großes Brillant-Feu

Sonntag findet eine Gratis-Verlosung statt, eine Milchziege. Einer geehrten Arbe Stadt und Land ist der Besuch des Festes Um gütige Unterstützung bitten

Die Unter *752

Prima Lederstiefeln Schuhmacher-Artikel billigst Lederhandlg. Fricke, Wittenberg Sternstraße *172

Farben-Thi
Wittenberg, Jüden
Das große Speziallg
für Farbwaren und Tap
*102

Kleine Anzeigen
Große Wirkung

Inserenten! Fordert Offer Drucksa

Die Biersteuer wird für die Zeit vom 1. April 1929 bis 31 wie folgt festgesetzt:
Einfachbier und Haustrunk je hl 1 Mk. Steuer.
Vollbier je hl 2 Mk. Steuer und
Starkbier je hl 3 Mk. Steuer.
Eisleben, den 18. April 1929.

Großer Frühjahrs-Verkau

*756

zu außergewöhnlich billigen Preisen

in allen Abteilungen

Beachten Sie die Schaufensterauslagen und Innendekorationen unseres Geschäftshauses!

Merseburg **Dobkowitz** Leuna

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0004

— 9. Jahrgang 1. Beilage

Halle, 19. April 1929

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

„Genosse" Zörgiebel als revolutionärer Agitator in der Eifel

Ein Arbeiterbrief, der Zörgiebels Vergangenheit aufdeckt

Abonnent der „Volksstimme" (Koblenz) erhalte ich „Roten Stern", dessen letzte Nummer mir ganz Freude gemacht hat; sah ich doch darin meinen alten Genossen und Freund Karl Zörgiebel wieder, leibhaftig in einer ganz anderen Kluft wie damals, als er die Eifel bearbeitete und mit mir Freude und Leid und einfaches Essen teilte!

Wir waren doch andere Zeiten, mein lieber „Genosse Karl"! Dir nicht ganz angenehm sein, wenn Du von einem einfachen Proleten an Deine frühere Tätigkeit erinnert wirst, aber es einem alten Revolutionär, der Du ja damals auch sein vorgabst, nicht verübeln, wenn er Dich an Deine Reden erinnert!

Genossen waren damals recht stolz auf Dich und standen unserer damals ehrlichen Arbeiterpartei trotz aller Anfeindungen treu zur Seite! Was wir armen Proleten in einem Jahr die hiesigen, in dem „Schwarz" Trumpf ist, damals Not und litten, kann mit Worten gar nicht beschrieben werden. Boykottiert und verfemt, hielten wir doch trotz aller Anfeindungen treu aus und hofften, daß durch dieses Ausharren endlich die Lage der Werktätigen gebessert werden würde.

„Genosse" Zörgiebel versprach uns auch das Menschenmöglichste, fleißig klebten wir armen Schlucker in seinem Beisein die Zettel stets fleißig und freuten uns, daß „Er" als Arbeiter weiterhin mit uns zusammenfaßt und uns Lehren der alten Sozialdemokratie vortrug

und zum Aushalten anfeuerte.

Mit uns, in einer ausgesprochen katholischen Gegend, bekümmerte sich der Herr Pastor beschäftigte und in jeder Sonntagspredigt uns vornahm, was tat es!

Wir wir doch den „Genossen Karl", der uns immer wieder trösteten und auf eine bessere Zukunft vorbereitete!

Hitler kam! Aber nicht für uns Proleten, darum aber um so für unsern, auf beiden Händen mit den Symbolen von

„Glaube, Liebe, Hoffnung" tätowierten „treuen" Genossen Zörgiebel!

Ich die Tätowierungen noch trägst, „lieber" Genosse? — Nein, es bezweifeln! So etwas läßt sich doch bestimmt beim Sport in der „besseren" Gesellschaft, in die Du Deinen Einst unseren andern lieben „Genossen" gehalten hast, wird man Tätowierungen nicht gerne sehen! Damals tranken wir, wenn doch kam, Proletarierbier und, wie ich im „Roten Stern" liest Du gerade Sekt!

Du armer „Prolet", der Du Dich aufopferst und — genau wie Deine schwarzen Koalitionsbrüder — heute „für uns alle trinkst"! Hoffentlich verschluckt Du Dich nicht und beleckerst Dir nicht Deine frisch gestärkte Brust, damit Du nicht noch mehr auffällst!

Andere Genossen sahen Dich dann auch während „Eurer Revolution" tätig in Kiel im „Volkshause"!

Was hast Du da, lieber „Genosse" Karl, beim Gewehreinsammeln einen Mut an den Tag gelegt.

Zwar hatte man damals Deine Fähigkeiten noch nicht so erkannt, wie heute und zog bei der Verteilung der Aemter an die „neuen Leute", unsern „Genossen" Runge*) Dir vor! Aber, das dauerte nicht allzu lange, da unser „Genosse" Runge in Köln recht bald — ausgerungen hatte!

Und dann kamst Du, Du großer Mann! Dein „selbstloser" Arbeitstrieb aber ließ auch Dich nicht lange mehr in „unserer Mitte"! Du mußtest mit an das Haupt der „Republik" und strebtest nach Berlin, und ich Eifelprolet finde Dich hocherfreut im „Roten Stern" selbstbrinkend wieder! Daß es Dir, lieber Genosse, doch etwas besser geht, wie uns armen hinterbliebenen Genossen, will ich Dir noch so nebenbei sagen.

Aber das eine ist für uns sicher:

Wir haben die alte revolutionäre Linie beibehalten, während Du mit Deiner ganzen Partei ins bürgerliche Lager hineingeschlidderst bist.

Allerdings haben wir das Gefühl, daß es Dir manchmal, wenn Du der alten Zeiten gedenkst, doch auch wohl schwummrig zumute werden muß; wir aber blieben und bleiben die Alten und selbst die verlockendsten Angebote können uns nicht von unserer Parteiparole abbringen. Du magst ruhig Deinen Sekt — mit oder ohne „Glaube, Liebe, Hoffnung" weitertrinken!

Wenn wir auch uns durchhungern müssen dabei — innerlich lauschen wir nicht mit Dir, der Du die Konjunktur so meisterhaft zu nutzen gewußt und Dich mit den Noske, Ebert, Scheide-, Soll- und Hampelmann warm untergestellt hast.

Vielleicht aber, lieber Genosse Karl, sehen wir uns doch einmal wieder,

dann aber in ganz veränderter Situation!

Dein Philipp!

*) Runge ist dann zur Belohnung Polizeipräsident in Halle geworden, wo er das Pietzker-Blutbad im „Kolksparl" verschuldete, weswegen er jetzt als Landrat in Qudelinburg seine Tätigkeit ausübt. (Red. „Kl.")

Wie die Stadt Berlin den Physiker Einstein „beschenkte"

Während die Kommunen, Staat und Reich für allen möglichen Repräsentationsklimbim Hunderttausende ausgeben, während für Industriekönige Festessen veranstaltet und für Monarchen aus den Ländern des weißen Terrors prunkvolle Empfänge bereitet werden, verlagen diese Behörden der Bourgeoisie vollständig, wenn es einmal gilt, einen Mann zu ehren, der der Wissenschaft wirklich hervorragende Dienste geleistet hat. Den Beweis dafür liefert die Geschichte vom Geburtstagsgeschenk des Berliner Magistrats an Professor Einstein, eine Geschichte, die in der Rubrik Kulturreaktion mit an die schwärzeste Stelle gehört. Bekanntlich hat der Magistrat Berlin Professor Einstein auf dem Gute Neu-Cladow ein Gutshäuschen mit dazugehörigem Park auf Lebenszeit überlassen.

In der Schludrigkeit und Gleichgültigkeit hat man jedoch vergessen (!), daß der Magistrat über das Gutsgelände in Neu-Cladow noch gar nicht verfügungsberechtigt ist, und jetzt stellt es sich heraus, daß Einstein noch nicht einmal die Möglichkeit hat, das ihm geschenkte Gelände überhaupt zu betreten.

Bei dem Ankauf des Gutes Neu-Cladow wurde mit der bisherigen Besitzerin, Frau von Brandis, vereinbart, daß sie das Wohnrecht auf weitere fünf Jahre behält. Der Magistrat hatte dies offenbar vergessen. Als Frau Einstein vor mehreren Wochen sich das Angebinde der Stadt Berlin näher betrachten wollte, wurde ihr von dem Gutsverwalter klargemacht, daß sie auf dem Gute Neu-Cladow nichts zu suchen habe.

In der Magistratssitzung wurde man nun über den Fehler klar. In einem neuen Magistratsbeschluß wurde Einstein

das „Geschenk" wieder abgenommen und ihm lediglich der hintere Teil des Wirtschaftshofes von Neu-Cladow, der jetzt als Garten benutzt wird, in Größe von etwa zwei bis drei Morgen auf Lebenszeit überlassen.

Das noble Geschenk, das der Magistrat nunmehr nachträglich dem verdienten Gelehrten zur Verfügung stellte, besteht aus einer unbebauten Landfläche — zu der nicht einmal ein Zugang vorhanden ist. Da die meisten Anlieger in der feudalen Kolonie von schwarzweißroter Couleur sind, ist es nicht verwunderlich, daß bereits zwei von den benachbarten Besitzern es abgelehnt haben, dem „Juden" Einstein den Durchgang zu gestatten.

Das Berliner Nachrichtenamt versucht nun, den Eindruck dieser ungeheuerlichen Tatsache abzuschwächen, indem es eine Erklärung in die Welt posaunt, in der es heißt: „Ueber das Geburtstagsgeschenk der Stadt Berlin an Professor Einstein werden vielfach irrtümliche Gerüchte verbreitet. Die Stadt hatte mit Herrn Professor Einstein verschiedene Pläne in Neu-Cladow zur Auswahl erörtert. (!) Darunter befand sich das ursprünglich veröffentlichte sogen. Kavalierhaus, das zurzeit noch bewohnt ist. Herr Professor Einstein hat sich für ein anderes ihm ebenfalls angebotenes Grundstück entschieden, das sich hinter dem Wirtschaftshofe des Rittergutes Neu-Cladow befindet, und in Gatow belegen ist. Das Grundstück ist rund zwei Morgen groß und landschaftlich sehr schön gelegen. Herr Professor Einstein wird sich dort selbst ein Landhäuschen errichten."

Zu dieser beschämenswerten Tatsache erklärt das Nachrichtenamt noch großschnäuzig: „Der Magistrat hat sich hiermit einverstanden erklärt. Der Garten wird in Ordnung gebracht und ihm Zugang durch das danebenliegende Grundstück des Motorjachtklubs gewährt. Der Vorstand dieses Klubs hat liebenswürdigerweise (!) inzwischen sein Einverständnis hiermit erklärt. Ein direkter Zugang nach dem belagten Gartengrundstück vom Wirtschaftshof ist schlecht möglich, da eine Scheune in ganzer Breite des Grundstücks davor steht. Infolgedessen muß der Eingang über das Grundstück des Motorjachtklubs erfolgen.

Die Scheune gehört wahrscheinlich zu den landschaftlichen Schönheiten, die so gerühmt werden. Alles in allem genommen — das Ganze stellt sich als Dokument größter Schamlosigkeit dar und zeigt, was es mit den Kulturphrasen dieser Republik auf sich hat.

Schwere Explosionskatastrophe in München

Gestern mittag hat sich in München eine schwere Explosion ereignet. Ein Lieferwagen, der neben einem Hanomag-Automobil und andere feuergefährliche Güter geladen hatte, geriet in dem gleichen Augenblick, in dem die Feuerwehr ihre Löschtätigkeit begann, erfolgte eine gewaltige Explosion, eine hausgroße Stichflamme schoß aus dem brennenden Wagen empor.

Die Zuschauer, die sich während der Löscharbeiten eingefunden hatten, wurden vom Feuer ergriffen und erlitten furchtbare Brandwunden.

Es sind vier Schwerverletzte in das städtische Krankenhaus eingeliefert worden. Außerdem mußten sich zahlreiche Personen ärztliche Behandlung begeben.

Der Wagenbrand zunächst nicht gefährlich schien, und die Leute der Münchner Feuerwehr rasch vorwärts gingen, waren zahlreiche Passanten eingefunden, die dem packenden Feuer zusahen. Als dann unerwartet die Aetherladung des Wagens und der Benzintank in die Luft gingen, und die Straße von Feuer überflutet war, entstand unter den zuschauenden eine Panik, in der einer den anderen in Todesangst zu Boden riß. Die Detonation war so gewaltig, daß die Scheiben der benachbarten Häuser zertrümmert wurden. Das Kaufhaus „Martin Greif" wurde durch umherfliegende Eisenteile demoliert. Der Chauffeur des Wagens erlitt lebensgefährliche Brandwunden. Die übrigen Betroffenen liefen brennenden Kleidern solange durch die Straßen, bis sie von den Passanten zu Boden geworfen wurden. Erst dann wurde sie von den Flammen befreit werden. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht ermittelt worden.

Verunglückte Militärflieger

Ein holländisches Militärflugzeug abgestürzt

Nach Meldungen aus Venlo ist gestern mittag in der Nähe der deutschen Grenzortschaft Herongen ein holländisches Militärflugzeug des Flughafens Soesterberg abgestürzt. Ein Offiziersschüler wurde getötet, während der andere Insasse schwer verletzt wurde. Das Flugzeug wurde zertrümmert.

Absturz eines französischen Militärflugzeugs

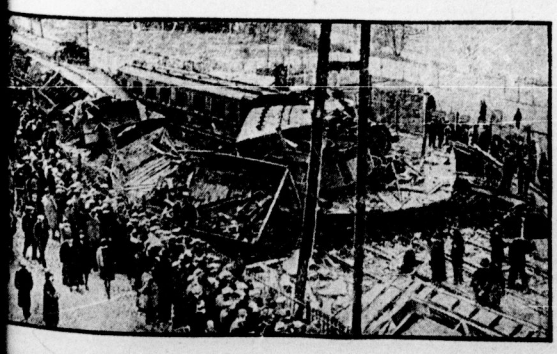
Ein französisches Militärflugzeug ist bei einem Uebungsflug abgestürzt. Der Pilot, ein Unteroffizier, kam ums Leben.

Das Schicksal der belgischen Kongo-Flieger

Der belgische Flieger Thieffry, der nach einem verunglückten Start zu einem Fluge Belgien—Kongo seinen Apparat auf ein Schiff verladen und von Albertville (Kongo) einen Flug nach dem Innern des Landes angetreten hatte, soll nach 150 Kilometer Flug unweit der Ibanga-Bucht abgestürzt sein. Sein Monteur ist leicht verletzt von Eingeborenen im Kanu nach Albertville ins Krankenhaus gebracht worden, ist jedoch ohne Besinnung und konnte über das Schicksal seiner Geführten noch keine Angaben machen. Eine Hilfsexpedition ist abgesandt worden.

Mordparagraph 218

Durch üblen Geruch aus einem Paket wurden gestern die Beamten der Paketaufgabestelle des Stettiner Bahnhofs alarmiert. Sie öffneten es und fanden darin die Leiche eines neugeborenen Knaben, der erdrosselt worden war. Wer das Paket abgegeben hat, weiß man nicht.



Das Eisenbahnunglück in Belgien

Auf der Strecke Brüssel—Mons fuhr der Pariser Schnellzug in einen Güterzug. Durch den harten Anprall schoben sich die Wagen ineinander. Aus den Trümmern wurden 10 Tote und 30 Verletzte geborgen. Von den Verletzten ist der Zustand einer großen Anzahl besorgniserregend. — Unser Bild zeigt die Trümmerstätte.

Zehn Morgen Kiefernschonung durch einen Waldbrand vernichtet

Im Oranienbaumer Stadtforst brach am Mittwochmittag ein Waldbrand aus, der mit großer Schnelligkeit um sich griff und etwa zehn Morgen Kiefernschonung und Busch vernichtete. Wie das Feuer entstanden ist, ist noch nicht geklärt, man vermutet aber, daß es durch spielende Kinder verursacht worden ist.

Opfer des Kolonial-Imperialismus

15 000 Tote in Belgisch-Kongo

Nach amtlichen Meldungen hat die Hungersnot in Belgisch-Kongo bereits 15 000 Tote gefordert. Da die Mißernte, die durch die Trockenheit im Februar verursacht wurde, die denkbar schwerste ist, lassen sich die weiteren Auswirkungen noch gar nicht übersehen. Das Elend der Bevölkerung ist grenzenlos. — Unser Bild zeigt die berühmten Stanleyfälle des Kongo, die im Mittelpunkt des von der Hungersnot betroffenen Gebietes liegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0005

StadtHalle

19. April 1929.

Auch eine Einheitsfront

Die Sozialdemokratie hat eine besondere Auffassung über Einheitsfront. Seit einigen Tagen grüßen von den Anschlagsäulen Plakate, die zur Teilnahme an einer Freizeit-Kundgebung der Jugendorganisationen auffordern. Auch im gestrigen „Volksblatt" befindet sich eine solche Aufforderung. In dieser heißt es, daß die proletarischen Jugendorganisationen die werktätige Jugend von Halle auffordern, sich in starkem Maße an der am Sonntag stattfindenden Freizeit-Kundgebung zu beteiligen. Diese findet um 11 Uhr in den „Thalia"-Sälen laut Ankündigung an den Plakatsäulen statt. Das „Volksblatt" fordert die Mitglieder der Gewerkschaften, AfA., Naturfreunde und SAJ. auf, sich zu einer gemeinsamen Demonstration zu der Thalia-Veranstaltung um 10 Uhr auf dem Hallmarkt zu versammeln. Das „Volksblatt" verschweigt vorsichtig, was denn nun in den Thalia-Sälen eigentlich vor sich gehen soll. Das steht aber um so deutlicher auf den Plakaten der Anschlagsäulen zu lesen. Da wird irgendein bürgerlicher Onkel vom Reichsausschuß für Jugendpflege eine wohlgesetzte Rede halten, wobei er natürlich über die wirklichen Ursachen der Freizeitnot der Jugend nichts sagen wird. Er wird seine Aufgabe darin sehen, die Klassengegensätze zu verkleistern und die Jugend vom Kampf abzuhalten. Jetzt kommt aber das Schönste. Die jungen Arbeiter sollen erfahren, was nunmehr die sozialdemokratische Führerschaft unter dem Begriff Einheitsfront versteht. Auf dem Programm wird angekündigt:

„Sprechchöre der SAJ. und Posaunenchöre des Evangelischen Jugendbundes."

Es ist selbstverständlich, daß alle anderen nationalistischen Organisationen ebenfalls mitmachen. Eine feine Einheitsfront, in die man den jungen Arbeiter hineintreiben will! Die jungen Proleten werden diesen Führern der SPD. einen wohlgezielten Fußtritt versetzen. Ein klassenbewußter Arbeiter läßt sich und seinen Kampf nicht an reaktionäre und kirchliche Organisationen verkuppeln.

Großfeuer in der Passendorfer Ziegelei

Am gestrigen Spätnachmittag sah man vom westlichen Stadtteil Halles aus in der Nähe von Passendorf eine mächtige Rauchwolke aufsteigen. Zu gleicher Zeit konnte man auch einen lodernden Feuerschein am Abendhimmel aufleuchten sehen. Großfeuer! Diese sich schnell verbreitende Kunde hatte eine wahre Völkerwanderung zur Folge. Jung und alt, mit der Elektrischen, auf Fahrrädern und Motorrädern, strömte durch die Mansfelder Straße nach Passendorf zur Brandstätte.

Es war so, wie vermutet wurde. In der „Kleinen Ziegelei" in Passendorf, einem Nebenbetriebe der Hallschen Pfännerschaft, war ein Brand ausgebrochen, der binnen kurzer Zeit auf den gesamten Gebäudekomplex übergriff. Ehe Hilfe zur Stelle war, waren das Kesselhaus, die Töpferei und das Ofenhaus schon ein Opfer der Flammen geworden und boten einen Anblick trostloser Verwüstung. Die elektrischen Anlagen sind ebenfalls vernichtet. Da der Wind den starken Funkenflug in der Richtung nach der Stadt zutrieb, bestand für die Hauptziegelei in Passendorf keinerlei Gefahr. Um so mehr aber war das Hauptgebäude der „Kleinen Ziegelei" gefährdet, dessen oberes Stockwerk durch den Funkenflug bereits hell brannte. Die inzwischen von Halle mit einer großen Dampfspritze eingetroffene Feuerwehr konzentrierte deshalb ihre Tätigkeit auf dieses Gebäude. Da in dem Betriebe anscheinend keine Arbeiten vorhanden waren, mußte das Wasser aus einem unmittelbar an der Ziegelei sich befindlichen Wassertümpel gepumpt werden.

Die Feuerwehr ging dann über, die Löschung des Brandes im Hauptgebäude direkt von innen vorzunehmen. Neben der hallischen Feuerwehr waren noch die Motorspritzen von Passendorf und Dölau tätig, deren Anschaffung bekanntlich gegen den Widerstand der Bürgerlichen von den Kommunisten beantragt worden war. Außerdem waren noch einige Handpumpen vertreten, die durch die bereitwillige Mitarbeit des Publikums in Tätigkeit gesetzt wurden. Der Brand soll durch eine Lokomotive im Kesselhaus verursacht worden sein.

Die Arbeiterschaft wird durch den Brand besonders hart betroffen. Durch ein Feuer im Herbst ist schon die Seilbahn nach der Kippe frühzeitig vernichtet worden. Die darauf einsetzende Ziegelerkampagne ist nun durch den gestrigen Brand ebenfalls zunichte geworden. Wie uns mitgeteilt wird, ist erst vor einiger Zeit der Nachtwächter der Ziegelei aus Rationalisierungsgründen abgebaut worden!

Heute morgen wird uns noch gemeldet, daß der Tagebau in Senftenberg, der auch der Pfännerschaft gehört, in Brand geraten ist.

Wer kennt den Toten?

Am 17. April gegen 11 Uhr wurde in der Saale hinter den Weingärten die Leiche einer unbekannten etwa 25 Jahre alten männlichen Person geländet. Die Leiche ist 1,68 Meter groß, blonde Haare, ohne Schnurrbart. Bekleidung: grünfarbiger Lodenmantel, blauer Doppelreihenjacke; in der Hose befindet sich in der Gesäßgegend ein eingeflickter Flicken, braune Strümpfe, schwarze hohe Schnürschuhe mit Gummiabsätzen, Gummiträgern, weißes Hemd mit blauen Streifen nach der Art der Militärhemden, darüber weißes oder gelbliches Oberhemd mit Einsatz, dieser ist weiß, Maßkonfektionshosen. In den Taschen des Toten befanden sich ein weißes Taschentuch, gezeichnet mit den Buchstaben D. B., Taschenspiegel von der Firma Hollenkamp in Weißenfels, weiße Manschettenknöpfe aus Perlmutter, braun-weiß- und blaugestreiften Schlips. Die Leiche ist schon stark in Verwesung übergegangen und muß schon längere Zeit im Wasser gelegen haben. Sachdienliche Angaben nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 57 und 58, entgegen.

Die ungünstigen Berufsaussichten im Schuhmachergewerbe

Bekanntlich haben die preußischen Handwerkskammern mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage des Schuhmacherhandwerks, insbesondere auf die Ueberbesetzung dieses Gewerbes mit Lehrlingen, die Lehrlingshaltung in Betrieben des Schuhmacherhandwerks stark eingeschränkt. Diese Bestimmungen, so führt der Preußische Minister für Volkswohlfahrt in einem Runderlaß aus, finden zwar auf Werkstätten für Fürsorgeerziehungsheime, in denen die Insassen handwerklich ausgebildet werden, an sich keine Anwendung, weil es sich bei diesen nicht um gewerbliche Betriebe handelt. Die äußerst ungünstigen Berufsaussichten im Schuhmachergewerbe lassen es aber im Interesse der Zöglinge geboten erscheinen, auch die handwerkliche Ausbildung in den Schuhmacherwerkstätten der Fürsorgeerziehungsheime Beschränkungen zu unterwerfen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister für Volkswohlfahrt im Einvernehmen mit dem Handelsminister die nachgeordneten Behörden ersucht, daß Schuhmacherwerkstätten, in denen Zöglinge handwerklich ausgebildet werden sollen, in Fürsorgeerziehungsheimen bis auf Weiteres nicht neu eingerichtet werden.

Die Einwohner des Südviertels werden durch den Ordnungsblock provoziert

Diese Frechheit ist sogar Rive zu stark — Abrechnung bei den Neuwahlen

Die gestrige Haushaltsausschußsitzung befaßte sich zunächst mit dem Gaslieferungsvertrage mit der Gemeinde Dölau. Der Preis beträgt für die ersten 200 000 Kubikmeter Gas 10 Pfennig pro Kubikmeter, dann 9 Pfennig. Im Weiterverkauf darf die Gemeinde Dölau ohne Genehmigung der Stadt Halle nicht höher gehen wie 25 Pfennig pro Kubikmeter. Der Vertrag wurde genehmigt.

Der Landwirt Kunze hat vom Gut Reideburg 54 Morgen Acker und 5 Morgen Wiese gepachtet. Er will 3 Reichsmark mehr pro Morgen zahlen, wenn die Pachtzeit, welche im nächsten Jahre abläuft, bis 1933 verlängert wird. Unsere Genossen stimmten gegen diesen Vorschlag da es sich hier darum handelt, einer jetzigen Mehrheit die Handlungsfreiheit auf die nächsten 9 Jahre zuzugestehen.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es mit den Blockleuten bei der Magistratsvorlage betr. Herstellung einer Erholungsgrünanlage bei der Hilfsschule Böllberger Weg. Bekanntlich ist der Süden besonders arm an Grünanlagen. Der Magistrat sah sich daher genötigt, einen Plan vorzulegen der Kinderspielplätze und Turnanlagen für die Hilfsschule vorsieht. Ferner sollen Plätze für die Anwohner des Südens aufgestellt werden. Wer nun aber geglaubt hat, daß der Referent, Herr Minner, die Vorlage angesichts der damit verbundenen Dringlichkeit zur Annahme empfehlen würde, sah sich wieder einmal gründlich getäuscht. Das Sparen ist bekanntlich die Tugend des Ordnungsblockes. Trotzdem der Baurat Jost an Hand von Zahlen bewies, daß der geforderte Betrag von 53 000 Reichsmark notwendig und angemessen sei, verlangten diese Herren, daß das Projekt genau so gut auch für 45 000 Reichsmark hergestellt werden müsse und könne. Sollte es trotzdem nicht reichen, dann möge der Magistrat mit Nachforderungen an die Stadtverordneten herantreten. Diese Ausführungen, welche von den Bürgerlichen mit lebhaften „Sehr gut"-Rufen begleitet waren wurden von unseren Genossen scharf angegriffen. Es käme den Herren von Rechts nur darauf an,

im Süden den dort wohnenden Proletarierfamilien eine minderwertige Anlage zu schaffen, die man nicht mehr als Erholungsanlage bezeichnen könne.

Im Süden sei nichts von dem vorhanden, abgesehen vielleicht von Südfriedhof, der aber als Erholungsort nicht in Betracht komme. Die dortigen Anwohner seien deshalb gezwungen, bis zur Heide zu fahren, was im Sommer dann geführt hat, daß schon an der Artilleriekaserne die Heidebahn überfüllt gewesen sei. Rabeninsel und Pulverweiden seien ebenfalls für den eigentlichen Süden zu entfernt. Die Senkung der Kosten könne nur erreicht werden, wenn an Bäumen und anderer Ausstattung gespart würde. Herr Rive, der nachträglich erschienen war, setzte sich lebhaft für die Magistratsvorlage ein, da er befürchtete, daß die Vorwürfe bei einer ungenügend erstellten Anlage auf den Magistrat zurückfallen würden. Die Abkürze würden gerade auf den stiefmütterlich behandelten Süden niederdrückend wirken, denn dort könne man es nicht verstehen, daß der Südzetzigen Stadtverordnetenmehrheit leiden solle. Herr Rive die Ordnungsleute, wegen den 8000 RM. einen Kreis Bürgerschaft herauszubeschwören, denn das könne die Verwaltung nicht mehr leisten. (!!) Herr Thiele bestiern meinte, Privatunternehmer könnten das billiger. Was Herr Rive als „Phantasien" bezeichnete. Er höheren sozialen Verpflichtungen hin, während die Unternehmer nur ihren gesetzlichen Vorschriften nachkämen. lichen ließen sich aber nicht beeinflussen. Gespannt Die Vorlage wurde schließlich angenommen, aber mit nung, daß der Magistrat versuchen soll, mit 45 000 zukommen.

Man kann hier wieder einmal sehen, was alles mit wenn proletarische Interessen zur Debatte stehen. Der bloc ließ erklären, daß er die Folgen seines Tuns zu tragen wisse. Nun, wir werden ja sehen, was die auf diese Provokationen hin unternimmt. Hoffentlich Richtige, indem sie diese brunalen Feinde der Werktätigen nächsten Wahl hinauswirft.

Wer wird in Halle Oberbürgermeister?

Diese Frage steht jetzt neben den seit langen Monaten Wahlen eines zweiten Bürgermeisters und zweier Beigeordneten zur Debatte. Die Wahlperiode des Oberbürgermeisters läuft bekanntlich am 1. April 1930 ab. Der Magistrat in den ersten Tagen dieses Monats dem Stadtverordnetenkollegium in Form einer Vorlage in kurzen Worten mitgeteilt, Berücksichtigung der Tatsache des Ablaufs der Amtszeit bürgermeisters am 1. April 1930 die Stadtverordnetenversammlung ersucht werde, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen wahl vorzunehmen. Wie wir hören, ist die Vorlage Wahlausschuß zur Beschlußfassung übermittelt worden haben also in Halle jetzt die Tatsache zu verzeichnen, Oberbürgermeister, ein Bürgermeister Stadträte neu zu wählen sind. Da die Sperrfristen aber immer noch nicht aufgehoben sind, so müssen die mitglieder von den zurzeit bestehenden Gemeindeparlamenten noch mit zwei Drittel Mehrheit gewählt werden. Halle äußerst schwierig ist bei der Zusammensetzung verordnetenparlaments, ist bekannt. Die reaktionäre Mehrheit kann ihre Personalwünsche nur dann bekommen, sie an die SPD. Konzessionen macht. Die Hoffnungen Schaumburg auf einen Stadtratsposten brauchen also aufgegeben zu werden.

Wir betonen noch einmal, daß wir diesem Stadtrat das Recht absprechen, über die Magistratsbesetzung zu Nur nach einer Neuwahl könnten Entschließungen gefaßt als gegenwärtiger politischer Willensausdruck der Bevölkerung anzusprechen wären.

Hallisches Wohnungselend

Der Eisenbahnarbeiter M. hat eine große Familie, die aus Frau und sechs Kindern besteht. Er hatte bis vor kurzem in der Talstraße 25 eine Wohnung inne. Der Hauswirt strengte eine Räumungsklage an und hatte — bei der heutigen Spruchpraxis der Mietsschiffsgerichte ist das ja weiter kein Wunder — auch Erfolg damit. M. wurde zur Ermittlung ohne Eisenbahnamt verurteilt und eines schönen Tages vom Gerichtsvollzieher mit seiner Familie und seinen Möbeln auf die Straße gesetzt. Die Möbel mußten bei einem Spediteur in einem Wagen untergestellt werden. Die Frau kam notdürftig mit den Kindern bei gutmütigen Bekannten unter und der Ehemann wurde von der Aufregung so krank, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte und nun arbeitsunfähig ist. Die Familie hatte noch Glück. In vielen anderen Fällen landen sie hier in der Großstadt Halle im Obdachlosenasyl.

Der oben geschilderte Fall liegt vier Monate zurück. Das Wohnungsamt hatte der Familie in der Talstraße 19 eine aus Stube, Kammer und Küche bestehende leerstehende Wohnung angewiesen. Die Miete ist erschwinglich, der Fall könnte damit erledigt sein, wenn eben nicht sechs Kinder in der Familie M. wären und der Hauswirt Günther nicht der Auffassung wäre, daß ihm durch diesen reichen Kindersegen sein Haus zu sehr ruiniert werden könnte. Wie zahlreiche andere Hauswirte, so will auch dieser nach Möglichkeit wenig Kinder in seinem Haus aufnehmen. Es kam aber ein Zwangsmietsvertrag zustande. Gegen diesen erhob der Hauswirt beim Landgericht wieder Klage. Das Verfahren schwebt jetzt noch, nach vier Monaten (!). Die Zustände sind für die Familie unhaltbar geworden. Die Kinder können nicht mehr in geordneter Weise die Schule besuchen.

Die Not ist so groß, daß bereits Mobiliar verkauft werden muß. Die verzweifelte Mutter weiß nicht mehr aus noch ein.

Macht alles nichts, die Wohnung Talstraße 19 steht leer und der Hauspascha läßt niemand in sein geheiligtes Eigentum. Und wer es nicht glaubt, daß wir eine göttliche Weltordnung haben, der ist ein ewig unzufriedener Kommunist, der aus parteipropagandistischen Gründen immer wieder solche Dinge der Oeffentlichkeit mitteilt. Im Ernst, wir sind aber der Meinung, daß das hallische Wohnungsamt, dem diese Zustände bekannt sind, die Pflicht hätte, dieser Familie zu helfen. Wir zweifeln nicht daran, daß es dazu in der Lage wäre. Oder haben die Herren ein so weiches Rückgrat vor den hallischen Hausbesitzern? Den Wohnungsuchenden gegenüber ist man doch nicht so zahm.

Ein Flugzeug verliert den Propeller

Ein richtiger Flieger läßt sich nicht verblüffen. Das zeigte am Mittwoch der Flugleiter Böttig, der den Besuchern des Jahrmarktes einige Fliegerkunststücke vorführen wollte. Kurz nach dem Start auf dem Flugplatz Halle-Nietleben löste sich der Propeller vom Flugzeugrumpf und brach entzwei. Dessen ungeachtet brachte der Pilot die Maschine sicher im Gleitflug zur Erde.

Achtung, RFB.-Kameraden! Alle Radfahrer und Motorradfahrer des RFB. von Halle und dem Saalkreis beteiligen sich am Sonntag an der Sternfahrt nach Landsberg.

Bereitet den 1. Mai vor

Agitiert unermüdlich für restlose Beteiligung an den Massendemonstrationen, für restlose Arbeitsruhe am 1. Mai. Dieser Tag muß allen Verbotsandrohungen zum Trotz für die revolutionären Ziele des Proletariats werden

ein Kampftag der Massen

Hallische Tageschronik

Wieder ein schweres Verkehrsunfall

Gestern gegen 20.15 Uhr stießen an der Ecke Lauchstraße ein Personenkraftwagen und ein Motorradfahrer. Der Motorradfahrer wurde erheblich verletzt und sein Motorrad gebracht werden. Der Führer des Personenkraftwagens Verletzungen am linken Auge davon. Am Motorrad Vorderzahn stark beschädigt, am Personenkraftwagen linke Seite beschädigt und die vorderen Türscheiben

Auto gegen Baum. Gestern gegen 17.15 Uhr fuhr auf Neuwerk ein Personenkraftwagen beim Ueberholen eines Fahrers gegen einen Baum. Der Kraftwagenführer ist ein Mitfahrer erheblich am Kopfe verletzt. Letzterer Elisabethkrankenhaus gebracht. Der Personenkraftwagen stark beschädigt.

Frecher Diebstahl. Gestern wurde einem Radfahrer Dessauer Straße in der Nähe des Wasserturmes von einem den er zur Aufsicht des Rollmagens zurückgelassen hatte mit 800 bis 900 Mark aus der Futterkrippe gestohlen.

Eine Aktentasche mit 1000 Mark gestohlen. Auf der wurde von einem Verkaufstisch eine Ledermappe mit Inhalt gestohlen. Der Täter konnte noch nicht ermittelt

Verloren wurde am Sonnabendvormittag in der Straße ein Paket mit einem Berufsmantel. Der Finder beten, ihn abzugeben bei Bock, Flugplatzkolonie 70.

Die hallischen Lebenshaltungskosten-Indexziffern des Amt der Stadt Halle nach dem Stande vom 15. berechnet: 1. Gesamtlebenshaltung (Ernährung, Wohnung und Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf, Verkehr, ohne Steuern und soziale Abgaben): 1.50 haltung ohne sonstigen Bedarf: 1.47 (—0,7 Prozent)

Theater und Konzert

„Das Dreimäderlhaus" im Stadttheater

Na ja, zu allem süßlichen Schmus, mit dem das in der letzten Zeit seinen Operettenspielplan gefüllt hat, noch. Man hatte nach der „Friederike" sich damit abgefunden, daß sich sagte: „Schlimmer geht's nimmer!" war es aber wieder einmal ganz schlimm. Trotzdem leicht gerade deshalb — war das Theater bis auf Platz ausverkauft und die Beifallsstürme wollten kein nien. Das hiesige Theaterpublikum bezeichnet sich wieder an den „herzenbewegenden" Wiener Liedern dann gar noch im Biedermeierleidchen über den Tempelglasermeisterschen Hauses gehopst wird, dann herzschauerraum eitel Wonne. Niemand scheint es auf die „Drei Mädel" immer nur an den melancholischen ihren Tanzkoller kriegen. Sogar die beiden alten Leute ben nicht davon verschont, als sie am Hochzeitsabend Aelteren Frauen über den Abschied von ihnen erzählten.

Ein wenig erfrischend wirkte das Spiel von Max Schaber, aber eine kleine Entäuschung verschuldeterweise — Marion Kaufmann als dann muß man Anni Collini-Senden lobe Rolle als Hausbesorgerin ausgezeichnet gespielt hat hat man wirklich herzlich lachen können, wenn sie's einmal richtig gab!

Walhalla-Theater. Vorzüglich gespielt vom Publikum und Variété-Programm mit Musik aus der Luft, Macifie, Karl Kopf weiteren sechs weiberhaften Attraktionen. Im Café der große der „Black and White Band".

Ha-Ba-Ba. Der hallische Sängerbund, veranstaltet von der Ortsgruppe Gesellschaft deutscher Männergesangvereine, findet am Sonnabend abends 8 Uhr, in den oberen Räumen des „Stadtschützenhauses" zum Besten der Wohlfahrtskasse der GDMV. der Altersheim Fuchshalle des Stadttheaters statt. Eintrittskarten zum Preise, am Stadttheaterkasse, bei Hothan und im Verkehrsbureau Reiter Turm Passage verbunden Solomitgliedern des Stadttheaters die Eintrittskarten

Werbt für den „Klassenk

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0006

ozialistischer Wettbewerb

Der Vertrag der Tausenden

Moskau, Mitte April 1929.

n mehreren zehntausenden Arbeitern besuchte mächtige monstration gab den Straßen der Stadt eine feierliche Der Anlaß der Demonstration war weder ein revolu- edentlich, noch demonstrierten die Massen diesmal gegen Provokation irgendeiner imperialistischen Macht. Die r revolutionärer Begeisterung getragenen Fahnen und nte entfalteten bei solchen Anlässen etwas ungewöhnliche „Herunter mit den Herstellungskosten!", flichten uns, bis zum 1. Mai die Herstellungskosten um t zu senken", „Für die Steigerung der Arbeitsdisziplin", rzeichnen den Vertrag der Tausende" usw.

vertrag der Tausende", anläßlich dessen Abschluß die gewalt- ntfundgebung veranstaltet wurde, ist ein Vertrag zwischen gischaften von neun Textilfabriken von Twer, und Iwanowo-Wolnessensk. 58 000 Textilarbeiter ver- ch in diesem Vertrage, den Produktionsplan für das lau- rtschaftsjahr hundertprozentig durchzuführen. Doch kaum r sozialistische Wettbewerb seine ersten Früchte zu tragen, chert die Initiative der herrschenden Arbeiterklasse die s sozialistischen Aufbaues durch neue Formen der chen Massentätigkeit. Die Begeisterung der Massen für ilistischen Aufbau ist keine reine Gefühlsfrage. Sie drückt er Bilanz der Produktion durch handgreifliche Zahlen, ozente, durch Rubelmillionen aus. Der grandiose Wirt- n, auf Grund dessen das Proletariat der Sowjetunion die produktion in wenigen Jahren verdoppelt und ver- ht, beruht nicht nur auf irgendwelchen papiernen Berech- ondern einer der wichtigsten Faktoren seiner Durchführung die Mitarbeit der Massen, die sich als Herr im Sowjet- in der Industrie fühlen. Der historisch bedeutsame Ver- er erste sozialistische Produktionsvertrag großer Arbeiter- hat folgenden Wortlaut:

Volkswirtschaft des Landes steht an einem wichtigen Wende- Nach der Ueberwindung der Schwierigkeiten des Bürger- er Hungersnot, der Blockade und des wirtschaftlichen Ver- wir nunmehr von der Wiederaufbauperiode zur Rekon- periode geschritten. Das Land steht vor gewaltigen Auf- or den Aufgaben der Rekonstruktion der Volkswirtschaft, ierung der Industrialisierung des Landes und der gründ- ialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft.

Die erfolgreiche Durchführung dieser Aufgaben erfordert die Mobilisierung aller Kräfte der Arbeiterklasse an der Wirtschaftsfront. Notwendig ist ein zäher und systematischer Kampf für die Hebung der Arbeitsproduktivität, für die Festigung der Arbeitsdisziplin und für die Senkung der Herstellungskosten.

Im Namen der Arbeiter, Angestellten, der Ingenieure und des technischen Personals der Betriebe

„Trechgornaja Manufaktura", Moskau, 7124 Personen; „Proletarische Manufaktur", Twer, 14 208 Personen; Textilfabrik „Wagichanow", 5874 Personen; „Peremolotzker Manufaktur", 335 Personen; „Wischnjewolotzker Fabriken", 9780 Personen; „Iwanowo-Wolnessensker Fabriken", 21 068 Personen;

im Namen einer proletarischen Armee von 58 389 Arbeitern und Arbeiterinnen eröffnen wir unterzeichneten Vertreter der Arbeiter der erwähnten Fabriken — entsprechend den Geboten unseres Führers Lenin, nach Mobilisierung breiter Arbeitermassen für die Durchführung der vor der Sowjetunion stehenden Aufgaben der Industrialisierung und im Interesse der möglichst erfolgreichsten Durchführung — einen sozialistischen Wettbewerb zwischen allen diesen Fabriken bis zum Ende des Operationsjahres 1928/29. Der Wettbewerb geht um die erfolgreichste Durchführung der von der Partei und der Regierung vorgezeichneten Aufgaben, die in den Industriefinanzplänen der Fabriken niedergelegt sind.

Wir schließen einen wirtschaftlich-politischen Vertrag und legen ein feierliches revolutionäres Gelöbnis ab, daß wir treu unserem revolutionären proletarischen Wort die Industriefinanzpläne unserer Unternehmungen restlos durchführen werden.

Um den Wettbewerb so erfolgreich als möglich zu gestalten, verpflichten wir uns, folgende Aufgaben durchzuführen:

1. Bis zum internationalen proletarischen Feiertag, den 1. Mai, werden wir eine solche Senkung der Herstellungskosten durchführen, die die vollständige Durchführung der Industriefinanzpläne sichert. Wir werden am 1. Mai die erste Kontrolle der Erfüllung jener Verpflichtungen vornehmen, die wir auf Grund des gegenwärtigen Vertrages übernommen haben.

2. Wir werden die Arbeitsdisziplin in unseren Fabriken festigen, mit dem eigenmächtigen Fernbleiben von der Arbeit sofort aufräumen, jede Nachlässigkeit bei der Arbeit, jede Verschwendung von Rohstoffen und anderem Material, jede nachlässige Behandlung der Maschinen und Werkzeuge entschieden bekämpfen.

3. Wir werden die Ausschußwaren und die Maschinenbrüche auf das allertiefste Minimum reduzieren.

4. Wir werden die Produktivität pro Maschine und Arbeiter steigern und werden Leerlauf von Maschinen vermeiden.

5. Wir werden anstreben, daß kein einziger Arbeiter, Ingenieur oder technischer Angestellte von der Arbeit der Produktionsberatung fernbleibt.

6. Wir werden die ökonomisch begründeten Vorschläge der Arbeiter, die auf die Senkung der Herstellungskosten der Produktion gerichtet sind, durchführen, und zwar sowohl die Vorschläge, die während des Wettbewerbes der Produktivberatungen, als auch diejenigen, die nachher eingereicht werden.

7. Wir werden unsere Errungenschaften bei der Durchführung des Wettbewerbes austauschen, durch regelmäßige Veröffentlichungen in den Zeitungen „Twerskaja Prawda", „Rabotschi Kraj" und „Rabotschaja Moskwa".

Indem wir nochmals versprechen, alle im gegenwärtigen Vertrag aufgezählten Verpflichtungen durchzuführen, geben wir unser Wort, daß wir unter allen Umständen alle Maßnahmen durchführen werden, die zur Verwirklichung der uns von der Partei und von der Regierung gestellten Aufgaben notwendig sind.

Wir fordern die Arbeiter der ganzen Sowjetunion auf, unserem Beispiele zu folgen!

Vorwärts zu neuen Siegen! Für die generelle Linie der Partei! Für die Senkung der Herstellungskosten!" (Es folgen die Unterschriften.)

Vorbereitung zur Maifeier in Polen

(Eig. Bericht.) Warschau.

Die polnische Presse befaßt sich jetzt schon sehr ausführlich mit dem bevorstehenden 1. Mai. Die bürgerliche Presse hebt hervor, daß die Kommunisten im Zusammenhange mit dem 1. Mai eine sehr rege Tätigkeit entfalten. Laut Zeitungsmeldungen soll in der Mai-Kampagne der Kampf sich nicht allein gegen die faschistische Regierung, sondern auch gegen die PPS. (Polnische Sozialdemokratie) richten; die Kommunisten werden nicht wie in früheren Jahren gemeinsam mit den Sozialdemokraten auf den Theaterplatz demonstrieren, sondern eigene Demonstrationen veranstalten, während die Sozialdemokraten in diesem Jahre keinen Mai-Umzug veranstalten. Die Presse prophezeit jetzt schon blutige Zusammenstöße zwischen den Kommunisten und den Narodowcy-Anhängern (faschistischer Flügel der Sozialdemokratie). In den Arbeiterpierteln und den Industrieorten erscheinen täglich kommunistische Plakate, Aufrufe und Transparente mit den 1.-Mai-Parolen. Die Bourgeoispresse entfaltet eine besondere Hetze anläßlich der Tatsache, daß die Kommunistische Partei Polens in ihrer Mai-Kampagne die Solidarität der polnischen Arbeiterklasse mit der Sowjetunion hervorhebt und die Kriegsmachenschaften der Pilsudski-Regierung entlarvt.

Wohlfeile Woche!

Die große Gelegenheit zu besonders billigem Einkauf

s-Wäsche

- enkorn-Handtücher gebändert . . . . . Stück 0,28
- ghandtücher ige Qualität . . . . . Stück 0,48
- decke einen Herstellungen . . . . . Stück 0,95
- bezug tte, aus gutem Wäschestoff . . . Stück 0,95
- erdecke 130/130, in vielen schönen Mustern . . . Stück 2,95
- zug aus haltbarem Wäschestoff . . . Stück 2,95

che, Schürzen

- nhalter Küchenschluß mit Spitze . . . . Stück 0,25
- tschoner Stck. mit Trägern . . . . . Stück 0,25
- n-Schürze in schönen modernen Mustern . . . Stück 0,48
- t-Reform-Hose Qualität, Größe 35—50 . . . . Stück 0,95
- lter Futter und Gummi . . . . . Stück 0,95
- n-Prinzeßrock orn, mit Stickerei . . . . . Stück 1,45

umiegekragen Damen, Waka, stück . Stück 0,60 0,50
- n-Selbstbinder reiche mmwoll, reine Seide . . Stück 1,20 0,65
- n-Unterhosen Qualität, mehrfarbig . Paar 1,45 1,00
- -Trikot-Einsatz-Hemden Weiße . . . . . Stück 1,70 1,45
- ige Oberhemden aus gut. in nur mod. Mustern . Stück 3,50 3,15

Damen- und Kinder-Konfektion

- Sportkleid Baumwollstoff, feiche Machart, mit farbigen Paspel und Kramatte . . . . Stück 3,95
- Damen-Kleid Trikot, Wolle mit Seide, feiche Jumperform, in schönen modernen Mustern . . . . . Stück 13,50
- Jgdl. Kleid Beiouline, in schönen Farben, mit farbiger Tresse garniert, Rock mit Falten . . . . . Stück 14,75
- Damen-Mantel Seide, gummiert, in modernen Farben . . . . . Stück 17,50
- Kinder-Plisseeröckchen Cheviot, reine Wolle, Größe 50 . . . . . Stück 2,95
- Knaben-Wander-Hose Imit. Wildleder, kräftige Qualität, Größe 2 . Paar 3,40
- Kinder-Kleid aus modernem Schotenstoff, mit Faltenrock, einfarbigem Kragen und Schleife, Größe 60 . . . . . Stück 3,20 — Jede weitere Größe 40 ₰ mehr
- Kinder-Kleid Mufflin, reine Wolle, Fäh-gre- form, in schönen Blumenmustern, entzückende Machart, Größe 45 . . Stück 4,50 — Jede weitere Größe 50 ₰ mehr

Kleider-, Seiden- und Waschstoffe

- Zephir für Sportkleider und Hauskleider, gestreift und kariert, indanthren . . Meter 1,10 0,78 0,48
- Musseline für Blusen und Kleider, sehr große Musterauswahl . . . . Meter 1,20 0,85 0,48
- Blaudruck für Hauskleider, sehr haltbare Qualitäten . . Meter 0,98 0,78, II. Wahl Meter 0,48
- Musseline reine Wolle, reichhaltige Auswahl in nur modernen Dessins . . . . . Meter 3,50 2,90 1,45
- Karo- und Streifen-Stoffe neue Zickzack- und Gitternuster . . . Meter 1,28 0,95
- Wasch-Kunstseide bedruckt, in modernen Mustern und großer Auswahl . . . . . Meter 1,45 0,95
- Crêpe de Chine K'Seide moderne Druckmuster, doppelbreit . . . Meter 3,45 2,75
- Mantel-Stoffe Frühjahrsneuheiten, 140 cm breit . . . Meter 4,25 2,95

Strümpfe

- Damen-Strümpfe Baumwolle, schwarz und farbig . . . . Paar 0,28 0,15
- Damen-Strümpfe Doppelsohle, Hochferse, in reicher Farbenauswahl . . . . Paar 0,48
- Damen-Strümpfe Waschseide u. Kunstseide, II. Wahl, schwarz u. farbig, Doppelsohle, Hochferse, Paar 0,95 0,75
- Damen-Strümpfe Primo echt Seidenflor, Marke, II. Wahl, in modernen, hellen Farben, Paar 1,25
- Herren-Schweiß-Socken angenehme, weiche Qualität . . . . . Paar 0,48
- Herren-Socken in modernen Mustern . . . . . Paar 0,86 0,38

Gardinen

- Scheiben-Gardinen aus hartestem Etamine, mit gewebten Einsatz . . . . . Stück 0,18
- Etamine weiß, kariert, haltbare Qualität . . . . . Meter 0,19
- Etamine mit ausdrucksvollen indanthrenfarbigen Streifen, besonders als Küchengardinen geeignet . . . . . Meter 0,35
- Landhaus-Gardine aus Etamine mit Volant in weiß u. vielen indanthrenfarbigen Streifen . . . . Meter 0,70
- Gardinen-Stoff englisch Tüll, vielgut. modernes Muster, haltbare Qualität, ca. 70 cm breit . . . . . Meter 0,75
- Halbstore aus geleistetem Etamine, mit breitem, gewebten Einsatz und Spitzenabschl., sowie aus engl. Tüll, mod. Muster . 1,95

ALEX MICHEL

Halle-Saale — Am Markt

1 Flasche Sidol, 1 Polierlauch . . . . . gelammt 0,25
1 Pfund weiße Alabaster-Schmierseife, rein gekocht 0,48
4 Stck. Blumen-Toilettenseife angenehm und mild, in Zellophanbeutel . . 0,50
Rasiergarnitur mit Kopf, Stiel und Spiegel 0,95 0,50
1 Riegel Kernseife, Stck. 1 Pfd. Schmierseife, gekocht, 1 Pfd Seifenpulver m. Seifenflocken, 1 Paket Bezalt-Soda . gelammt 1,35

Der Frühling ist da! Die Natur legt jetzt ein neues Gewand an. **Und Sie..?** Sie müssen auch für neue Kleidung sorgen, und

benutzen hierfür unsere billigen Frühjahrs-Angebote!

Goldstein

Eisleben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0007

Der große Sonnabend bei Karstadt

Halle-Saale A.-G. **Gr. Ulrichstr. 59/61**

Achtung! Neu eingeführt
Fahrrad-Ersatzteile
Fahrradglocken, Gummigriffe, Laternen, Gepäckträger, Sattelbezüge, Laufglocken
ganz billig!

Konfektion

Praktische Mäntel aus guten imprägnierten und karierten Stoffen, passend für jedes Wetter	9,75
Frühjahrs-Mäntel aus guten melierten und karierten Stoffen, lesch, mit und ohne Gürtel zu tragen	13,75
Frauen-Mäntel aus praktischen imprägniert. Herrenstoffen, extra lang und weit	19,75
Frühjahrs-Mäntel aus nur neuen, modernen Stoffen, sehr gute Verarbeitung	33,00
Praktische Hauskleider aus modernen Indanthrenstoffen	2,85
Hauskleider aus guten reinwollenen Stoffen, mit Plisseerock und Stickerei	7,50
Musseline-Kleider reine Wolle, hübsche bunte Muster, feiche, jugendliche Verarbeitung	9,75
Nachmittags-Kleider aus modernem Trikot-Charmeuse in vielen schönen Farben	16,50
Trikot-Charmeuse-Kasaks mit kleinen Fehlern, gute Qualitäten	7,75
Flausch-Morgenröcke in modernen Farben, mit kleinen Fehlern, enorm billig	2,95

Holländ. Blumenzwiebeln und Rosensträucher **ganz besonders billig!**

Enorm billige Angebote

Kaffeetassen echt Porzellan, Schalenform, m. Goldrand und Linie .. Stück **0,25**

Kaffeeservices echt Porzellan, m. Streublumen od. mod. Dekoren, f. 6 Pers. Serv. **3,95**

Unser Photomaton-Apparat fertigt für 1,— Mk. in 8 Minuten 8 Bilder fertig zum Mitnehmen. **Wir empfehlen die Benutzung** in den Vormittagsstunden

Ganz neu eingeführt
Kakteen
wie sie das Herz jedes Sammlers erfreuen, in sehr großer Auswahl
Stück 0,40 0,60 0,80 1,00 1,50 2,00

in Haushaltwaren

Steingut-Satzschüsseln weiß, 6teilig Satz **1,00**

„Mop" der staubfreie Besen, einschl. Dose und Stiel .... Stück 2,50 **2,00**

Ihre Freundin wird Ihnen morgen alle die schönen Strümpfe zeigen, die sie heute bei Karstadt so enorm billig gekauft hat. **Warum wollen Sie mit leeren Händen zusehen?**

Baumwollwaren

Kaffeedecken indanthrenfarbig, ca. 110/130 = 1,95 ..... ca. 110/110 = Stück 1,45
Frottierhandtücher in neuen Streifen und Karos ..... Stück 0,68
Frottierhandtücher ca. 45/100, guter Kräuselstoff ..... Stück 1,25
Frottierstoffe Riesenauswahl, neueste Dessins, bordeaux breit ..... Meter 6,50 4,95
Scheuertücher haltbare, gut saugfähige Qualitäten ..... Stück 0,95

Kleiderstoffe

Jumperstoffe für Blusen und Kleider ..... Meter 1,45 1,10
Baumwoll-Mousseline bedruckt, große Musterauswahl, für Blusen und Kleider ..... Meter 0,95 0,75
Damassee für Jacken- und Mantelfutter ..... Meter 1,95
Waschsamt ca. 70 cm breit, mit kleinen Fehlern ..... Meter
Woll-Crêpe-de-chine in großem Farbensortiment ..... Meter

Schallplatten in ganz großem Repertoire
ca. 15 18 20 cm
Stck. 0,50 0,75 1,00

Sommer-Spiel
Segelboote ..... Stück
Sandformen ..... Karte, 3 Formen und Schaufel ..... Garn.
Tennisschläger mit Steffball ..... Stück
Gartengerät Steilig, Schaufel, Harken und Spaten Garn.

Garten-Gerät in großer Auswahl **ganz besonders preis**

Das endgültige Urteil

über das
Moderne Theater
dem führenden 1266
Tanz-Kabarett in Halle

Das „Moderne Theater" geht mit dem Spielplan eigene Wege, die, wie man gestehen muß, sich sehr schnell „Hallische Nachrichten"

Joseph Plaut in Halle ..... und alles jubelt ihm zu! Das werden wieder köstliche 14 Tage im „Modernen Theater" „Hallische Zeitung"

Die Direktion des „Modernen Theaters" hat bei Monaten die Bemühung erkennen, auf ein erstklassiges Kabarettensemble zu kommen „Klassenkampf"

Das Gastspiel Joseph Plaut im „Modernen Theater" ist ein einziger Erfolg .... Sein Gesicht verfügt über eine unendliche Skala der Ausdrucksmöglichkeiten. Sein Publikum ist ein einziges Ohr „Saale-Zeitung"

Man muß es dankbar begrüßen, daß nun auch Plaut, dieser Stern am deutschen Humoristenhimmel den Hallensern leuchtet „Volksblatt"

Karten zu Mk. 2,00 1,50 und 1,00
Vorverkauf täglich ununterbrochen

Stadt-Theater
Heute 1269
Freitag 20—22½ Uhr
Herr Lambertchier von L. Vernuil
Sonnabend 20—23¼ Uhr
Die Hugenotten
Oper v. Meyerbeer

Hosenträger Strumpfhalter
billigst bei 1261
M. Winkler
Glaucharstraße 27

Preiswerte
Bettstellen
Eiche imit. von 23,— Mk. an
Patentmatratzen von 10,— Mk. an
Waschkommoden m. Platte u. Spiegel von 38,— Mk. an
Nachtschränkchen von 25,— Mk. an
Junghuts Möbelhaus, Albrechtstr. 37

Für 120 Pfennige eine Opel-Limousine?
Zu gewinnen in der Tombola des Ha-Bü-Ba von der Firma Auto-Kühn

Burg-Theater Ein noch nie dagewesenes Programm! **Die große Abenteuerin!** Als Extra-Einlage: **Tom Mix** in Teufel, Tempo, Tom! usw. usw.
Ab Freitag bis Sonntag 1264

ENDE APRIL ERSCHEINT:
W. I. LENIN
Die Periode der „Iskra"

SÄMTLICHE WERKE, BAND IV, 2. HALBBAND
Dieser Halbband enthält die wichtigsten Artikel und Dokumente der Zeit von 1901 bis Anfang 1902, u. a. auch die berühmte und für die weitere Entwicklung der russischen Partei entscheidende Schrift „Was tun?"

AUS DEM INHALT:
Der Kampf gegen die Hungernden / Auslandsangelegenheiten Zuchthausverordnungen und Zuchthausurteil / Innerpolitische Rundschau — Die Hungersnot — Das Verhalten zur Krise und zur Hungersnot — Das dritte Element / *Unterhaltung mit den Verteidigern des Oekonomismus / Politische Agitation und „Klassenstandpunkt" / „Was tun?"* — Dogmatismus und „Freiheit der Kritik" — Spontaneität der Massen und Zielbewußtheit der Sozialdemokratie — Trade-unionistische und sozialdemokratische Politik — Die Handwerkerei der Oekonomisten und die Organisation der Revolutionäre — Der „Plan" einer allgemeinen russischen politischen Zeitung usw.

Subskriptionseinladung
Um jedem Arbeiter die Anschaffung dieses besonders wichtigen Bandes zu erleichtern, legen wir auch diesmal wieder eine Subskription auf, die bis 30. April läuft. Bei Bestellung und Bezahlung bis zu diesem Termin kostet

Volksausgabe	broschiert 3,85 M
	Leinen gebunden 5,60 M
Buchhandelsausgabe	broschiert 4,80 M
Engl. Doppelleinen gebunden	7,50 M

Nach dem 30. April erhöht sich dieser Preis um etwa 30 Proz. Wie die früher erschienenen Bände XIII, XX und IV¹ der Gesammelten Werke Lenins ist auch dieser Band in sich abgeschlossen und kann einzeln bezogen werden.

Bestellungen nehmen entgegen:
Besiko-Zen raibuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14, deren auswärtige Filialen und alle Literatur-Obleute und Kolporteure

Uhren und Goldwaren
Billiger Verkauf
206 Sorgfältige Reparatur
Nach meinem Umzug nur
Rathausstr. 12
Adolf Koch, Uhrmacher

Sommer-Sprossen
auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das echte unschädliche Teintverschönerungsmittel „Venus" Stärke B beseitigt. Keine Schälkur. Preis ℳ 2,75. Nur zu haben bei: **Parf. F. A. Pax, Gr. Ulrichstraße 45 Engel-Drogerie, Magdeburger Str. 50**

Stenotypistin
erste Kraft
für die „Klassenkampf"-Redaktion **gesucht.** Nur solche wollen ihre ausführliche Bewerbung schriftlich einsenden an die **Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg** e. G. m. b. H. Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Promenaden-Re
Universitätsr
Nach vollständiger Ro meines Lokals laden zu Geschäftsfreunde, Lieferanten Gäste zu der am Sa dem 20. 4. 29 stattfinde
Eröffnungs
ergebenst ein
Otto Rottrott u

Decken Sie Ihren
Sämere
- Blumenzw
- Knollen
- Pflanzen
- Rosen
- Düngemitte
- usw.

in altbekannter Qualität bei
Moritz Berg
Samenhandlung
Halle a. d. S., Leipziger
Fernruf 26107
Verlangen Sie meine Fachmännische Beratung

Oswald Kir
Bücherstube Eisenbahnstraße
Feine Fleisch- u. W
Hausfrauen, kauft nur bei

Walhalla
Dir. O. Kleinhenz — Fernspr. 28383
Täglich 20 Uhr:
Ein Triumphzug artistischer Höchstleistungen
Musik aus der Luft
Buffalo Maciste
Karl Rapp
Jackmann
5 Winstons
Dazu 5 weitere Riesen-Attraktionen
Trotz gewaltigen Spielenaufwandes gem. Preise ab 60 Pf. 1268
Kassenstunden 11—20 Uhr

RAKETE
Reimers Lachbühne!
Kl. Klausstr. Ruf 31449
Täglich 20 Uhr:
Emil macht alles
Zweiter Teil, noch toller wie der erste Teil
Sonnabend bis 4 Uhr:
Tanzturnier
0 Ehrenpreise / Nagger-Werbelang
Montag, ab 10 Uhr vormittags
gr. Doppelschlachtefest

Uhren kaufen Sie am besten beim Fachmann
Uhrmacher Schraut, Schmeerstr. 4
Reparaturen billigst

Wo speise ich gut und billig?
im
„VOLKSPARK"
Burgstraße 27 Telephon 21107

Werbt f. den Klassenkampf

Ein Posten großer schöner
Blumenkohl
kommt morgen auf dem Obermarkt, gegenüber der Kirche, billig zum Verkauf
R. Walther

Einen ganz vorzüglichen **Kaffee**
½ Pfund zu 100 ₰ bei 1182
Hugo Schröter, Hirtenstraße, Ecke Lerchenfeldstraße

Papier Zeitungen
Lumpen, Knochen kauft 181
A. Bode
Große Klausstraße 22

Zeitungsmakulatur
billigst abzugeben
Lerchenfeldstraße 14 und Harz 1

Tagesordnung
für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 22. April

Oeffentliche Sitzung.
1. Erlaßwahl für Deputationen und Ausschüsse. 2. Gesellenzeugnis der Gemeinde Delau. 3. Genehmigung der Ueberschreitung des Kap. [illegible] 4. Verlängerung eines Pachtvertrages. 5. bis 7. Landaustausch und -veräußerungen. 8. Enteignung von Grundstücksteilen. 9. Instandsetzung Milchverkaufshäuschen an der Magdeburger Straße. 10. bis 13. [illegible] Bürgschaften. 14. Herstellung einer Erholungsgrünanlage bei der [illegible] 15. Uebereignung städtischen Landes aus der Kaufmannsbörse. 16. Festsetzung der Einkaufsgelder für das Kolpital. 17. bis 19. Einbringung [illegible] Straßenstreden. 20. und 21. Fluchtlinienänderungen. 22. Antrag [illegible] einer Beisäule.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.
Halle, den 18. April 1929. Der Stadtverordneten-Vorsteher

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0008

Aus den · Betrieben

timmt einmütig für Arbeitsruhe am 1. Mai!

e Belegschaft der Bayrischen Stickstoffwerke Piesteritz zur Abstimmung am Freitag, 26. April

Kollegen der Bayrischen Stickstoffwerke! Die Funktionäre ischen Werke haben in der Sitzung vom 12. April be- die nach dem Wortlaute des Reichstarifvertrages vorge- Mai-Abstimmung für die drei chemischen Werke, gst, Sprengstoff und Gummi, einheitlich am Frei- 26. April, stattfinden zu lassen. Einheitlich wie die Ab- vorgenommen werden soll, so einheitlich war der Wille tionäre, den Kampftag des internationalen Proletariats beitsruhe zu begehen. So einheitlich müssen sich aber Belegschaften der drei Betriebe hinter ihre Funktionäre n einmütig für „Feiern" stimmen.

ssen, daß gerade die Kollegen der durchgehenden Betriebe ischen Stickstoffwerke in jedem Jahr immer wieder die auf vollständige Arbeitsruhe stellten, die aber in keinem Jahre verwirklicht werden konnte, weil eben n besagt, daß Arbeiten in durchgehenden Betrieben und arbeiten zu verrichten sind. Weil die Kollegen dieser Be- mer wieder am 1. Mai arbeiten müssen, deshalb ist ein ngert und geht schließlich in seiner Verärgerung soweit, o nicht an der Abstimmung beteiligt. Soweit kann es, der nicht kommen.

Kollege muß mit dazu beitragen, diese Bestimmungen im Reichstarif zu beseitigen.

nn er natürlich nicht, wenn er seine Stimme nicht ab- er ein von Jahr zu Jahr verstärkter Druck kann eine e herbeiführen dahingehend, daß der 1. Mai als geiste- ertag anerkannt wird. Freilich, kampflos wird uns dieser icht in den Schoß fallen. Deshalb gilt es, die Säumigen eln, sie für den Weltfeiertag zu interessieren und

tig die unorganisierten Kollegen den freien Gewerk- zuzuführen, damit sie unter Führung der Opposition den Kampf gegen den Reformismus aufnehmen.

ben als Arbeiterklasse im allgemeinen und als Belegschaft ischen Stickstoffwerke im besonderen alle Ursache, den n den 1. Mai gerade in diesem Jahre mit aller Energie . Zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie versucht, alle Repa- en auf die Schultern der Arbeiterschaft abzuwälzen, wo nalisten aller Länder einen Feuerreigen im Wettrüsten an- legen, dürfen wir Arbeiter nicht die Hände in den Schoß ter dem Ofen halten und tatenlos zusehen, sondern

mpfschritte der Proletarierbataillone müssen durch die Straßen dröhnen.

Parolen, unsere Forderungen müssen der Bourgeoisie in gellen, damit sie sieht, daß das Proletariat trotz des tationsverbotes, das der sozialdemokratische Wor Grzesinski auf Befehl der Bourgeoisie erlassen Recht auf die Straße nicht nehmen läßt, damit sie sieht, ist gewillt sind, kampflos zuzusehen, wenn der Arbeiter- ei-Rußland von den rüstungswütigen Raubstaaten mit ung des neudeutschen Imperialismus zermalmt werden

ht nur dieser Aufgaben haben wir bei der Mai-Abstim- denken. Wir müssen uns mit den Dingen, die sich in Werk abspielen, ebenfalls beschäftigen. Denken an das verflossene Jahr, das uns

8 Tote und viele hunderi Unfallverletzte

es sind die Folgen der Rationalisierung, die Antreibesystems. Wir werden ausgesogen und aus- müssen außer den Profiten für das deutsche Unterneh- die Reparationslasten aufbringen, damit der Trustbour- Pfennig ihres Profites verloren geht. Hiergegen müssen kampf aufnehmen.

diesem Jahre sind bereits zwei Tote zu verzeichnen. Die Phosphorbetrieb mit ihren giftigen Gasen schluckte sie.

bseitung mit ihrem bei allen Gelegenheiten wieder- Beschrei von der vollkommenen Ungefährlichkeit des Be- ist ein gerüttelt Maß Schuld an diesen tödlichen Unfällen. nur der Phosphorbetrieb, sondern auch die übrigen Be- gesundheitsschädlich im höchsten Maße. Die Belegschaft n allen Grund, bei der Mai-Demonstration an der Spitze ten.

er Leitung des Sparbirektors Trumpff werden an n und Enden Sparmaßnahmen ergriffen. Die sani- richtungen spotten jeder Beschreibung. Für die Proleten

schmutziges Elbwasser als Waschwasser,

ie Direktion und die Beamten für ihre zarte Haut Trink- wenden. Warmes Wasser ist in einem großen Teil der

Betriebsunfall auf dem Bitzthumschacht

Antreiberei, die Ursache des Unglücks

Am 9. April ereignete sich auf dem Bitzthumschacht (Süd- wieder ein ziemlich schwerer Unfall, wobei dem Häuer graf, Siersleben, das Bein zerschlagen wurde, en komplizierten Beinbruch davontrug.

sind die Ursachen dieser schweren Unfälle? Die Be- kammerschaft erhielt im Monat März ein Gedinge von Wagen, hatte auch mal „Bergmannsglück", wie der geteiler Krummel immer so schön sagt und ver- Mark Schichtgeld. Im Monat April mußte natürlich das Gedinge auf 8 Mark reduziert werden, so daß Prozent Lohnerhöhung für April nichts zu spüren war. die Folge davon? Will der Kumpel wieder halbwegs n verdienen, muß er eben wenigstens um 10 Prozent en; aber das reicht nicht zu, denn die Verhältnisse haben verschlechtert. Die Folge davon: Vorsichtsmaßregeln rst in zweiter Linie daran. So ist es bei so vielen 6,80 Mark Schichtgeld abgespeist worden, noch dazu eiter". So führt das wahnsinnige Ausbeutungs- stem die Unfälle herbei.

Betriebe nur für ganz wenige Kollegen vorhanden, die anderen müssen sich ihren unheimlichen Dreck mit kaltem Wasser abwaschen. Auch auf dem Gebiete der Schutzbekleidung wird gespart. Für alle diese Dinge scheint kein Geld vorhanden zu sein,

aber für die Anstellung von Spitzeln, die die Proleten auf Schritt und Tritt verfolgen, selbst bis auf die Klosetts, scheint nichts zu teuer zu sein.

Aus den angeführten Dingen haben wir alle Ursache, den 1. Mai als Kampftag zu betrachten und für unsere Kampfesforderungen, die die Forderungen der gesamten Arbeiterklasse sind, zu demonstrieren. Wir dürfen den Ereignissen nicht tatenlos zusehen, wenn wir nicht wollen, daß wir noch schwerer unterdrückt und geknechtet werden. Deshalb steckt jedes Belegschaftsmitglied am Freitag, dem 26. April, beim Verlassen des Tores den Stimmzettel „Feiern" in die Urne und tritt damit ein für folgende Forderungen:

Gegen Koalitionsregierung, gegen Demonstrationsverbot, für Sechsstundenschicht in gesundheitsschädlichen Betrieben, für höhere Löhne, für die Verbesserung der sanitären Einrichtungen, für Bündnis mit Sowjet-Rußland, für die Diktatur des Proletariats.

Straße frei für die Arbeiter!

Bergarbeiter, demonstriert am 1. Mai!

A.-K. Arbeiter und Angestellte der Grube Leopold! A in diesem Jahre soll der 1. Mai ebenso wie im vorigen Ja unterdrückt werden. Wir fordern Euch auf, am 1. Mai als gesamtbelegschaft die Arbeit ruhen zu lassen, um den Feiertag Weltproletariats als Kampftag zu begehen. Verlangt von Eu Betriebsräten, daß sie sich dafür einsetzen, und setzt e Abstimmung über die Arbeitsruhe durch. Darüber hinaus der Kampf geführt werden, daß der 1. Mai als gesetzlicher Fe tag anerkannt wird. An diesem Tage müssen sich die Arbeiter Grube Leopold besonders überlegen, warum in diesem Betriebe furchtbare Zustände herrschen. Die gesamte Bergarbeiterschaft n vor allem einig demonstrieren, um den Achtstundentag zu erring denn die jetzige Schichtzeit ist geradezu hanebüchen.

*

Eine Belegschaftsversammlung der Firma Frenbergs Brauer Halle, beschloß einstimmig, den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern.

Für Betriebsunfälle sollen die Arbeiter bestraft werden

Aus dem Strafgesetzentwurf der Trustregierung — Kommunistischer Antrag gegen das Schandgesetz

Wir berichteten gestern von den Verhandlungen im Strafrechtsausschuß des Reichstages über die „Betriebssicherheit in gewerblichen Betrieben" und stellten fest, daß die kommunistische Fraktion dazu einen Antrag auf Streichung des § 233 eingereicht hatte, den Genosse Georg Schumann ausführlich begründete.

In dieser Begründung heißt es, daß im Falle der Ablehnung des Antrages auf Streichung ein neuer Paragraph anzunehmen sei, der nur die Eigentümer, Besitzer und verwaltende oder leitende Beamte bestraft, nicht aber den Arbeiter; außerdem die genannten Personen bestraft,

die durch zu lange Arbeitszeit oder durch Lohndruck (durch untertarifliche Bezahlung) oder Antreiberei eine Gefahr für Menschenleben und Körperverletzung der Arbeiter herbeiführten.

An Hand der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten wies Genosse Schumann nach, daß die Bestrafungen der Unternehmer für Betriebsunfälle, die schon nach dem geltenden Recht durch §§ 222, 232 und 321 und nach der Gewerbeordnung § 147 erfolgen kann, lächerlich gering sind. Trotz Gewerbeaufsicht, trotz Berufsgenossenschaften wachsen die Betriebsunfälle ins Ungeheuerliche. Im preußischen Bergbau sind die Unfälle von 120 544 im Jahre 1926 auf 137 094 im Jahre 1927 gestiegen. In den Betrieben, die der Gewerbeaufsicht unterstehen, sind in Preußen nach den Angaben dieser Beamten die Unfälle von 247 789 im Jahre 1926 auf 360 751 im Jahre 1927 gestiegen, also

eine Zunahme von rund 120 000 allein in Preußen (ohne Bergbau).

In den anderen Staaten sind die Betriebsunfälle vom Jahre 1926 auf 1927 gestiegen: Bayern von 44 994 auf 61 651, Sachsen von 41 919 auf 62 245, Württemberg von 9702 auf 17 566, Baden von 19 067 auf 27 984, Thüringen von 9586 auf 13 013, Hessen von 7967 auf 11 442, Hamburg von 9962 auf 16 612.

Die herrschende Klasse will glauben machen, daß die Ursache der Unfälle Gleichgültigkeit und Leichtfertigkeit der Arbeiter sei.

In Wirklichkeit ist die Ursache der Unfälle die lange Arbeitszeit, zu niedriger Lohn, Akkordarbeit und Antreiberei.

Gegen die milden Strafen für Unternehmer, die Schutzbestimmungen nicht durchführen, hat sich sogar das bayrische Justizministerium am 11. Oktober 1927 gewendet und die Gerichte aufgefordert, abschreckende Strafen gegen die Unternehmer zu fällen. Auch sächsische Generalstaatsanwalt hat am 26. März 1927 eine Verfügung erlassen, in der eine strengere Bestrafung wegen Mißachtung der Arbeiterschutzbestimmungen verlangt wird. Trotz dieser Verfügung bleiben die Strafen lächerlich gering. So wurde ein Unternehmer zu 130 Mark Geldstrafe verurteilt, obwohl in seiner Sandgrube ein Arbeiter durch Verschüttung zu Tode gekommen war. Die schwerste Strafe wurde gegen einen Unternehmer verhängt, der einen Jugendlichen entgegen der Vorschrift an der Bandsäge beschäftigte, das Sägeblatt 32 Zentimeter ungeschützt laufen ließ,

so daß dem Lehrling der Kopf durchgesägt wurde.

Obwohl der Lehrling durch dieses Verschulden des Unternehmers verstarb, wurde dieser nur zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Noch krasser ist ein Fall aus Baden, wo in einer Lehmgrube Arbeiter fünf Meter in die Tiefe stürzte, ihm eine drei Meter hohe Lehmwand nachfolgte und der Unternehmer freigesprochen wurde, weil der Tod des Arbeiters auf eine Lungentrankheit zurückzuführen sei.

Aus allen diesen Fällen geht hervor, daß eine Bestrafung gewissenloser Unternehmer trotz der Steigerung der Unfälle nicht erfolgt. Der § 233 habe also nur den Zweck, den Arbeiter, der eine Schutzvorrichtung nicht oder nicht richtig gebraucht, zu bestrafen. Das sei aber eine Ungeheuerlichkeit, weil der Arbeiter eine Schutzvorrichtung nur dann nicht gebraucht, wenn sie ihm bei dem Versuch, gegen Lohndruck seine Verdienstmöglichkeit beschränkt. Wird aber der Arbeiter bestraft, so kann ihm nach den §§ 192, 557 und 1254 Reichsversicherungsordnung

der Anspruch auf Kranken-, Unfall- und Invalidenunterstützung aberkannt werden.

Dieser Paragraph bleibe demnach eine Ungeheuerlichkeit für Arbeiterklasse und müsse gestrichen werden.

Die Vertreter des Justizministeriums konnten keine Angaben über die Bestrafung von Unternehmern machen und versuchten vergeblich, die Darlegungen des Genossen Schumann zu entkräften.

Mit einer kleinen Aenderung wurde der Paragraph gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Der Antrag der Sozialdemokraten auf Streichung der Worte „nicht oder nicht richtig gebrauchen", wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

SPD.-Dezernent gegen SPD.-Arbeiter

Aus dem Reiche des Herrn Dölz

A.-K. Im Elektrizitätswerk Halle-Trotha wurde am 10. April dem Schlosser M., Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, gekündigt. Er war seinerzeit, als die Turbinenschlosser streikten, eingestellt worden. Aus Unkenntnis seiner Klassenpflicht hat er sich damals in seiner großen wirtschaftlichen Not zum Streikbrecher machen lassen. Sehr bald hat er seinen Fehler erkannt und vertrat seitdem konsequent seinen proletarischen Standpunkt gegenüber dem Betriebsleiter, ohne zurückzuweichen. Von der Zeit an setzten Schikanen gegen ihn ein. Er wurde erst zum Hilfsschlosser und dann zum Hilfsarbeiter herabgesetzt, obwohl er als Schlosser eingestellt worden war. Seine energische Gegenwehr gegen diese Maßregelung haben nun zu seiner Entlassung geführt. Erstmalig war ihm gekündigt worden, während er krank war, so daß die Entlassung nach einer Beschwerde beim Betriebsrat wieder zurückgenommen werden mußte. Nun ist ihm wiederum die Kündigung ins Haus geschickt worden mit der Bemerkung,

daß ihm das Betreten des Werkes verboten sei, unter gleichzeitiger Zusendung von 14 Tagen Lohn.

Das sind die Methoden, die der bekannte städtische Oberingenieur Stöber gegen alle Arbeiter anwendet, die ihre Rechte verteidigen. Diese Methoden werden übrigens auch von dem sozialdemokratischen Dezernenten Dölz gedeckt, und wenn sie von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion öffentlich angeprangert werden, dann tritt der Bürgerblock begeistert für Dölz ein, wie wir das ja schon öfter berichten konnten. In einem Falle wurden Tausende von Mark, die aus den Steuergroschen der Werktätigen stammen, hinausgeworfen, um „mißliebige" Arbeiter loszuwerden. So ist auch in diesem Fall für die Durchsetzung der Willkür der Ausbeutergesellschaft das Geld von denen hinausgeworfen worden, die gegen jede Lohnerhöhung der Arbeiterschaft den schärfsten Kampf führen. Eine derartige Wirtschaftsweise verteuert dann gleichzeitig die Strompreise für die armen Verbraucher.

Zum Schlusse sei nochmals darauf hingewiesen, daß Dölz die volle Verantwortung für die geschilderten Mißstände trägt, weil den städtischen Betrieben als Dezernent vorsteht. Hier zeigt sich drastisch

der direkte Gegensatz zwischen den hochbezahlten reformistischen Beamten und den hungernden reformistischen Arbeitern.

Die SPD.-Arbeiter müssen endlich dazu übergehen, gemeinsam mit der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften diese gelbe Bureaukratie zum Teufel zu jagen.

Hungerlöhne in Schöbels Ziegelei, Torgau

A.-K. Der Betrieb ist wieder aufgenommen. Daher macht es sich notwendig, die dort arbeitenden Kollegen auf einiges aufmerksam zu machen. Warum ist z. B. der Lohn so niedrig? Warum geben sich die Arbeiter mit 58 Pf. Stundenlohn zufrieden? Da schwere Beruf, welcher von den Maschinen im Arbeitsprozeß abhängig ist, müßte gerade eine erhöhte Entlohnung bedingen. Kollegen, vergleicht Euren Lohn mit dem Lohn in der Vorkriegszeit, dann werdet Ihr sehen, daß schon dazumal 25 Mark Wochenlohn gezahlt wurde; heute, bei der kolossalen Preissteigerung, bekommt Ihr auch nicht mehr. Der Unternehmer dagegen ist nicht so anspruchslos wie Ihr. Das Tausend Steine kam vor dem Kriege, je nach der Konjunktur, 24 bis 28 Mark frei Platz, und heute soll Ihr dafür, daß das Tausend Steine ab Platz 50 bis 60 Mark kostet. Da könnt Ihr selber ausrechnen, wer der Gewinner ist.

Wollt Ihr weiter diese schwere Arbeit für diesen Hundelohn verrichten, oder wollt Ihr euch zur Vernunft kommen und Euch organisieren, damit Ihr gemeinsam Eure berechtigten Forderungen durchdrücken könnt! Wählt Euch sofort einen Betriebsrat, der Eure Interessen richtig vertritt. Warum arbeiten Eure Brenner 12 Stunden und bei der Wechselschicht 18 Stunden? Es gibt doch so viel arbeitslose Kollegen, um das Dreischichten-System durchzuführen. Es geht nicht an, den Hundelohn durch Stundenschinderei „auszugleichen".

Kollegen, nehmt diese Zeilen als Anregung und besinnt Euch auf Eure Pflichten, Euren Familien und Klassengenossen gegenüber.

r 28. April ist Großwerbetag für Partei und Presse

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0009

Aus dem Saalkreis

Die Trinkwasserversorgung des Saalkreises

Zur Sicherstellung einer einwandfreien Wasserversorgung des Mitteldeutschen Industriegebietes Halle-Leipzig-Merseburg hat die Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen auf Anregung der beteiligten Gemeinden und Kreise die Vorarbeiten übernommen und ausgeführt. Für die ersten Kosten war ein Betrag von etwa 7000 Reichsmark vorgesehen. Auf den Saalkreis entfallen hiervon 1000 Reichsmark, die in den stattgefundenen Verhandlungen zugesagt und inzwischen auch zur Zahlung angewiesen worden sind.

Der am Mittwoch tagende Kreistag bewilligte für 1928 und 1929 je 1000 Mark und außerdem für die Fortführung der Arbeiten 10 000 Mark.

An die arbeitende Bevölkerung von Landsberg und Umgegend

Am Sonntag, dem 21. April, ½12 Uhr, veranstaltet der RFB. in Landsberg eine Kundgebung. Es gilt zu demonstrieren gegen das drohende Verbot des RFB. und der KPD., gegen die drohende Kriegsgefahr, gegen die weitere Verelendung der werktätigen Bevölkerung, für den Schutz der Sowjetunion, für die rote Klassenfront, für die siegreiche proletarische Revolution, für die Diktatur des Proletariats. Arbeiter und Arbeiterinnen, sorgt für einen Massenaufmarsch! Kommt zu uns, reiht Euch ein in die rote Front!

Wilsau. Anschluß an die Ferngasleitung. Die [illegible]schen Werke haben bereits vor einiger Zeit mit den Rohrleitungen für die Ferngasleitung begonnen, die in in etwa vier Wochen beendet sein werden. Von der Nordstecke der [illegible] wird eine Hochdruckleitung aus 60-Millimeter-Stahlschweißrohren bis an die Dölauer Gasanstalt gelegt.

Merseburg-Querfurt

Schkeuditz. Kluge Leute im Orte . . . Seit Neujahr ist keine Ehe eingegangen worden, bei einem Orte von 2000 Einwohnern eine interessante Tatsache.

[illegible]ehlsch. Nächtlicher Einbruch. In der Nacht zum Donnerstag wurde bei dem Kaufhaus von Marie Bock ein Einbruch verübt. Ein an der Hauptstraße befindlicher Schaukasten wurde aufgebrochen und daraus Wäschestücke im Werte von etwa 30 Mark entwendet. Die Diebe entkamen unerkannt. Sie scheinen übrigens in den Keller eingedrungen zu sein, wo sie aber in Ermangelung eines Besseren sich mit Sahne begnügen mußten.

[illegible]kendiß. Typhus! Bei einem hiesigen Kranken wurde Typhus festgestellt. Er wurde der Klinik in Halle zugeführt. Desinfektionsmaßnahmen wurden selbstverständlich sofort getroffen.

[illegible]kendiß. Freitod. In der Nacht zum Mittwoch entleibte sich in Zipsdorf der Nervenheilanstalt Bergmannsmohl. Es handelt sich um einen Mann von 60 Jahren, der an einem unheilbaren Leiden litt und erst einige Tage in der Anstalt anwesend war.

Mansfeld-Sangerhausen

Arbeiter von Hettstedt und Umgegend!

Heraus zur Demonstration am 1. Mai

Am Sonnabend, dem 13. April, abends, fand im „Hohenzollernpark" eine Sitzung der Vertreter der proletarischen Organisationen von Hettstedt und Umgebung statt, um zum 1. Mai Stellung zu nehmen.

Vertreten waren 18 Organisationen bzw. Vereine: KPD., Freidenker, Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts", Frauenchor, RH., JH., Turnverein „Friesen", Turn- und Sportvereinigung, RFB., Internationaler Bund, Verband der Zimmerer, Schwimmer, Steinarbeiter-Verband, KJVD., Gewerkschafts-Bund und verschiedene Vereine der Umgegend.

Eingangs der Sitzung wurde festgestellt, daß von seiten der Regierung, den sozialdemokratischen Ministern, beabsichtigt ist, in einer ganzen Reihe deutscher Städte die Demonstration am 1. Mai zu verbieten und daß von den Führern der Gewerkschaften gefordert wird, sich auf die Feier in Sälen zu beschränken.

Das heißt Aufgeben jedes Kampfwillens — Aufgeben der Tradition des 1. Mai.

Auch das Hettstedter Gewerkschaftskartell hat lange, ehe es eine Sitzung zur Klärung dieser Frage einberief, jedenfalls Gefahr, auch in Hettstedt der 1. Mai seiner als Kampftag des internationalen Proletariats werden sollte. Das durfte nicht geschehen und aus diesem müssen die proletarischen Organisationen die Organisation Feier des Weltkampftages selbst in die Hände nehmen.

Während im Vorjahre neben dem Gewerkschaftsrat Sauer noch ein Referent von der KPD. Hettstedt sprach, stellt man sich in diesem Jahr auf den Standpunkt, nur Referent der SPD. sprechen könne, da erstens derselbe Kartellleitung schon bestimmt sei (!) und daß man sich im Fall in das Schlepptau der Kommunisten nehmen lassen

Das bedeutet, daß man die revolutionäre Arbeiterschaft will, unter den Losungen der Reformisten zu marschieren, da diese Forderungen nicht erfüllt werden können, die Arbeiterschaft spalten will.

Daß man nicht von vornherein eine Demonstration nur darauf zurückführen, weil die Hettstedter Arbeiterschaft das letzte Zutrauen zur Gewerkschaftsbonzokratie verlor.

Die Arbeiterschaft wird diese Spaltungsversuche und sich geschlossen hinter die Forderungen der Gewerkschaftsopposition, der KPD., und der Hettstedter proletarischen Organisationen stellen, und unter revolutionären Losungen am 1. Mai demonstrieren.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 13. April 1929 versammelten Vertreter proletarischen Organisationen von Hettstedt und Umgegend mütig auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterschaft am 1. Mai demonstrieren muß:

Gegen das drohende Verbot der revolutionären proletarischen Organisationen;

gegen Schlichtungsschwindel und Koalitionspolitik;

gegen die Spaltungsabsichten der Reformisten in der proletarischen Organisationen;

für Lohnaufbesserung und Arbeitszeitverkürzung;

gegen den drohenden Krieg;

für die Diktatur des Proletariats!

Sie lehnen weiter ab, die Spaltungstendenz des Gewerkschaftskartells und erwartet, daß die Hettstedter Arbeiterschaft geschlossen unter ihren Losungen an ihrer Demonstration teilnimmt."

Eisleben. Das Arbeitsamt nimmt sich Zeit, es sich um eine Nachzahlung ungerechtfertigter Einbehaltung Ablehnung einer Arbeitslosenunterstützung handelt. Es landwirtschaftlicher Arbeiter, der bis ins Alter seine Herrschaft Gutsbaronen geopfert hat, wird arbeitslos. Die Unterstützung glatt abgelehnt (!). Nach öfterem Schreiben, zuletzt Gesuchen, kommt der Spruchausschuß des Arbeitsamts zu der Entscheidung, daß dem invaliden und arbeitslosen Antragsteller die Unterstützung vom 9. Januar 1928 zu sei (!). Der Spruchausschuß schreibt: „Nach Angabe werden wir den Betrag festsetzen." Das war vor 15 Wochen. Der Antragsteller hat vor 10 Wochen seine Adresse abgegeben, sechs Wochen mahnte er höflich, worauf ihm Bescheid wurde, in wenigen Tagen der Betrag geschickt würde. Heute wieder vier Wochen verflossen, ohne daß das Arbeitsamt (Zahlstelle) seinem Versprechen nachgekommen ist! Wo Geld? Tüchtige Sozialeinrichtung das.

Hettstedt. Die Ortsgruppe des Zentralverbandes der Invaliden hatte zu ihrer letzten Versammlung Referenten den Gauleiter Schneider angefordert. Dieser vorgezogen, nicht zu erscheinen. Als Abgesandter kam der aus Siersleben. Dieser versuchte, den Anwesenden die liebliche Masse auf die Backe zu streichen betreffs der Erhöhung der Alterspension. Burghardt wird aufgefordert, es bei den ausgeschlossenen Koll. Pauly zu gestatten, sich zu [illegible]. Der Bureaukrat lehnte das ab. Darauf wurde eine Versammlung anberaumt, wozu sich die Mitglieder fast [illegible] fanden. Burghardt forderte dort die Anwesenden auf, [illegible] verlassen und sich die Ausführungen Paulys nicht anzuhören. Erfolg dabei war äußerst gering. Zwei Drittel der [illegible] blieben, entgegen dem Willen des Reformisten, in [illegible] folgten mit Interesse den Ausführungen des Kollegen Pauly, rechtfertigte sich glänzend gegen die Verleumdungen, die [illegible] der und Konsorten über ihn ausgestreut hatten. [illegible]

Mansfelder Kumpels, noch wenige Tage sind es bis zur großen Kundgebung in Gerbstedt. Nützt sie aus zur Massenmobilisierung. Die Fahnenübergabe muß eine Kampfdemonstration werden.

Achtung, Hamburger Fahrt!

Ausschneiden! Aufbewahren!

An die Kameraden des RFB. und die revolutionäre Arbeiterschaft des Gaues Halle-Merseburg!

Die Reichsbahndirektion hat die Fahrpreise für die Fahrt nach Hamburg übermittelt. Der Fahrpreis beträgt pro Teilnehmer

von Weißenfels bis Hamburg und zurück					18,90 Mk.
„ Corbetha	„	„	„	„	18,30 Mk.
„ Merseburg	„	„	„	„	17,70 Mk.
„ Ammendorf	„	„	„	„	17,50 Mk.
„ Halle	„	„	„	„	17,30 Mk.
„ Stumsdorf	„	„	„	„	16,10 Mk.
„ Bitterfeld	„	„	„	„	15,70 Mk.

Für die Gaue Nordhausen, Sangerhausen, Wittenberg, Delitzsch, Torgau, Elsterwerda, Eilenburg werden die Fahrpreise in den nächsten Tagen bekanntgegeben.

Die Reichsbahndirektion verlangt das Fahrgeld für die Teilnehmer noch Hamburg schon bis zum 7. Mai!

Das ist eine neue Schikane, um den Arbeitern und Kameraden die Möglichkeit zu nehmen, nach Hamburg zu fahren und am 5. Reichstreffen des RFB. teilzunehmen.

Kameraden, Arbeiter, diese Schikane beantworten wir mit verstärkten Teilnehmer-Erklärungen zum 5. Reichstreffen! Schon sind über 800 Teilnehmer nach Hamburg mit Teilnehmerkarten und Plaketten versehen. Der Strom der Teilnehmererklärungen muß aber noch größer werden. Sammelt, werbt für das 5. Reichstreffen des RFB in Hamburg. Macht auch die Schikane der Reichsbahndirektion dadurch zunichte, indem Ihr das Fahrgeld für alle Teilnehmer bis zum 5. Mai bei der Gauführung abtrefet.

Gauführung des RFB.

Schlußsitzung des Saalkreistages

D.-Betrug an den Fürsorgeberechtigten des Saalkreises — Neubau eines Kreisbankgebäudes

[illegible] der Mittwoch-Sitzung des Kreistages wurde in der Tagesordnung fortgefahren. Für den Ausbau der Wasserversorgung in den beteiligten Gemeinden wurde beschlossen, eine Kreisanleihe von [illegible] Mark aufzunehmen, von denen die Gemeinde Friedrichsaue 15 000 Mark für den geplanten Zweck sofort erhalten soll. [illegible] die Umpflasterung der Kreisstraße Nietleben—Salzmünde von Kopfsteinpflaster in Kleinpflaster wurden 35 000 Mark [illegible]ligt mit dem Zusatz, daß im Anschluß daran auch die Straße [illegible]bers—Osmünde umgepflastert wird. Ebenso wird die Straße Teetha—Plötz aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgebaut. Die Mittel hierzu, wie auch zur Asphaltierung der Kreisstraße Wörmlitz—Böllberg (57 000 bzw. 75 000 Mark) werden auf dem Wege des Darlehns genommen.

Antrag der kommunistischen Fraktion, zur Durchführung der Landsarbeiten des Kreises und der Gemeinden ein Darlehn in Höhe von 400 000 Mark aufzunehmen, wird von der bürgerlich-demokratischen Einheitsfront niedergestimmt. Die Genossen Steinmetz und Mödig schildern die

katastrophale Wohnungsnot im Saalkreis,

vor allem durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse im letzten Winter noch schlimmer geworden ist. Daher ist es dringend notwendig, daß der Kreis schnellstens Maßnahmen trifft, um hier Abhilfe zu schaffen. Hierzu lag ein Antrag der kommunistischen Fraktion vor, der die Aufnahme eines Darlehns in Höhe von einer Million Mark zur Behebung der Wohnungsnot in Verbindung der Beihilfe des Landes in Merbitz. Aus dem Darlehen sollen den Gemeinden Beihilfen zum Bau billiger Wohnungen für die Arbeitslosenbevölkerung gegeben werden. Es wird beschlossen, daß dieser Antrag dem Kreisausschuß zur Prüfung vorgelegt wird und in der nächsten Kreistagssitzung eine Vorlage einbringt.

★

Donnerstag-Sitzung des Kreistages

Die Stielaugen des Herrn Habicht

Zu Eröffnung der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall. Der „Volksblatt"-Berichterstatter Habicht behauptete in seinem Bericht am Mittwoch, daß Kommunisten und Nationalisten „Stielaugen" gemacht hätten, weil im Kreistagssitzungssaal erstmalig Bilder von den Reichspräsidenten Hindenburg und Ebert aufgehängt wären. Das „vaterlandstreue" Kreisausschußmitglied Stelzner erhob deshalb bei Beginn der Sitzung ein hysterisches Geschrei, weil die „sächsten" Beamten des Reiches hier herabgerissen worden seien. Felix, dem wieder einmal ein „Clou" mißlungen war, weil die Bilder nämlich nicht erstmalig, sondern schon länger, jetzt aber nur an anderer Stelle im Saale hingen, mußte sich deshalb wie ein Schulbube herunterlamppen lassen. Als unser Genosse Wollmann dann einige Worte des Protestes gegen die schmutzige Berichterstattung des „Volksblättchens" laut werden ließ, lief Habicht, mutig wie er ist, stracks zum Landrat, den um Hilfe anflehte, da er „tätlich bedroht" worden sei. Armer Felix! Landrat Streicher verfuchte den erregten Zwischenfall abzudämpfen, ohne jedoch zu unterlassen, einige giftige Bemerkungen in den allzuleicht verhaßten „Klassenkampf" zu äußern.

Die Genehmigung einer anderen Sparkassen-Kreisbank-Satzung wurde einstimmig beschlossen. Ebenso wird der Neubau einer landwirtschaftlichen Schule in Halle beschlossen. Die kommunistische Fraktion fordert, daß der Kreistag durch ein Kuratorium in der Schule vertreten ist. Im Anschluß daran entspinnt sich eine stundenlange Debatte über den

Neubau eines Kreisbankgebäudes.

Zu diesem Punkte weist Landrat Streicher darauf hin, daß man im Kreisausschuß den Neubau eines Kreisbankgebäudes beschlossen habe, da die vorher geplanten notwendigen Umbauten des alten Verwaltungsgebäudes zu hohe Kosten verursachen würden. Die Kreisverwaltung soll in dem Neubau untergebracht werden und das alte Verwaltungsgebäude am Luisenplatz in ein Altersheim umgewandelt werden. Das vorliegende Projekt des neuen Kreisbankgebäudes stammt vom Architekten Martin Knauthe. Das Gebäude soll in Form eines Hochhauses an derselben Stelle erstehen, wo sich jetzt das alte Kreisbankgebäude befindet. Der Magistrat der Stadt Halle hat seine Zustimmung zum Bau eines Hochhauses an diesem Platze bereits erteilt. Dem Kostenüberschlag ist die Summe von 1 340 000 Mark zugrunde gelegt. Die Kosten für den Umbau des alten Gebäudes in ein Altersheim sollen 440 000 Mark betragen.

Die Vertreter des Ordnungsblockes erhoben gegen den Plan eine Fülle von nichtssagenden Bedenken. Ebenso wenden sie sich gegen die Errichtung des Altersheimes in dem alten Gebäude. Abg. Werchan (SPD.) spricht sich für den Neubau aus.

Die Vertreter der kommunistischen Fraktion bringen ihre Zustimmung zu dem Projekt zum Ausdruck. Die unerträglich gewordenen Verhältnisse im alten Kreishause sowie die Möglichkeit der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten durch den Neubau sind die entscheidenden Gesichtspunkte für die Zustimmung der Kommunisten zu diesem Projekt. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung wird beschlossen, daß der Kreistag am 14. Mai nochmals zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentritt, um endgültig über den Plan des Neubaues Beschluß zu fassen.

Unerhörter Betrug der SPD. an den Fürsorgeberechtigten

Wir hatten schon in unserem gestrigen Bericht den Inhalt des kommunistischen Antrages in bezug auf die Durchführung des am 14. November 1928 im Kreistag zur Annahme gelangten Antrages zur Frage der Fürsorgeberechtigten angegeben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Werchan versuchte in der demagogischsten Weise den Sinn dieses Antrages des vorigen Kreistages zu entstellen. Er behauptete, daß der Antrag so aufzufassen sei, daß die Fürsorgeberechtigten Beiträge zu entrichten hätten. Unsere Genossen deckten diesen Schwindel auf und erklärten mit Recht, daß hier den Opfern des Krieges und der Arbeit ihre kärgliche Rente faktisch geschmälert und durch die jetzige von der SPD. befürwortete Regelung der Antrag von 1). November 1928 glatt illusorisch gemacht wird. Bürgerliche und Sozialdemokraten lehnten den kommunistischen Antrag ab. Die Fürsorgeberechtigten des Saalkreises werden diesen Herrschaften in nicht mehr langer Zeit für ihren Betrug die Quittung erteilen.

Bei der Wahl eines Vorstehers für den Amtsbezirk Niemberg bringt Genosse Steinmetz erneut den Genossen Karl Eselmann zum Vorschlag, der bereits im vorigen Kreistag gewählt, vom Oberpräsidenten jedoch nicht bestätigt wurde. Wir haben zu diesem Skandal bereits Stellung genommen. Mit Hilfe der SPD. wurde diesmal der Bürgerliche Schreiber gewählt. Zum stellvertretenden Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Mötzlich wird Thieme gewählt. (Vorgeschlagen von der kommunistischen Fraktion war der Genosse Mödig, Seeben.)

Dann erfolgt die Wahl von Schiedsmännern zur Sühneverhandlung über strittige Rechtsangelegenheiten und die Wahl von Vertrauensmännern für die Ausschüsse zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen bei den Amtsgerichten in Halle, Könnern, Löbejün, Wettin und Aisleben für 1929. Für letzteres wurden die Vertreter des Vorjahres wiedergewählt.)

Mit 15 gegen 11 Stimmen wird die Einführung einer Ordnung für die Erhebung einer Kreissteuer von dem Grundstückszubehör bei der Veräußerung von Grundstücken und Warenlagern usw. beschlossen. Der Einführung eines dritten Nachtrages zur Wertzuwachssteuerordnung vom 29. Januar 1926 und der Einführung der Jagdsteuerordnung des Saalkreises wird ebenfalls zugestimmt.

Der Kreistag verhandelt dann am Schluß in einer geschlossenen Sitzung über die Neuregelung der Verhältnisse der Döllnitzer Mühle.

An die Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft!

Sonnabend, den 20. April, 20 Uhr, findet im Saale der Produktiv-Genossenschaft die Fortsetzung der Generalversammlung statt. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Die Belege, die der Kassenrevisor Schaf aus Sangerhausen gebracht hatte, Einblick genommen und von den Mitgliedern richtig befunden. Die Versammelten drückten nunmehr Schneider zur nächsten Versammlung kommen möge und die legen Pauly gegenübertrete, denn bis jetzt ist erwiesen, daß der nichts anderes geschrieben hat, als Schwindelmeldungen portieren. Reformistische Kampfesweise. So treiben Ihr um zu spalten.

Schmalzerode. Arbeiterinnen, Hausfrauen, Arbeiter! Am Sonnabend, dem 20. April, 20 Uhr, im Lokal „Weißer Hirsch" (Inhaber Glocke) eine öffentliche Versammlung mit Lichtbildervortrag statt. Thema: [illegible] Referentin: Genossin Marie Ahlers, Eisleben. Es erscheint alle! Holt Euch Aufklärung, es geht um Eurer Kinder Wohl!

Sangerhausen. Ein aufklärender Vortrag. Am Sonnabend, dem 20. April, abends 8 Uhr, spricht im Gasthaus „Krugs" der bekannte Vorkämpfer gegen das Abtreibungsverbot Apotheker Paul Heiser, Berlin, über „§ 218, die Geißel der Menschheit". Es ist ein Lichtbildervortrag, der die Geburtenregelung und Schutzmittel zeigt.

Nordhausen

Endlich!

Nordhausen. [illegible] Führer Jungblut hat nun auch endlich einen passenden Posten erwischt. Er soll Leiter der Arbeitsamtszweigstelle Bleicherode werden. Wir empfehlen unseren Genossen in Bleicherode [illegible] blut zur besonderen Beachtung.

Auch Jungblut ist, genau wie in den von uns schon [illegible] Fällen, aus der Arbeit, dem Produktionsprozeß, herausgeworfen worden. Er hatte eine verhältnismäßig gut bezahlte Stelle der „Nordhäuser Zeitung". Ein großer Teil stellungsloser Redakteur, die sich für die Stellung eignen und die auch „treu" sind, warten auf Arbeit und leiden mit ihren Familien. Sie haben eben nicht — Jungblutsche große Fresse.

Das ist die viel gerühmte soziale Personalpolitik der Zentrumspartei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0010

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

„Volksboten" eine Freude verdorben

Zeitz, 17. April.

der Sozialdemokratie, und vornehmlich dem „Volks-
durch Nichtbewilligung der Trotzki-Einreise eine Freude
orden. Das Blättle sagt: „Der Reichskabinettbeschluß
unverständlich . . ." Uns als Kommunisten nicht. Die
Handelsbeziehungen zur Sowjetunion waren den kapita-
Köpfen und auch den mit der Schwerindustrie koalieren-
stern, den Hilferding, Wissell, Müller und Severing mo-
richtigst, als eine Trotzki-Kampagne in Deutschland. Na,
„Volksbote" schafft es auch so. Drei Seiten weiter im
ist selben wir schon das Produkt. Auf ein bischen Lüge,
ng ist es ja den Stribifazen der Donaliesstraße noch nie
gekommen, wenn es galt, die Kommunisten zu bearbeiten.
linken Sozialdemokraten, die sich in den Kreisen der
en so gern als Revolutionäre aufspielen, doch den Satz
achtet hätten und haben würden:

en Revolutionär gibt es kein größeres Verbrechen als
trug an seiner Partei, als das Vergiften des Bewußt-
eins der Arbeiterklasse durch fortgesetzte Lügen.

aber für die Meinungsfabrik „Volksbote" nicht. Die ist
e Dinge — erhaben (!). Wir bedauern, daß immer noch
rochen, die schwer verdient sind, für das Makulaturblättle
nd Kreis ausgegeben werden.
ste, so „unerhört", gegen seine Ministergenossen zu schrei-
übrigens eine „unsterbliche revolutionäre Tat" be-
erghoß, was wir als Zeitzer Kommunisten hiermit be-

enjammer bei den Zangenberger Sozialdemokraten

r aus politischen Gründen, sondern mehr wegen persön-
ibungen haben die Bürgerlichen den — Elendsetat für
ng abgelehnt. In einer öffentlichen Versammlung suchten
re Vertreter ihre Stellungnahme zu rechtfertigen. Wer
ieser Versammlung nicht kam, war zu feige dazu, das
Roske-Jünger. Nur einige KPD.-Anhänger gingen hin
en die Stellung der Arbeiterschaft zu diesem Elendsetat
ben, weil die KPD. als das Sprachrohr der Arbeiterschaft
nderat nicht vertreten ist.
em Abend hat zugleich eine Verblödungsversammlung der
itgefunden und der Denunziant Seidel suchte dort eine
nlichen Bürgerlichen und Kommunisten zurechtzujimmern.
dabei seine grenzenlose Dummheit. Wer sitzt denn im
nd in den Länderkabinetten? Die deutsche Volkspartei
Anhängern aller Bürgerlichen bis zur SPD. Was tut
in diesen Kabinetten? Sie treibt eine Politik mit den
en, um die brutale Ausbeutung zu ermöglichen.
Zangenberg selbst hat die SPD. eine Politik gemacht,
der Rittergutsbesitzer bestätigte, zwischen mir und der
erschaft besteht kein Unterschied mehr in der Meinung!
beiter wissen das und werden danach handeln.

Auf zum Kampf gegen Verdummung! Was
tionellen Freidenkergenossen, also die Kommunisten, in den
enen Mitgliederversammlungen der Zeitzer Ortsgruppe,
3000 Mitglieder umfaßt, voraussagten, ist eingetroffen.
nkordat perfekt! Die Schulkinder (auch in Zeitz) werden
r Zeit schon unter direkter Obhut der seelsorgenden Kirche
Auch manchen Lehrer dürfte die Oberaufsicht nicht ganz
ein, trotzdem er innerlich mit dem kirchlichen Dogma ge-
Wir als Kommunisten sagen der Verdummung unserer
nder den schärfsten Kampf an. Wir fordern, daß sich die
e Zeitz der „Kampforganisation" gegen Kulturreaktion,

die unter dem Einfluß der linken „revolutionären" Sozialdemokratie steht, zu einem Proteststurm erhebt. (Oder wollen wir nicht lieber Eulen nach Athen tragen?) Die Zeitzer Arbeitereltern wollen bestimmt nicht die Verdummung ihrer Kinder und müssen hierbei gehen, soweit sie organisatorisch der SPD. angehören, daß das Koalitionsverbrechen ihrer Führer in der heimlichen Annahme des Preußenkonkordats liegt. Wenn die Zeitzer Friedenkertsgruppe nicht ein Feuerbestattungsverein sondern wie sie immer be-

Der 28. April

ist der Tag, an dem nicht nur die Delegierten unseres Bezirksparteitages in Halle sind und Stellung nehmen zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei, nein, dieser Tag sieht die gesamte Mitgliedschaft auf den Beinen. Jeder Genosse tritt da zur Werbearbeit an, dieser Tag muß ein gewaltiges Plus werden für unsere Organisation, wir müssen politisch und organisatorisch gewinnen, der Tag ist ein

Großkampftag für uns!

tont eine Kampforganisation sein will, soll sie es nun endlich mal beweisen. Heraus zum Protest gegen Verdummung, gegen Preußenkonkordat!

Zeitz. Sozialfaschisten gegen den Faschismus. Der kleine Metallarbeiter Severing bietet sich an, für Deutschland den Mussolini zu spielen und die kapitalistische Ullstein-Presse, die sich kürzlich mit der Partei der Arbeiterverräter identifizierte, begrüßt diesen Entschluß. Der Kreis von Schwerindustriellen, Sozialdemokraten, Faschisten ist geschlossen. Der Zeitzer „Volksbote" schreibt in Nummer 88 in seinem Leitartikel „Fußballkrieg", daß der Faschismus nicht nur ein zurückgebliebenes politisches System, sondern einen nationalen Krankheitszustand bedeutet! Und dabei bedienen sich die Herrn SPD.-Führer beim „Regieren" bereits faschistischer Methoden. Die Arbeiter, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei haben die verräterische Rolle ihrer Führer nur [illegible] nicht in vollem Maße erkannt. Die nächsten Wochen schon werden wieder größeren Teilen der SPD.-Anhängerschaft die Augen öffnen. Einundzwanzig Orte schon sind von Grzesinski gesperrt, der Aufmarsch des revolutionären Proletariats am 1. Mai verboten ist und wo mit Gummiknüppeln gearbeitete worden wird! „Klassenkampf"-Leser, die Ihr in Betrieben tätig, die Ihr erwerbslos seid, gebt Eure Zeitung öfter mal den sozialdemokratischen Arbeitern, damit sie die Demagogie ihrer Führer erkennen!

Zeitz. Beinahe erwischt! Die Zeitzer Krimis suchten bei einem Zeitzer Genossen nach Hersteller und Druck der Schulzeitung. Solange sie in Zeitz suchen, wird ihre Mühe immer vergeblich sein, das können wir ihnen attestieren, dokumentieren und wenn nötig auch noch persönlich bestätigen. Wir lernen, aber die politische Polizei hat anscheinend nichts gelernt, sonst würde sie nicht wiederum ärztlich graten. Wir sehen in Zukunft der Ausräumung sämtlicher Komodenkästen, Taschen und Schnupftabatsdosen mit dem größten Vergnügen entgegen.

Osterfeld. Durch eine Entschließung bekundete eine kürzlich tagende Vollversammlung des RFB., daß sich die Organisation energisch gegen das angekündigte Verbot des RFB. und der KPD. zur Wehr setzt. Die Anwesenden fühlen sich verpflichtet, nun erst recht neue Kämpfer für die rote Front zu werben.

Arbeiter-Sport

Handball

4. Bezirk. Handball. Jugendspieler Kurt Rasch (Naundorf bei Meißebuch) ist vom 15. April bis 13. Mai schwerzgesellt. Der Paß ist sofort zur Ablösemeldung einzuliefern. Naundorf bei Meißebuch hat wegen Spielabbruch und wegen Nichterscheinens zur nächsten Spielausschußsitzung insgesamt 3,40 Mk. zu zahlen. — **Sonnabend, 20. April,** findet auf dem Fichte-Platz von 18 bis 19 Uhr ein Werbespiel zugunsten des Vereins zwischen der 1. und 2. Städteelf statt. Treffpunkt 17 Uhr „Mansfelder Hof". Die 2. Elf spielt in folgender Aufstellung:

Bosak (Nietleben)
Kolbe (Sportlust) Fricke (Canena)
Brämme (Nietleben) Schmidt (Merseburger Spielvg.) Kirchner (Canena)
Meier (Bossend.) Saupt (Niell.) Fricke (Canena) Berghofa (Meisch.) Fehrig (Schafst.)
Erlaß: Dietz (Canena).

Die 1. Elf spielt in alter Aufstellung. — Himmelfahrt spielt die 2. Städteelf gegen Mitteldeutschland 1. Vorspiel findet ein Spiel zwischen zwei Altersmannschaften statt. Dazu werden die Vereine aufgefordert, ihre Sportler über 30 Jahre bis zum 20. April zu melden. Die Vereinsspielleiter werden angewiesen, die Schiedsrichterpäße zu prüfen. Schiedsrichter mit alten Pässen sind zurückzuweisen und dem Bezirk zu melden. — Dienstag 1. findet für den 28. April noch einen Gegner. — Die Telephonnummer von Merseburg ist im Adressenverzeichnis auf 951 umzuändern. — Mit 3 Mk. bestraft sind wegen Fehlens zur Schiedsrichterlehrung am 10. April folgende Vereine: Fichte Merseburg, Eisdorf, Kaona, Fichte Emmendorf, Zörbig, Unterzöblingen. Zur Gründung einer Berichterstattervereinigung werden sämtliche Vereine ersucht, den Kursus am 21. April im „Kolkapark", vormittags 9 Uhr, zu besuchen. — Am 5. Mai findet der Meldlauf statt. Umkleidelokal ist der „Linden-hof", Eisdorf. Jeder Verein hat an Adolf Merz, Halle, Merseburger Straße 15, einen Orden namentlich bis zum 25. April zu melden.

2. Kreis, 8. Bezirk (Handball). Stundenplan zum Kreis-Schiedsrichterkursus in Schönau am 20 und 21. April: Sonnabend, 20. April: 6 bis 7 Uhr Vortrag: Die Schiedsrichterbewegung und Arbeiten der Vereinigung. 7 bis 8½ Uhr Handballschiedsrichter: Die Handballregel und -auslegung. 8½ bis 9½ Uhr technische Lehrstunde. Sonntag, 21. April: 8 bis 9 Uhr schriftliche Prüfung. 9 bis 10 Uhr mündliche Prüfung. 10 bis 10½ Uhr Bundesfest. 10½ bis 11½ Uhr technischer Teil. 13 Uhr praktische Schiedsrichterprüfung der Kursleiter. 15 bis 16 Uhr Bezirkspiel. Anschließend Aufrunde über den Kursus. Vereinsleiter, beschickt den Kursus, damit wir einen tüchtigen Stamm Schiedsrichter bekommen. Auch alle gerrüchten müssen erscheinen. Meldet die Quartiere rechtzeitig an Erich Appold, Fichtestraße, Schmiedestraße 74. Walter Eisel.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Naundorf. Am Sonntag, dem 21. April, 10 Uhr Mitgliederversammlung im „Bierkeller". — Am Sonnabend, 20. April, 20 Uhr, öffentliche Rad- und Motorradfahrerversammlung im Gasthaus „Deutsches Haus" in Beesen zwecks Gründung einer Abteilung. — Sonntag, 21. April, Jugendwanderfahrtrefferen 1 Uhr am „Dreierhaus".

ASV. Zangenberg gewinnt im Serienspiel gegen Naundorf 1 : 0. ASV. Jugend siegt 6 : 2 gegen Naundorf Jugend.

Vereinsmitteilungen

Fußballabteilung Fichte Emmendorf. Unsere fällige Monatsversammlung findet am Sonnabend, dem 20. April, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" statt. Vorstandsmitglieder eine halbe Stunde früher. [248]

Fichte, Halle. Sonnabend, 20. April, pünktlich 20 Uhr, im „Volkspark" Vierteljahrs-Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Berichte. 3. Entlastung. 4. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. [249]

Paul Fischer, 1. Vorsitzender.

Vorstoß International. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 20. April in Banneckes Restaurant, Breite Straße 2, unser Unterhaltungsabend stattfindet. [250

ASV. Halle. Sonnabend, 20. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Alles hat pünktlich zu erscheinen. — Sonntag, 21. April, 10 Uhr, findet im Vereinslokal, Silberdistrasse-Ring, eine Schülerversammlung statt. — Sonntag, 21. April, spielt die 1., 2. und Jugend gegen Reiderung 1, 2. und Jugend in Reiderung (alter Sportplatz). Die 1. um 4 Uhr, die 2. um 2 Uhr, die Jugend um 1 Uhr. Treffpunkt ist für alle Mannschaften eine Stunde vorher im Vereinslokal in Reiderung (bei Schrader). [251

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Pfiffdorf, veranstaltet am 28. April ihre Saalmaschinenweihe. Der Vorstand. [252

Arbeiter-Radfahrer- und Kraftfahrerbund „Solidarität". Am 21. April, 8½ Uhr, treffen sich die gesamte Jugend und die weiter des 12. Bezirks im „Kolkpark" in Halle zu einem Kursus. Kurze Hose und leichte Schuhe sind mitzubringen. [253

Bezirksjugendleiter Franz Eischner.

ASV. Sportlust 07. Handball-Spielausschuß. Dem Schiedsrichter und Naundorf bei Reiderung zur Kenntnis, daß das Spiel auf der Peißnig eine Stunde früher, um 2 Uhr, stattfinden muß. [254

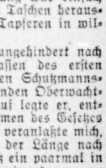
Fichte Halle (Fußballabteilung). Die Spiele der 1. und 2. Mannschaft sind wie folgt umgelegt: 2. Mannschaft 4,3 Uhr, 1. Mannschaft 4,5 Uhr. [255

Sportvereinigung Achilles von 1890, Halle

Sonntag, den 20. A., 11 Uhr im „Volkspark"

Sportmatinee

Ringen: 93 Weißenfels—Achilles
Boxen: ABC.-Zwickau—Achilles



Um weissen Kreuz zum roten Fahne

VON MAX HOELZ

Copyright 1929 by Malik-Verlag K.-G., Berlin W 50

ht ganz zwei Minuten kam der Erste Staatsanwalt
herunter und erklärte sich sofort bereit, die Akten her-
n.
mit ihm in das Gerichtsgebäude, wo die Akten lagen.
mit einige Pakete, aber ich merkte bald, daß das längst
waren und die wichtigsten Akten fehlten. Ich sagte:
en keine Zeit, hier länger zu verweilen, aber ich muß die
hen. Sie bürgen mir mit Ihrem Leben dafür, daß ich
eute bekomme; ich nehme Sie als Geisel mit nach Falken-
wenn die Akten nicht innerhalb weniger Stunden dort-
nicht werden, lasse ich Sie erschießen!"
ihm nichts übrig, als sich zu fügen. Ich nahm ihn ins
mit ihm nichts passiere. Zu dieser Maßnahme hatte ich
und: in dem Augenblick, als ich mit den befreiten Ge-
e Zellen verließ, war ich Zeuge eines Streites zwischen
eiten Genossen. Jeder beanspruchte für sich das Recht,
ng an dem Aufseher zu üben, der sie besonders gequält
ch wußte, daß unsere Freunde furchtbar gelitten hatten
ff ihre grenzenlose Erbitterung. Aber wir hatten keine
mit diesen Folterknechten abzurechnen.
Stadt begann es lebendig zu werden, die Schreckensnachricht
verbreitet. Aber noch ehe die staatlichen und städtischen
torgane auf dem Plan erschienen, lag Plauen längst
n.
hspielloses Jubel zogen wir in Falkenstein ein.
Staatsanwalt verschaffte ich ein gutes Frühstück aus dem
otel; er konnte sich auch sonst über schlechte Behandlung
agen. Ich empfahl ihm, sofort Briefe zu schreiben, die
den Motorradfahrer zu seiner Frau gebracht würden.
no; wenn bis 12 Uhr mittags die noch fehlenden Akten
geliefert seien, werde er erschossen.
or 12 Uhr erschien seine Frau mit einem Beamten des
chts und lieferte alle noch fehlenden Akten an mich ab.
n Erste Staatsanwalt merkte, daß er so glimpflich davon-
n war, obwohl er viele unschuldige Arbeiter auf dem Ge-
ste, wurde er frech und beanspruchte für sich, seine Frau
Beamten ein Auto zur Rückfahrt. Ich dämpfte seinen
und sagte, daß mir ihm gestatteten, in einem Landauer
enen zurückzukehren, den ein Fabrikbesitzer aus Falkenstein
ung stellen müsse. Für dieses Entgegenkommen habe
Mark an die Kasse der Kriegshinterbliebenen zu zahlen.
en Akten erfuhr ich dann, daß zwei Leute, die sich als Mit-
in die Partei eingeschlichen hatten Polizeispitzel waren.
en sofort festgesetzt.
schmittag des gleichen Tages ging ich mit einem Genossen
Falkensteiner Gerichtsgebäude und ließ sämtliche Beamten
ramtsrichter bis herunter zu den Gerichtsvollziehern und
ittmeistern zusammenrufen. Ich erklärte ihnen, jetzt habe
terschaft die Macht in Händen. Sie brauche die bürger-
liche nicht die nur gemacht seien, um die Arbeiter ihren
ern botmäßig zu erhalten. Wir machten uns unsere Ge-

ch die Beamten alle Akten und Bücher aus dem Gericht
gen und auf dem großen Platz zwischen dem Gerichts-
und der Schule aufstapeln.
eramtsrichter hielt meine Anordnung für einen schlechten
s er merkte, daß es mir ernst war, verlegte er sich aufs
und sagte unter Tränen, sein ganzes Leben hänge doch an

dieser Arbeit und an diesen Papieren. Er sei aufgewachsen in diesen Anschauungen, und ich solle doch versuchen, mich in seine Lage zu versetzen. Ich erwiderte, ich könne auf seine Gefühle keine Rücksicht nehmen, hier handle es sich um größere Dinge als persönliche Empfindungen. Mein Vorgehen sei nur ein winziges Glied in der Kette des großen Befreiungskampfes der Werktätigen.

Es blieb ihm nichts übrig, als die Akten mit hinaufzuschaffen. Stundenlang arbeiteten die Richter und die unteren Beamten an der Errichtung eines riesigen Akten- und Bücherhaufens, während ich die Aufsicht führte. Als das letzte Aktenbündel und das letzte Buch — mit Ausnahme der Mündelakten — die staubigen Regale verlassen hatten, gab ich den zwei Amtsrichtern und einem Referendar je eine Schachtel Streichhölzer, eine vierte nahm ich, und auf meinen Befehl wurde der riesige Aktenberg zu gleicher Zeit an vier Ecken angezündet.

Das Feuer brannte ununterbrochen drei Tage und drei Nächte. Ich war mir bewußt, daß es eine historische Pflicht der Revolution ist, diese Aufräumungsarbeiten allerorts zu vollbringen. Denn in diesen Tausenden von Paragraphen und Gesetzen drücken sich ja jene kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aus, die es der kleinen herrschenden Klasse erlauben, von der Ausbeutung der breiten Massen zu leben. Die Revolution muß schon bei ihren ersten Schritten die „Gesetzestafeln" der alten Ordnung zerstören. Die große, allgemeine Umwälzung ist gewiß kein einmaliger Vorgang, sondern ein langwieriger Prozeß, in dem solche einzelnen Aktionen zur Störung der bürgerlichen Ordnung und ihres „Rechtes", wie unsere Aktenverbrennung, symbolische Bedeutung haben.

Was ich mit Heinrich Brandler erlebte

Durch die Werbebureaus, die wir in Falkenstein eingerichtet hatten, vergrößerte sich von Tag zu Tag die Zahl der aus allen Teilen des Reiches kommenden Arbeiter, die in der Vogtländischen Roten Armee mitkämpfen wollten. Bald stellte sich ein fühlbarer Mangel an Waffen heraus, dem abzuhelfen meine nächste und wichtigste Aufgabe war. Durch Genossen erfuhr ich, daß in der Kaserne in Frankenberg bei Chemnitz große Vorräte von Waffen aller Art, Munition und anderen Ausrüstungsgegenständen lagerten. Diese Waffen standen unter der Verwaltung der Reichswehr, die dort einen Hauptmann und fünfzig Mann untergebracht hatte. Nach meinen Informationen waren diese Waffen des öfteren dem Chemnitzer Arbeiterrat bzw. Aktionsausschuß angeboten worden, ohne daß er sie holte und, wie es die Situation erforderte, an die Arbeiter verteilte.

Ich beschloß, die Waffen in Frankenberg zu holen. Um nach Frankenberg zu gelangen, mußten wir über Zwickau und Chemnitz fahren. Für diese Aktion wählte ich dreißig Mann — besonders zuverlässige Genossen — aus, die weder Gewehre noch Revolver mit sich nahmen. Nur einige hatten sich Handgranaten eingesteckt.

Beim Umsteigen in Zwickau erregten wir Falkensteiner größtes Aufsehen. Der aus SPD.-Leuten zusammengesetzte Aktionsausschuß in Zwickau bekam Angstzustände. Als wir nicht, wie sie befürchteten, in Zwickau ausstiegen, telephonierten sie nach Chemnitz und meldeten, der berüchtigte Hoelz sei mit seinen Leuten auf dem Wege nach Chemnitz, um den Aktionsausschuß gefangenzusetzen. Beim Aussteigen auf dem Chemnitzer Bahnhof — wir mußten dort wieder umsteigen, um nach Frankenberg zu gelangen — sahen wir uns plötzlich von mehreren hundert Schutzleuten umringt, die sich dreißigtausend Mark verdienen wollten. Die sächsische Regierung hatte am Tage vorher die Prämie auf meinen Kopf auf dreißigtausend Mark erhöht.

Ich war über diesen Empfang einfach sprachlos, weil der Chemnitzer Aktionsausschuß, der paritätisch aus Rechtssozialisten und Kommunisten zusammengesetzt war, die Macht besaß. In diesem Aktionsausschuß spielte mein Parteigenosse Heinrich Brandler eine führende Rolle. Ich konnte mir nicht erklären, wie es unter diesen Umständen möglich war, daß die Chemnitzer Polizeiorgane es wagen konnten, uns einen solchen Empfang zu bereiten.

Die Schutzleute schickten sich an, mich zu verhaften. Als sich der Kreis der Ordnungshüter immer enger um mich schloß, gab ich das Kommando: „Handgranaten heraus!" Die Wirkung war einfach überwältigend. Beim Anblick der plötzlich aus den Taschen herausgezogenen drei bis vier Handgranaten stoben die Tapferen in wilder Hast auseinander.

Wir glaubten nun, freie Bahn zu haben und ungehindert nach Frankenberg gelangen zu können. Beim Verlassen des ersten Bahnsteiges sahen wir uns aber von einem neuen Schutzmannsaufgebot umringt. Ich fragte einen vor mir stehenden Oberwachtmeister, was er denn eigentlich hier wolle. Darauf legte er, entweder um mich zu beruhigen oder um mich im Namen des Gesetzes zu verhaften, seine Hand auf meine Schulter. Das veranlaßte mich, ihm eine kräftige Ohrfeige zu versetzen. Er fiel der Länge nach auf die Schienen. Ich nahm seinen Revolver, schoß ein paarmal in die Luft und trieb damit das ganze Aufgebot auseinander.

Um die Aufregung, die in Chemnitz herrschte, nicht noch zu steigern, verschlichte ich darauf, auf dem Bahnhof zu warten, bis der Zug nach Frankenberg abging. Wir marschierten im Gänsemarsch auf dem Bahndamm von Chemnitz nach Frankenberg. Nachdem wir ungefähr eine Viertelstunde gewandert waren, setzte plötzlich eine tolle Schießerei hinter uns ein. Ich erblickte in einer Entfernung von etwa einem Kilometer Hunderte von Schutzleuten und Angehörigen der Chemnitzer Bürgerwehr, die uns einzukreisen versuchten. Obwohl sie gut bewaffnet waren, hatten sie scheinbar doch nicht den Mut, näher an uns heranzukommen, sondern folgten nur in sicherer Entfernung. Kurz vor Frankenberg erhielten wir auch von vorn Feuer.

Wie sich später herausstellte, hatten die Chemnitzer telephonisch die umliegenden Ortschaften und die dortigen Einwohner- und Bürgerwehren mit der Schauernachricht alarmiert. Hoelz wolle mit seinen Leuten die in der Nähe Frankenbergs internierten russischen Kriegsgefangenen befreien. Trotz diesen vielfachen Angriffen schlugen wir uns bis Frankenberg durch und wurden von dem dortigen Aktionsausschuß auf das herzlichste empfangen.

Der Vorsitzende des Aktionsausschusses ging den anrückenden Chemnitzer Schutzleuten und Bürgerwehrleuten entgegen und erklärte ihnen, daß ich mit meinen Genossen unter dem Schutze der Frankenberger Arbeiterschaft stehe. Wenn die Chemnitzer es wagen würden, weiter vorzudringen, werde sich die Frankenberger Arbeiterschaft geschlossen auf meine Seite stellen. Ueber diese Eröffnung waren die Chemnitzer verblüfft. Sie hatten erwartet, daß der Frankenberger Aktionsausschuß ebenso wie der Chemnitzer gegen uns sein werde. Enttäuscht kehrten sie nach Chemnitz zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0011

Delitzscher Kreistag im Zeichen der Herbstwahlen

Bürgerliche und SPD. Arm in Arm — Alle Anträge der KPD. werden abgelehnt
Kämpft gegen Wohnungsnot und Kinderelend — Wählt später nur die KPD.

Ein jedes Jahr hoffen die Kreiseinwohner, daß bei der Beratung des Kreis-Etats auch an ihre Interessen gedacht wird. Versprochen haben ihnen die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten bei der Wahl die schönsten Dinge. Aber ein Jahr nach dem andern hat bewiesen, daß die Steuerlasten zwar gestiegen sind, aber die Versprechungen nicht eintrafen. Die „Dollarsonne" hat den werktätigen Kreisansässigen nicht geschienen. **Wo bleibt der Wohnungsbau?** Großes Elend herrscht auf diesem Gebiete in den Städten und auf dem Lande. Viele Landarbeiter hausen in Gebäuden, die in einem schlechteren Zustande sind, wie die Schweineställe der Großagrarier. Doch die Hauszinssteuer müssen alle Minderbemittelten durch die hohen Mietsätze zahlen. Statt sich gegen die Steuerpolitik der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierungen zu wenden und zu kämpfen, unterstützen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Kreistagsabgeordneten diese Finanzpolitik in den Kommunen und Kreisparlamenten. Das hat treffend diese Kreistagung in Delitzsch wieder bewiesen.

Für die soziale Wohlfahrt haben die bürgerlichen und sozialdemokratischen Kreistagsabgeordneten nichts übrig. Was die Sozialdemokraten beantragen, und es sind eben nur Scheinanträge, würde bei der Bewilligung nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten. Die kommunistischen Kreistagsabgeordneten haben erhöhte Steuern für die Großagrarier und Industriellen gefordert, um die Not der Minderbemittelten zu beheben. Das wurde abgelehnt. Aus diesem Grunde kann die KPD.-Fraktion nie ihre Zustimmung zum Etat geben und **hat ihn abgelehnt**. Solange das kapitalistische Staatssystem herrschend ist, so lange werden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht anders. Im Gegenteil, sie werden im Verlaufe der Entwicklung immer schlechter für die werktätige Bevölkerung. Und die SPD. schützt und stützt diesen Staat. Bewilligt die Mittel zu seiner Erhaltung, die als Steuerlasten auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung gewälzt werden. Mit dieser Politik müssen die Einwohner des Kreises Schluß machen. Kein Wähler und keine Wählerin darf sich durch irgendwelche „Reformen" täuschen lassen. Die Bourgeoisie und Sozialdemokratie macht nur dann einige Konzessionen, wenn sie sich in einer bedrängten politischen Situation durch die Linksentwicklung der Massen befinden oder wenn Neuwahlen bevorstehen.

Kreisansässige, denkt bei den kommenden Kreistags- und Kommunalwahlen an die arbeiterfeindliche Politik der Mehrheit im Kreistag und wählt nur KPD.-Vertreter.

*

Die Tagesordnung des Kreistages vom 12. April war äußerst reichhaltig an Kreisangelegenheiten, die erledigt werden mußten. Zuerst wurden die Neuwahlen von Schiedsmännern und ihren Stellvertretern vorgenommen, deren Amtszeit abgelaufen war. Es erfolgte Wiederwahl. Die Wahl von Vertrauensmännern und Stellvertretern zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1930 wurde danach getätigt. An Stelle des verstorbenen Genossen Fischer wurde Genosse Leune gewählt. Die KPD. beantragte eine Umstellung der Liste dahingehend, daß hinter jeden Vertrauensmann der Ersatzmann zu stellen ist.

Ein Antrag der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Delitzsch auf Uebernahme der Kreisbürgschaft für 70 000 Mark als erststelliges Hypotheken-Darlehn bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt rief eine lebhafte Debatte hervor. Der Kreisausschuß schlug 20 Prozent Tilgung vor. Die KPD.-Fraktion beantragte die Tilgung auf 10 Prozent herabzusetzen. Genosse Voigt begründete den Antrag eingehend und machte dabei die Abgeordneten aufmerksam, daß sonst die Beiträge erhöht werden müßten, was eine weitere Belastung für die werktätige Bevölkerung bedeuten würde,

da die Reservefonds der Krankenkassen durch die naturgemäß hohen Krankheitsziffern, infolge des harten Winters, stark in Anspruch genommen sind.

Abgeordneter Plötz (Landbündler) sprach gegen derartige Bürgschaften. Der Antrag wäre eine Angelegenheit der Stadt Delitzsch. Plötz mußte sich aber eines anderen belehren lassen. Für soziale Einrichtungen haben bekanntlich diese Bürgerlichen nichts übrig. Der KPD.-Antrag erhielt 16 Stimmen. 8 Stimmen des Landbundes waren dagegen. Da aber dies keine Zweidrittelmehrheit war, galt der Antrag als abgelehnt. Der Vorschlag des Kreisausschusses auf 20 Prozent Tilgung wurde dann mit Mehrheit angenommen.

Der Erwerb von Aktien der Landkraftwerke Leipzig A.-G. Kulkwitz wurde abgelehnt, da selbst ein Erwerb von Aktien die Mißstände nicht beheben kann.

Bei der Erstattung des Verwaltungsberichtes für das Kalenderjahr 1928 entspann sich eine lange Debatte, an der sich unsere Genossen zahlreich beteiligten. Besonders beleuchtet wurden die Kapitel: **Wegebau, Wohnungsbau, schulärztliche Untersuchung der Kinder, Schulspeisung, Tuberkulose- und Krüppelfürsorge usw.** Im Jahre 1928 sind im Kreise 61 Neuwohnungen gegen 91 im Jahre 1927 gebaut worden. Um hier Abhilfe zu schaffen, forderte Genosse Tretschock, daß dem Kreise höhere Mittel aus der Hauszinssteuer zufließen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Industriebezirke damit mehr bedacht werden. Hier wäre es am Platze, **daß die Industriegewaltigen mehr herangezogen würden, Wohnungen zu bauen.** Das Wohnungselend beim Landproletariat ist geradezu erschütternd. Die KPD. brachte hierzu folgende Entschließung ein:

Durch die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in den Gemeinden des Kreises Delitzsch ist die Wohnungsbeschaffung zu einer Katastrophe anwachsen. Von Tag zu Tag wird die Zahl der zwangsweise Exmittierten größer und die Beschaffung von genügend Obdach immer zweifelhafter. Die Gesundheit und Entwicklung der Kinder ist dadurch stark gefährdet. Es ist daher Aufgabe der Kreisverwaltung, helfend einzugreifen. Dies ist aber nur möglich, wenn die Neubautätigkeit stärker belebt wird, als das im Jahre 1928 der Fall gewesen ist. Aus dieser Erkenntnis heraus beschließt der heutige Kreistag:

1. **Der Vorsitzende des Kreistages wird beauftragt, sofort Verhandlungen aufzunehmen, damit dem Kreise aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds für das Jahr 1929 genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden.**
2. **Der Beschluß des Kreistages vom 21. März 1928: „500 000 Mark Anleihe zum Wohnungsbau aufzunehmen", ist sofort durchzuführen.**
3. **Die Kreisverwaltung hat mit allem Nachdruck auf die Gemeinden, wo dringender Bedarf an Wohnungen vorhanden ist, einzuwirken, damit die Gemeinden den notwendigen Wohnraum herstellen.**
4. **Die Kreisverwaltung hat sofort eine Kontrolle sämtlicher Gemeindehäuser über den baulichen und wohnlichen Zustand vorzunehmen und die sich zeigenden Mängel sofort durch die Gemeinden beseitigen zu lassen. Kommunistische Fraktion.**

(Schluß folgt)

Delitzsch. Hunde gehören an die Leine. In einem Lokal wurde am Mittwochabend ein Mann von einem Hunde gebissen. Neben Fleischwunden am Arm hat der Mann den Verlust eines Zeigefingers zu beklagen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, konnte aber nach Anlegung von Verbänden wieder entlassen werden. Solche bissigen Hunde müssen unbedingt einen Maulkorb tragen.

Eilenburg. Die Lokaltante von Eilenburg beschäftigte sich dieser Tage mit der Betriebsratswahl im Leuna-Werk und stellte einen Niedergang der Kommunistischen Partei fest. Alle bürgerlichen Zeitungen im Reiche mußten den Erfolg zugeben, aber die Tante, so wenig sie überhaupt über Arbeiterangelegenheiten schreibt, stellt die Erfolge der Opposition auf den Kopf. Da man sonst bei jeder Gelegenheit von einem Zerfall der KPD. schreibt, traut man sich nun nicht die Wahrheit zu schreiben. Oder ist man noch benebelt von den vielen Jubiläumsfeiern? Für die Arbeiterschaft kann es nur heißen: Heraus mit dieser Zeitung aus den Arbeiterwohnungen, agitiert für den „Klassenkampf".

Pouch. Ein Kind totgefahren. Am Mittwochnachmittag wurde das 2½jährige Kind des Arbeiters K., das auf die Dorfstraße gelaufen war, von einem Personenauto aus Düben überfahren. Das schwerverletzte Kind wurde sofort der Klinik in Halle überführt, wo es starb.

Bitterfeld-Wittenbe[rg]

Roitzsch. Eine öffentliche Versammlung [des] nationalen Bundes der Kriegsopfer findet am Sonn[abend,] 20. April, abends 8 Uhr, im Gasthof Gemeindeschänke [statt.] Genossin Hedwig Krüger (Halle) spricht. Arbeiter und [Arbeiterin]nen von Roitzsch und Umgebung, erscheint in Massen.

Greppin. Keiner darf fehlen. Am Sonn[abend,] 20. April, abends 8 Uhr, findet in Schmidts Konzert[haus] ein „Proletarischer Abend" statt, den der Verband [der Frei]denker für Feuerbestattung veranstaltet. Mitwirken [wird der be]kannte Genosse Bruno Strzelewicz. Vielen wird Strezelewicz noch von früher im Andenken sein. Das bürgt für einen guten Verlauf des Abends. Keiner [versäume] diese proletarische Veranstaltung. Einlaß 7 Uhr. [Eintritt] 60 Pf., an der Abendkasse 70 Pf.

Greppin. Achtung, Arbeitersportler! Am [Sonntag,] dem 21. April, nachmittags 5 Uhr, findet eine au[ßerordentliche] Sitzung des Arbeiter-Sport- und Kulturkartells statt. [Eine] wichtige Tagesordnung ist zu beraten. Kein Delegierter [darf fehlen.]

Düben. Fabrikbrand. Im Kesselhause des [...] werkes Hermann Böttke war ausgelaufenes Oel, das [den] Kessel gesetzt hatte, infolge Ueberheizung des Kessels in [Brand ge]raten. Das Feuer griff auf den großen Treibriemen über [und drohte] die neben dem Kessel lagernden Sägespäne zu entzün[den. Zum] Glück aber wurde der Brand noch rechtzeitig entdeckt [und] unterdrückt werden.

Düben. Von Zigeunern betrogen. Vor ein[igen Tagen] erschien bei einer hiesigen Familie eine Zigeunerin, u[m wahrzu]sagen". Dazu mußte sie aber eine Geldbörse haben, die [sie ver]langte und in Gegenwart der Familie leerte und wi[eder füllte.] Schließlich vollführte sie noch mit Salz und Pfeffer aller[lei Zauber.] Dann verschwand sie. Beim Nachzählen des Geldbe[trages stellte] die Familie fest, daß — 10 Mark fehlten. Die sofort [angestellten] Ermittlungen nach der Diebin waren vergebens. Jede[m] sei dieser Vorfall eine Lehre.

Gräfenhainichen. Die erste Sitzung des Sta[dtparla]ments, das erst vor kurzem neu gewählt wurde, [findet am] 30. April statt. Alle Einwohner müssen die Sitzung be[suchen, um] sich über die Politik der Bürgerlichen und Sozialde[mokraten zu] orientieren.

Zörbig. Die Stadtsparkasse soll nach einem [Beschluß der] Stadtverordneten am 1. September aufgehoben werden [und] sich der Bitterfelder Kreissparkasse anschließen.

Rückstrahler an Fahrrädern. Da der Bedarf an [vorschrifts]mäßigen Rückstrahlern bis zum 1. April nicht überall ge[deckt werden] konnte, hat die preußische Regierung angeordnet, daß [die Verord]nung über die Einführung von Rückstrahlern an Fahr[rädern erst] ab 1. Mai in Kraft gesetzt wird.

Wie wird das Wetter?

Für Sonnabend: Unruhiges Wetter mit fortschreit[ender Ver]schlechterung. Später Niederschläge in Schauern, dann [...] und Gewitterneigung.

Für Sonntag: Kühl mit Gewitterneigung.

Verantwortlich: Alfred Grade, Halle a. d. S., für Politik u[nd ...]; Erich Behnke, Halle a. d. S., für Lokales und Saalkreis; K[...] Merseburg, für Provinz (Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Nordhau[sen]); Fritz Lessig, Halle a. d. S., für Provinz (Bitterfeld, Witten[berg,] Torgau); Marianne Gundermann, Halle a. d. S., f[ür ...]; Bernhard Koenen, Merseburg, für Gewerkschaften und Aus de[r ...]; Fritz Kroh, Halle a. d. S., für den Verlag, Anzeigenteil u[nd ...]

Bei **Grippe, Influen[za]**

u. a. Erkältungskrankheiten haben sich Togal-Tabletten her[vorragend] bewährt. Im Anfangsstadium genommen, verschwinden die Kra[nkheitser]scheinungen sofort. Lt. not. Bestätigung sind innerhalb 6 Mona[ten] 1500 Gutachten allein aus Ärztekreisen eingegang., darunter v. [...] Professoren u. aus ersten Kliniken u. Krankenanst. Überrasch. Erfo[lge! Fra]gen Sie Ihren Arzt! Togal ist in allen Apotheken erhältlich. Prei[s ...]

12.5 Lith., 0.46 Chinin, 74.3 Acid. acet. sal. ad 100 amyl. [...]

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14
Tel. 214 73, Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär
Geschäftszeit: Täglich 9 bis 18 Uhr
Sonnabends nachmittags geschlossen

Stadtorganisation Halle

Stadtverordnetenfraktion. Fraktionssitzung fällt aus. Dafür Montag ½4 Uhr kurze Besprechung vor der Sitzung im Stadthaus.
Stadtteil Südwest. Sonntag, den 21. April, vormittags ½10 Uhr, treffen sich alle Genossen bei Weinrich, Böllberger Weg, zur Werbung für Partei und Presse. Die Mitglieder der Betriebszellen müssen ebenfalls erscheinen.
Stadtteil Süden stellt zum Bezirksparteitag 20 Quartiere! Alle Genossen, welche in der Lage sind, einen Genossen vom 27. zum 28. zu beherbergen, melden dies bis spätestens Montag, den 22. auf der UBL., Zimmer 6.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Bruckdorf. Sonnabend, den 20. April, 20 Uhr, bei Crosse Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Gutjahr.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Kötzschen. Sonntag, den 21. April, Funktionärsitzung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Muschen. Sonnabend, 20. April, 20 Uhr, im Gasthof Frauenversammlung mit Lichtbildervortrag. Referentin: Genossin Ida Lehmann.
A.-G. Hohenmölsen. Sonnabend, 20. April, 20 Uhr, bei Rupsch, Hohenmölsen Arbeitsgebietskonferenz. Alle Funktionäre der KPD. und des RFB. müssen erscheinen. Referent: Genosse Schlag.
Nebra. Sonnabend, 20. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung (Stadtverordneten-Wahl). Referent: Genosse Schippa.

Unterbezirk Mansfeld

Stadtorganisation Hettstedt. Sonntag, den 21. April, zur Fahnenübergabe nach Gerbstedt. Treffpunkt: Radfahrer 13 Uhr pünktlich ab „Bergschlößchen". Alle anderen fahren mit der Halle—Hettstedter Bahn 12.30 Uhr.
Schraplau. Sonntag, den 21. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. (Weltliche Schule.) Referent der BL. ist anwesend.
Gerbstedt. Sonntag, 21. April, Fahnenübergabe. Ref.: Gen. K. Schulz, M. d. L.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Nordhausen. Sonntag, den 21. April, vormittags 10 Uhr, bei Schütt, Weidenstraße, wichtige Arbeitsgebietskonferenz. Die Ortsgruppen Bleicherode, Pustleben, Wolkramshausen, Salza, Heringen, Ellrich und die Vertrauensleute aus den anderen Orten müssen vertreten sein. Alle Nordhäuser Funktionäre zur Stelle.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse: Max Benkwitz, Halle a. d. S., Pfännerhöhe 2, Hof, 2 Treppen. Telephon-Nummer: 298 95. Postscheckkonto: Max Benkwitz, Leipzig Nr. 291 97.

Warenvertriebsstelle des RFB. Halle, Trödel 1.

Mitteilung der Gauführung

Laut Monats-Arbeitsplan finden am 21. April in sämtlichen Ortsgruppen Generalappelle der Hamburger Teilnehmer statt. Die Appelle sind gut vorzubereiten. Jeder Hamburger Fahrer muß im Besitze der Teilnehmerkarte und Plakette sein. Das Fahrgeld für Hamburg ist spätestens bis zum 6. Mai an die Gauleitung einzusenden.
Alle Kameraden, die Interesse haben, einer Agitprop-Truppe des RFB., Gau Halle-Merseburg, beitreten zu wollen und die ein Instrument spielen, melden sich in der Gauführung. Kameraden, helft mit, eine eigene Agitprop-Truppe des RFB. zu schaffen.

Untergau Halle-Saalkreis

Am 21. April findet eine Ausfahrt sämtlicher Rad- und Motorradfahrer nach Landsberg statt. Kameraden, bereitet diese Ausfahrt gut vor. Rundschreiben sowie Plan ist den Ortsgruppen und Abteilungen zugegangen. Die Untergauführung.
Wettin. Sonnabend, 20. April, 20 Uhr, im Gasthof „Zum kleinen Schweizerling" Mitgliederversamml. Erscheinen Pflicht. Gruppenführer haben restlos einzuladen.
Halle. Alle Kameraden, die im Besitz eines Fahrrades oder Motorrades sind, treten Sonntag früh pünktlich 8 Uhr auf dem Paradeplatz an.
Halle. Geschlossener Spielmannszug einschließlich Reserveleute. Sonntag, 21. April, früh 7.30 Uhr, Antreten Bahnhof Trotha. 15 Pf. Fahrgeld und Listen mitbringen.
Halle, Abt. 3 (Westen). Sonntag, 21. April, vorm. 8 Uhr, treten alle Kameraden, die im Besitz eines Fahrrades oder Motorrades sind, auf dem Paradeplatz an. Alle anderen Kameraden um 8 Uhr bei Bendlin, Böllberger Weg.
Halle, Abt. 4 (Norden). Heute 20 Uhr Funktionärsitzung bei Barth, Körnerstraße.
Halle, Abt. 4 (Norden). Sonntag, 21. April, treffen sich alle Radfahrer früh 7½ Uhr, am Wettiner Platz zwecks Ausfahrt. Alle übrigen Kameraden, die kein Rad besitzen, treffen sich um 10 Uhr im Lokal Barth.
Werbebezirk Ammendorf. Alle Radfahrer treten Sonntag, 21. April, pünktlich um 7 Uhr früh in Osendorf an.
Werbebezirk Dölau. Sonntag, 21. April, steht der Werbebezirk früh ½8 Uhr mit Fahrrädern in Nietleben an der „Sonne" zur Fahrt nach Landsberg.
Werbebezirk Seeben. Alle Radfahrer treten Sonntag, 21. April, pünktlich 7.45 Uhr, in Sennewitz, „Schwarzen Adler", an.
Werbebezirk Hohenthurm. Sonntag, 21. April, tritt der gesamte Werbebezirk in Hohenthurm um 9.30 Uhr an.
Werbebezirk Canena. Sonntag, 21. April, früh 7.30 Uhr, Antreten aller Radfahrer des Werbebezirks Canena zur Ausfahrt nach Landsberg in Canena, Lokal Wenkel.
Teicha. Alle Kameraden, die im Besitz eines Fahrrades oder Motorrades sind, treffen sich Sonntag, 21. April, 7.30 Uhr, bei Stelzer z. Ausfahrt nach Landsberg.
Döllnitz. Sonnabend, 20. April, 20 Uhr, wichtige Versammlung im „Palmbaum". Alle Kameraden haben zu erscheinen.
Werbebezirk Könnern. Sonntag, den 21. April, 14 Uhr, Werbebezirksversammlung in Könnern im „Bürgergarten". Sämtliche Ortsgruppen des Werbebezirks müssen restlos erscheinen.

Untergau Merseburg

Großkayna. Sonnabend, 13. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Roten Stern". Erscheinen aller Kameraden wegen der wichtigen Tagesordnung ist Pflicht.
Kötzschen. Sonnabend 20 Uhr bei Kamerad Zätzsch Bildungsabend. Alle Kameraden haben zu erscheinen.
Merseburg. Sonntag, den 21. April, 10.30 Uhr vormittags, steht die gesamte Ortsgruppe mit Spielmannszug (ohne Fahne) am Gemeinschaftsbahnhof zum Ausmarsch bereit. Rückkehr 18 Uhr. 55 Pf. Fahrgeld ist mitzubringen.
Querfurt. Sonnabend, den 20. April, 20 Uhr, im „Schützenhaus" Versammlung.
Neumark. Sonntag, den 21. April, 15 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof Schumann. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Sonnabend, den 20. April, Mitgliederversammlung. Antreten 19 Uhr Klingenplatz. Wichtige Tagesordnung. Alles muß restlos erscheinen.

Untergau Zeitz

Zeitz. Sonntag, den 21. April, 13 Uhr, Untergaukonferenz in der „Händlerbörse". Alle Ortsgruppen müssen erscheinen.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Zu der am Sonntag, dem 21. April, in Gerbstedt stattfindenden Fahnenübergabe an die Zelle Bitzumschacht haben sich alle Ortsgruppen restlos zu beteiligen. Die Ortsgruppen haben sich so einzurichten, daß diese spätestens um 11 Uhr vormittags dort eintreffen.
Gerbstedt. An der Veranstaltung der Fahnenübergabe am Sonnabend, dem 20., und Sonntag, dem 21. April, müssen sich alle Kameraden beteiligen. Bundeskleidung anlegen.

Untergau Sangerhausen

Bottendorf. Sonntag, den 21. April, 20 Uhr, Werbeabend. Die werktätige Bevölkerung von Bottendorf und Umgebung wird ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Alle umliegenden Ortsgruppen müssen sich daran beteiligen. Referent. Kamerad Arlt, Artern.

Untergau Bitterfeld

Allen Ortsgruppen im Untergau Bitterfeld zur Kenntnis, daß bis zum 21. April alle Kursusteilnehmer gemeldet sein müssen beim Kam. Schmidt. Ferner müssen bis zum 21. April alle Hamburg-Fahrer gemeldet sein und den Preis von 1.15 Mk. gezahlt haben. Die Untergauführung.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Sonnabend, 20. April, beteiligen sich die Kameraden an der Werbeveranstaltung in Zschortau im Lokal Richter. Abfahrt mit Rad 19.15 Uhr vom „Lindenhof". Kameraden ohne Rad benutzen den Zug 19.30 Uhr ab Delitzsch.
Zschortau. Sonnabend, 20. April, im Lokal Richter, Am Bahnhof, Lichtbildervortrag. Alle Kameraden mit ihren Frauen müssen erscheinen. Sympathisierende sind einzuladen. Anfang 20 Uhr. Eintritt frei.

Rote Jungfront Halle-Merseburg

An die Ortsgruppen und Abteilungen der Untergaue Weißenfels, Zeitz, Naumburg! Achtung! Das für den 27. und 28. April angesetzte Wehrsporttreffen findet erst am 8. und 9. Mai in Teuchern statt.
Sonntag, den 21. April, vormittags 10 Uhr, in Zeitz im Lokal „Händlerbörse" Zusammenkunft der gesamten Jungfront im Untergaumaßstabe. Referent: K. Müller, Weißenfels.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
Fernsprech-Nummer 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Hamburg-Fahrer müssen sich sofort beim Gruppenleiter melden, um jedem Genossen Quartier zu sichern.
Sonntag, 21. April, 10 Uhr, findet im Jugendheim Ammendorf unsere UB.-Konferenz statt. Jede Gruppe entsendet auf je 10 Mitglieder einen Delegierten. Keine Gruppe darf fehlen.
Halle. Alle anderen Genossen nehmen an der Tour nach der Sächsischen [...] Sofort beim Gruppenleiter in die Liste einzeichnen.
Zwintschöna. Sonnabend 19½ Uhr bei Horn Heimabend. Thema: [...] Bringt Freunde mit.

Unterbezirk Merseburg

Unsere UB.-Konferenz findet am Sonntag 9 Uhr in Merseburg [statt. Die] Gruppen haben ihre Delegierten dahin zu entsenden.
Merseburg. Sonnabend, 20. April, Spieltruppe.

Arbeitsgebiet Schkeuditz

Unsere UB.-Konferenz beginnt am Sonntag 8 Uhr. Alle Gruppen hab[en die ihnen] zustehenden Delegierten zu entsenden.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Sonntag 20 Uhr im Heim Unterhaltungsabend.

Unterbezirk Bitterfeld

Alle Gruppen bereiten die Unterbezirkskonferenz vor, die am komme[nden] 21. April, 9 Uhr, im „Volkshaus" stattfindet. Jede Gruppe schickt [auf ... Mit]glieder einen Vertreter.

Unterbezirk Wittenberg

Am Sonntag 10 Uhr findet in Wittenberg unsere UB.-Konferenz [statt. Die] Delegierten haben zur Stelle zu sein.

Unterbezirk Mansfeld

Alle Jugendgenossen beteiligen sich am Sonntag an der Parteit[...] Gerbstedt. Näheres wird am Sonnabend im Gruppenabend be[kanntgegeben.]
Eisleben. Sonnabend, 20. April, im Heim Gruppenabend.

Unterbezirk Nordhausen

Unsere UB.-Konferenz beginnt am Sonntag, dem 21. April, 8 Uhr, [bei] Schütt, untere Weiden. Die Gruppen Sangerhausen, Roßla, Heringen müssen unbedingt ihre Delegierten entsenden.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung [...] Halle-Me[rseburg]
Halle a. d. Saale, Lerchenfeld[straße ...]

Halle. Sonnabend 19 Uhr Leiterbesprechung.
Halle. Rote Bomben. Heute, Freitag, und morgen, Sonnabend, [...] Kinderbureau Probe.
Halle. Sonntag machen wir eine knorke Wanderung. Abmarschzeit [wird] noch mitgeteilt.
Ammendorf. Sonntag, den 21. April, 8 Uhr, treffen sich alle Pioniere [im] Heim zur Tageswanderung.

Bund der Freunde der [...]

Landesverband Halle-Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 Teleph[on ...]
Postscheckkonto Leipzig 16379, Job [...]

Die Ortsgruppen Eilenburg, Zschornewitz, Holzweißig, Theißen, [...] röblingen a. See, Kelbra, Nordhausen, Heldrungen, Siebig[...] Mühlberg und Torgau werden aufgefordert, sofort die Markenab[rechnung für] das zweite Quartal einzuschicken, da ohne dieselben keine Marken [...] können. Außerdem fehlen von einer Anzahl der genannten Ortsgr[uppen die] Abrechnungen für **das erste Quartal (hauptsächlich Monat März).** [Diese sind] sofort fertigzustellen **und an den LV. einzuschicken.**
Schkeuditz. Werbeveranstaltung der JAH. unter Mitwirkung des ru[ssischen ...] Orchesters am Sonnabend, 20. April, im Gasthof „Zur Eisenbah[n" ...] Genosse Höcker, Halle.
Gröbers. Wir vermissen noch immer die Markenabrechnung für [...] Sendet sofort dieselbe ein, ebenfalls die Markenbestellungen f. das [...]
Dommitzsch. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 20. April, 20 [Uhr, ...] Konzerthalle. Bericht vom Reichskongreß. Alle Mitglieder haben [...]
Groß-Kayna. Mitgliederversammlung Sonnabend, 20. April, 20 Uhr, [...] Stern". Tagesordnung: Lokalfragen.
Goddula-Vesta. Filmvorführung am Sonnabend, 20. April, 20 Uhr, [...] Hof": „Sohn der Berge".

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit

Roitzsch. Sonnabend, den 20. April, 20 Uhr, in der Gemeindeschä[nke ...] Versammlung. Referentin: Hedwig Krüger. Alle Mitglieder mü[ssen ...]

Werbt für den „Klassenkamp[f"]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0012

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 91 — Freitag, 19. April 1929

Ein Stück Seife für fünf Mann im Monat

amtliche Lebenshaltungsindex — ein Instrument der Unternehmer zur Senkung der Löhne

n gegenwärtigen Lohnkämpfen spielt die Berechnung des nens der deutschen Industriearbeiterschaft und der Vergleich nes mit den Kosten des Lebensunterhaltes eine ausschlag- Rolle. Von seiten der deutschen Unternehmer wird immer ie Berechnung der Lebenshaltungskosten, wie sie das stati- eichsamt durchführt, zum Vergleich herangezogen. Da die ie dieser Berechnung durch sehr geschickte, nicht sofort zu nde Verdrehungen immer viel niedriger gehalten als der tatsächlichen Steigerung der Ausgaben entspricht, so Unternehmer, zumal diese Zahlen die amtlichen sind, ieder in der Lage, den Lohnerhöhung fordernden Arbeitern mäßigkeit" ihrer Forderungen zu „beweisen".

ie Berechnungsgrundlage des amtlichen Lebenshaltungsindex

onatliche Bedarf einer fünfköpfigen Familie, der gerade aus- soll, um allen fünf Familienmitgliedern eben gerade noch n zu ermöglichen. Hier ergibt sich der erste Widerspruch: eine ng, die alle zum Leben tatsächlich notwendigen Ausgaben nicht arbeitende, in völliger Ruhe befindliche Familie ent- s man aber von der amtlichen Statistik nicht einmal be- kann!), muß natürlich in ihren Ergebnissen zu ganz an- ahlen kommen, als wenn es sich um arbeitende Per- handeln würde. Diese brauchen, zumal bei der kräftever- n Arbeit im rationalisierten Betrieb, eine Reihe von hoch- Nahrungsmitteln (vor allem Fleisch, Eier, Butter) und in eren Mengen als der ruhende Mensch. Diese hoch- en Nährstoffe sind aber die allerteuersten. ie im Reichsindex nicht oder in ganz geringen Mengen be- t sind, so müssen sich schon aus dieser einen Wegelassung bsolut falsche Zahlen ergeben.

des ist nicht etwa das einzige! Aengstlich sind die Berechner alle irgendwie teuren Nahrungsmittel und sonstigen Aus- s dem Index, der im übrigen seit seinem Bestehen einer Reihe von Umänderungen bzw. Kürzungen unterworfen s natürlich der Entwicklung des Lebenshaltungsniveaus e falsches Bild geben muß!), zu streichen. So soll es zum ausreichen, wenn eine fünfköpfige Familie im ganzen ein Stück Seife, ein Scheuertuch, zwei Schachteln Stiefel- n Handtuch, sechs Bleistifte, eine Tageszeitung, vier Kino- zweimal Haarschneiden, achtmal Rasieren und vier (!) Hefte zur Deckung ihrer kulturellen Bedürfnisse enthält. bei bilden diese „Sonderausgaben", wie ihre Bezeichnung r lautet, einen sehr hohen Bestandteil an den Gesamtaus- berhaupt, nämlich 6,21 Prozent.

brigen setzt sich der amtliche Index folgendermaßen zu-

Ernährung	54,77	Prozent
Wohnung	20,35	„
Heizung und Beleuchtung	5,55	„
Bekleidung	10,05	„
Verkehr	3,07	„
Sonstiger Bedarf	6,21	„
Zusammen	100,00	Prozent

llig den Tatsachen widersprechend die Berechnung erfolgt, n daraus hervor, daß in dem Posten für die Wohnung nur rozentige Friedensmiete berechnet ist, obwohl ein unge- Prozentsatz der deutschen Arbeiter heute keine Altwohnungen und gezwungen ist, die teure Miete für Neubauwohnungen r möblierte Zimmer zu bezahlen, obwohl heute in- Dehnbarkeit der gesetzlichen Bestimmungen die Reparatur- sbesserungsarbeiten vom Mieter meist gesondert bezahlt müssen. Die Beibehaltung eines derartig niedrigen Anteils Wohnungskosten an den Gesamtausgaben bedeutet natürlich rkung der errechneten Ausgaben überhaupt.

dies sind in der Berechnung weder

rhöhten Preise für alle Handwerkerarbeiten

Schuster und Schneider, deren Preise um mehr als das Dop- gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind!), noch die Ge- für Arzt und Arzneien, die teilweise um das Drei- und Vier- cht wurden, berücksichtigt worden. Auch die Ausgaben für leidung sind im Verhältnis viel zu niedrig angesetzt. Mit ahresverbrauch von einem Herren- und einem Knaben- einem Mädchenkleid, einem Frauenrock, zwei Blusen, sechs Männersocken, sechs Paar Frauenstrümpfe, sechs Männer- und rauenhemden, 16 Meter Hemdentuch, je ein Paar Männer- rauenstiefel, zwei Paar Kinderstiefel, achtmaligem Besohlen ühen von Männerstiefeln wird wohl nicht einmal die an- liche proletarische Hausfrau auskommen können, ganz ab- gesehen davon, daß in der ganzen Familie niemand einen Mantel, einen Hut oder gar warmes Unterzeug haben darf! Bei einer Berücksichtigung der tatsächlichen notwendigen Anschaffungen für die Bekleidung würde natürlich die Maßziffer viel höher gestiegen sein, da ja Textilwaren viel teurer sind als Lebensmittel und die meisten sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben.

Völlig unberücksichtigt bleibt in dem amtlichen Index ferner die Tatsache, daß die

Steigerung von Arbeitsleistung und Arbeitstempo,

wie sie als Folge der Rationalisierung jetzt in den meisten Betrieben durchgeführt ist, auch eine vermehrte Kraftausgabe zur Folge hat. Es ist selbstverständlich, daß diese vermehrte Ausgabe durch höhere und bessere Lebensmittelzufuhr ausgeglichen werden muß. Es ist deshalb nicht angängig, die Nahrungsmittelmengen, die eine fünfköpfige Familie vor dem Kriege verbrauchte, automatisch auf die heutige Zeit zu übertragen. Zur Erhaltung von Leben, Gesundheit und voller Arbeitskraft sind heute im Gegensatz zur Vorkriegszeit, vor allen Dingen die hochwertigen, aber auch sehr teuren Nahrungsmittel notwendig. Kein Arbeiter im rationalisierten Betrieb würde mit einer Kost, wie sie der amtliche Index vorsieht (bestehend in der Hauptsache aus Kartoffeln, Brot und Heringen!), auch nur wenige Monate das rasende Hetztempo in den Betrieben der deutschen kapitalistischen Republik durchhalten können. Zu solchen Feststellungen kommt sogar ein Teil der bürgerlichen Statistiker. So schreibt Dr. Hans Wüschmann in der „Vossischen Zeitung" vom 10. Februar 1929:

„Einigermaßen normalen Ansprüchen wird dieser Index in keiner Weise gerecht . . . Der Lebenshaltungsindex soll der allgemeingültige Preisindex der Verbrauchsgüter sein. Zeigt er aber auf Grund seiner Errechnungsmethode eine falsche Kaufkraft des Einkommens an, so gibt er damit automatisch auch eine falsche Meßziffern der Preissteigerung . . . Unmöglich ist es, durch einen falsch errechneten Lebenshaltungsindex und womöglich noch irreführende Lohnindizes den Eindruck zu erwecken, als sei der Vorkriegsstand in der Lebenshaltung erreicht."

Daß aber tatsächlich der Reallohn der deutschen Arbeiterschaft um etwa 30 Prozent gesunken ist, ergibt sich auch aus einem Blick auf

das Verhalten des Lohnanteils am Produkt.

Dieser ist heute fast um 50 Prozent zurückgegangen, d. h. es ist den Unternehmern durch Lohnsenkungen, Arbeiterentlassungen und Leistungssteigerungen gelungen, den Anteil des Lohnes an den Herstellungskosten um fast 50 Prozent zu verringern. Hinzu kommt, daß infolge der Belastung durch Steuern und soziale Abzüge heute 20 bis 25 Prozent des Lohnes sofort an die Staatskassen zurückfließen, während die gesamten steuerlichen und sozialen Ausgaben vor dem Kriege nicht einmal fünf Prozent betrugen. Sogar diese Tatsachen, auf die von den verschiedensten Seiten immer wieder hingewiesen wurde, sind in dem Lebenshaltungsindex unberücksichtigt gelassen.

Aus alle diesen Gründen können sich die Arbeiter bei der Aufstellung ihrer Lohnforderungen keineswegs nach den amtlichen Indexzahlen richten. Die Arbeiter können selbst feststellen, in welchem Maße sich die wichtigsten Lebensbedürfnisse verteuern. Es ist notwendig, diese Preissteigerung im Betrieb, in den Gewerkschaftsversammlungen, in der Betriebs- und Tagespresse zu besprechen, um auch dadurch zur Mobilisierung für den Kampf um höhere Löhne beizutragen.

19.4.29

Nach Opel — die J. G. Farbenindustrie

Ueber die Verhandlungen, die mehrere Direktoren der J. G. Farben zurzeit in Amerika führen, wird der Oeffentlichkeit von den deutschen Chemiekönigen ebensowenig mitgeteilt, wie über die Profite und über die Produktionshöhe in den Großbetrieben der J. G. Farben. Diese Geheimdiplomatie verbindert nur deshalb nicht vollständig das Bekanntwerden einiger wichtiger Pläne der Chemietrusts, weil die ausländischen Chemiekonzerne aus Konkurrenzgründen ein Interesse daran haben, die großen Manöver der Farbengewaltigen zu enthüllen. So erfährt man jetzt aus der holländischen Presse neue Tatsachen über die Geheimverhandlungen der Chemietrustdirektoren in Neuyork. Der Zweck der Amerikareise war demnach nicht nur der Abschluß von Lieferungsverträgen, sondern vor allem die Kapitalbeschaffung auf dem amerikanischen Markt. Die J. G. Farben hat geplant, ihre Aktien an der Neuyorker Börse einzuführen, was an dem Widerstand der amerikanischen Chemiekonzerne scheiterte. Um den Zufluß des amerikanischen Dollars, den der Chemietrust dringend braucht, zu sichern, versucht man jetzt dasselbe Ziel auf Umwegen zu erreichen. Es sollen nicht die eigenen Aktien der J. G. Farben, sondern der von ihr vor einigen Monaten gegründeten schweizerischen Tochtergesellschaft in Neuyork eingeführt werden. Bekanntlich ist das Kapital dieser schweizerischen Tochtergesellschaft des deutschen Chemietrusts übertrieben hoch auf 20 auf 250 Millionen Schweizer Franken erhöht worden. Diese Kapitalserhöhung war nur der erste Teil der geplanten Finanzoperation, die sog. Placierung, d. h. Unterbringung der Aktien auf dem Geldmarkt, ist der zweite Teil, der jetzt in Neuyork durchgeführt werden soll.

Diese Vorgänge heben für die Entwicklung des deutschen Kapitalismus eine über das gewöhnliche Maß eines kapitalistischen Finanzmanövers hinausgehende Bedeutung. Bisher war der deutsche Chemietrust vom ausländischen Kapital so gut wie völlig unabhängig. Im Gegensatz zum Stahltrust ist das großzügige Programm einer völligen Erneuerung der Produktionsanlagen ohne die Notwendigkeit einer Auslandsanleihe durchgeführt worden. Im Gegensatz zu anderen Teilen des deutschen Kapitals hat der deutsche Chemietrust seine imperialistische Machtstellung auch durch Kapitalexport wesentlich gefestigt. Wenn nun der Chemietrust direkt oder indirekt seinen Kapitalbedarf in Amerika zu betriebigen versucht, so ist das ein bedeutsames Zeichen für die inneren Widersprüche des deutschen Kapitalismus, insbesondere für den Gegensatz zwischen der ständigen Erweiterung und Steigerung der Leistungsfähigkeit und der unzureichenden inneren Kapitalbildung. Selbstverständlich wird das Eindringen des amerikanischen Kapitals hier nicht zu solchen Ergebnissen führen, wie bei Opel. Der Chemietrust behält seine finanzielle Unabhängigkeit, auch wenn einige hundert Millionen Mark Kapital ihm vom Ausland zufließen werden. Mit der selbstherrlichen Abgeschlossenheit gegenüber dem internationalen Finanzkapital ist es aber vorbei, und diese Entwicklung kann in der Zukunft zu einer noch weitergehenden Abhängigkeit auch des Chemiekapitals vom amerikanischen Imperialismus führen.

Ein Kreuz mehr für die Arbeiterklasse

Sibirien wird industrialisiert

In der vorrevolutionären Zeit war das Riesenland Sibirien, „der goldene Boden", wie es im Volksmunde heißt, ein Land mit der spärlichsten Industrie. Für die Bedürfnisse der Landwirtschaft bestand eine einzige Pflug-Fabrik (Randrug), die im Jahre höchstens 12 000 bis 13 000 Pflüge produzierte. Seit dem Jahre 1924 schreitet die Industrialisierung vorwärts. Im laufenden Jahre liefern die Maschinenfabriken Sibiriens allein 7000 Dreschmaschinen und etwa 22 000 andere Maschinen und für 200 000 Rubel Ersatzteile zu den Maschinen. Die Fabrik „Roter Ackersmann" produziert in diesem Jahre 70 000 Pflüge und 40 000 Eggen. Die Produktion dieser Fabrik soll bis auf 110 000 Pflüge gesteigert werden. Die Verbilligung der Produktion macht stetig Fortschritte.

Dasselbe
erreicht man mit
Rama Margarine butterfein
wie mit der besten Butter und zwar zur Hälfte des Preises
½ Pfd. 50 Pfg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0013

Der
Kommunistische Genossenschafter
Monatliche Beilage zur Tagespresse der KP[D]

Sozialdemokratie mit Deutschnationalen für Besteuerung der Konsumvereine

Bei der Beratung der Gewerbesteuer im Preußischen Landtag hat die SPD. gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien den von der KPD. eingereichten Antrag, durch den die Genossenschaften von der Zahlung der Gewerbesteuer befreit werden sollten, abgelehnt. Vorher hatte die SPD. auch bereits im **Hauptausschuß** des Landtages diesen Antrag abgelehnt.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Thiele berichtet in der **„Konsumgenossenschaftlichen Rundschau"** Nr. 12, daß die **Deutschnationalen** und die **Deutsche Volkspartei** im Landtag den Versuch machten, **Sonderbesteuerungsbestimmungen** in das Gesetz hineinzubringen, indem auch der sogenannte **Kundengewinn**, soweit dieser 5 Prozent übersteigt, bei den Konsumvereinen versteuert werden sollte. **Thiele verschweigt schamhaft das Verhalten der preußischen Landtagsfraktion im Hauptausschuß und bei der zweiten Lesung im Plenum.**

Bekanntlich ist bei dem von **Hilferding** dem Reichstag unterbreiteten Steuervereinheitlichungsgesetz eine **Heranziehung der Genossenschaften zur Zahlung der Gewerbesteuer vorgesehen.** Die reformistische Genossenschaftsbürokratie hat aus sozialdemokratischen Koalitionsrücksichten die Verantwortung für diese Tat der Bürgerblockregierung **aufwälzen wollen und** „Hoffnung" auf die jetzige Koalitionsregierung und den neuen Reichstag gesetzt. Das Ganze **war** zwar nur ein taktisches Manöver zur Rettung der sozialdemokratischen Minister, denn **die** Genossenschaftsbürokratie wußte genau, **daß für die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer die sozialdemokratischen Minister mit den Ministern der bürgerlichen Parteien der jetzigen Regierung gemeinsam verantwortlich sind.** Der Sozialdemokrat Fleißner hatte sofort in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" den Rückzug angetreten und die Regelung der Gewerbesteuerfrage den einzelnen Ländern überlassen wollen. Nun aber entscheidet sich die „Musterkoalitionsregierung" Preußens auch in diesem Jahre wieder für die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer.

Als 1922 die SPD. gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien die **Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer im Reichstag ablehnte,** schrieb der Redakteur der „Rundschau", August **Kasch,** folgendes:

> „Man hat die Genossenschaften kurzerhand geopfert — im Volke sagt man minder höflich: **verraten und verkauft** —, weil sonst die politischen Vertreter der Handels- und Gewerbekreise das ganze Steuerkompromiß hätten **scheitern** lassen."

Damals wagte die Genossenschaftsbürokratie einen **Scheinprotest** gegen das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, und **Kasch** schrieb **offen, daß aus Koalitionsgründen die Interessen der Genossenschaften „verraten und verkauft" worden sind. Jetzt hat die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" nicht einmal ihre Mitglieder über das Verhalten der SPD. im Preußischen Landtag in der Gewerbesteuerfrage informiert.** Die reformistische Bürokratie hat viel offener als noch vor Jahren die Genossenschaften den Koalitionsinteressen unterordnet.

In der am 24. März stattgefundenen Vertreterversammlung des Konsumvereins **Remscheid** ist bereits eine **Protestentschließung** gegen das Verhalten der Koalitionsregierung in der Frage der Gewerbesteuer angenommen. Ueberall müssen jetzt die proletarischen Mitglieder sich gegen diesen neuen Schandstreich der preußischen Landtagsfraktion der SPD. und gegen das Verhalten der sozialdemokratischen Minister der Koalitionsregierung wenden. Der Kampf muß nicht nur geführt werden für die **Befreiung der Genossenschaften** von der **Gewerbe- und Umsatzsteuer,** sondern auch gegen die **neuen Steuer- und Zollpläne der Koalitionsregierung,** für die Beseitigung bezw. Herabsetzung der **Verbrauchs- und Lohnsteuern** und die stärkere Heranziehung der besitzenden Schichten für die Zahlung der Steuern.

Unterstützung des Kampfes der Erwerbslosen

Von der Erwerbslosigkeit ist eine Millionenarmee betroffen, von der beträchtliche Teile ohne jegliche Unterstützung sind und andere nur eine äußerst kärgliche Unterstützung erhalten. Die Arbeitergenossenschaften können sich **als proletarische Klassenorganisation** nicht über diese Millionenerwerbslosenarmee hinwegsetzen mit dem üblen Gerede über die angebliche politische „Neutralität" der Genossenschaften. Die Konsumvereine beschränken sich zur Zeit **vollständig auf eigene minimale Unterstützungsmaßnahmen für die Erwerbslosen.** So hat z. B. der Konsumverein **Gera** seinen erwerbslosen Mitgliedern eine **Lebensmittelhilfe** im Werte von 3,— Mark gewährt. Eine größere Anzahl Konsumvereine haben in ähnlicher Weise eigene Unterstützungen durchgeführt. Natürlich sind die von den Konsumvereinen an ihre erwerbslosen Mitglieder gewährten Unterstützungen nur äußerst unzulänglich und nicht ausreichend, die ungeheure Notlage der Erwerbslosen zu mindern. Die Gelder, die die Genossenschaft für die Unterstützungsmaßnahmen an die Erwerbslosen verwenden, werden von der Arbeiterschaft selber aufgebracht. **Es ist deshalb unmöglich, daß die Konsumgenossenschaften ihre Aufgaben im Kampf gegen die Erwerbslosigkeit mit diesen eigenen Unterstützungsmaßnahmen als erledigt betrachten können.** Wir sind für den Ausbau der genossenschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen an die Erwerbslosen im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Konsumvereine. Was aber tun die reformistischen Führer für die Durchsetzung der Forderungen der Erwerbslosen? Sie rühren keinen Finger. **Die Genossenschaften müssen in erster Linie sich an dem Kampf für die Durchsetzung der Forderung der Erwerbslosen beteiligen.** Auch sollen die Gemeinden den Konsumvereinen die Auslieferung der Sachleistungen übertragen, die sie den Erwerbslosen von Zeit zu Zeit zur Verfügung stellen. In allen Veranstaltungen gilt es die Genossenschaftsmitglieder für die Unterstützung des Kampfes der Erwerbslosen zu gewinnen.

Ausbau der Instanzendiktatu[r] in Genossenschaften

Wo der Einfluß der proletarischen Opposition in den Ma[ssen]organisationen wächst, versuchen die reformistischen Führer [die] Diktatur auszubauen, um die sozialdemokratische Partei[herr]schaft in den Organisationen aufrecht zu erhalten. Auch in [den] Arbeitergenossenschaften arbeitet die SPD. in dieser Weise. [In] der Konsumgenossenschaft **Berlin,** wo nur die gewünschte [Drei]viertelmehrheit für die Generalversammlung durch die [Un]gültigkeitserklärung aller Vorschlagslisten der Opposition [er]reicht werden konnte, hat die reformistische Bürokratie jetzt [eine] Reihe **beträchtlicher Statutenänderungen in Aussicht genom[men].** In der am 25. März stattgefundenen sozialdemokrati[schen] Funktionärversammlung, die sich als „Generalversammlung" [be]zeichnete, wurde „beschlossen", daß die **Wahl der Deleg[ierten]** nicht mehr wie bisher **jährlich,** sondern nur noch alle 3 J[ahre] stattfinden soll. Eine weitere Statutenänderung verlangt, [daß] die **Kandidaten** für die Delegiertenwahlen der Genossen[schaft] mindestens **3 Jahre angehören,** in den letzten **beiden Jahre[n den] Durchschnittsumsatz** erreicht und den **Geschäftsanteil** voll ei[nge]zahlt haben müssen. Bisher war die Kandidatur an kein[e] Voraussetzungen gebunden. Auch für die **Aufstellung der [Vor]schlagslisten** ist eine Aenderung dahingehend festgelegt, daß [die]selben von mindestens 10 Genossen unterschrieben sein mü[ssen,] die der Genossenschaft **mindestens 2 Jahre angehören,** den **D[urch]schnittsumsatz** erreicht haben und **über die Hälfte des Gesch[äfts]anteils** eingezahlt haben müssen. Das sind **nur einige** der [ein]schneidenden Aenderungen des Statuts.

Die reformistische Bürokratie **teilt damit die Mitglieder** [in] zwei Klassen ein, und die **wirtschaftlich schlecht gestellten Sch[ichten]** werden benachteiligt. Die Statutenänderung ist ein Be[weis] für den schwindenden Einfluß der Reformisten in der Mitgl[ieder]schaft. Die Reformisten versuchen mit diesen Mitteln die re[vo]lutionäre Arbeit der Opposition zu hemmen. Die Mitgl[ieder] werden den Kampf nicht nur gegen die sozialdemokrati[sche] Parteipolitik in der Genossenschaft weiterführen, sondern [auch] für den Ausbau des Selbstbestimmungsrechts der Mitgli[eder] und die Einreihung der Genossenschaft in die revolution[äre] Kampffront.

In den
Arbeiterkämpfen
müssen die Konsumgenossenschaften
proletarische Klassensolidarit[ät]
üben. Kämpft in Genossenschaften und Gewerkschaften für genossenschaftliche Unterstützung der nächsten Wirtschaftskäm[pfe]

Genossenschaftsbürokratie für Ausnahmebestimmungen gegen Konsumvereine

Nach monatelangem Schweigen beschäftigt sich die reformistische Genossenschaftsbürokratie in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" Nr. 13 mit den von der **kommunistischen Reichstagsfraktion eingebrachten Anträgen für die Genossenschaften,** die als „ein weiteres Glied in der langen Kette der gewissenlosen moskowitischen Bemühungen ... die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung unter allen Umständen zu schädigen" betrachtet werden.

Was ist geschehen? Die kommunistische Fraktion hat in einem **Antrag an den Reichstag** verlangt, daß, solange die Lebensmittel- und Industriezölle nicht vollständig beseitigt bezw. herabgesetzt sind, den Konsumvereinen des deutschen Zentralverbandes und des Reichsverbandes bezw. deren Großeinkaufsgesellschaften **Zollfreiheit** für die Einfuhr von Waren aus dem Ausland gewährt werden soll. **Diese Forderung wird als eine „Ausnahmeforderung" betrachtet, die nicht einmal „rechtlich" begründet werden könne.** Die Anerkennung der kapitalistischen Klassengesetze durch die reformistischen Genossenschaftsführer geht so weit, daß sie es sogar ablehnen, im Interesse der Arbeiterschaft gelegene Forderungen aufzustellen. Dabei schreiben diese Reformisten täglich über die Belastung der Genossenschaften mit Umsatz- und Gewerbesteuern durch den Klassenstaat, die sich „rechtlich" natürlich nicht rechtfertigen läßt. Dabei wissen die reformistischen Lakaien daß die Bourgeoisie die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und alle Notwendigkeiten der Kapitalistenklasse jederzeit „rechtlich" begründen kann. Die Genossenschaftsbürokratie erklärt, daß den politischen Parteien je die „Willenskundgebungen" der Konsumvereine in der Zollfrage bekannt seien. Daß die Genossenschaften selber Maßnahmen zur Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen den Zollwucher unternehmen müssen, auf diesen „Gedanken" kommt die reformistische Bürokratie nicht einmal.

Ebenso wenden sich die reformistischen Führer **gegen eine Aufhebung des gesetzlichen Verkaufsverbots der Warenabgabe an Nichtmitglieder.** Dieser Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion wird als eine „freiwillige Unterstützung des Mittelstandes" betrachtet. Die reformistische Bürokratie ruft wohl nach dem Staatsanwalt, der die Kleinhändler verurteilen soll, wenn von einzelnen Kleinhändlern diese Bestimmung des Genossenschaftsgesetzes gegen die Konsumvereine mißbraucht w[ird.] Die Reformisten begreifen nicht, daß erst mit der Beseitig[ung] dieser Ausnahmebestimmung ein Mißbrauch gegen die Kon[sum]vereine unmöglich gemacht wird und es den Genossensch[aften] auch dann selbst überlassen bleibt jederzeit zu entscheiden, ob d[ie] Warenabgabe auch an Nichtmitglieder erfolgen soll.

Natürlich müssen sich die reformistischen Bürokraten [auch] **gegen die geforderte Beseitigung der politischen Ausnah[me]bestimmungen gegen die Genossenschaften im Genossensch[afts]gesetz wenden.** Die Reformisten müßten nicht zu Verrätern [an] den proletarischen Klasseninteressen geworden sein, wenn sie [das] nicht tun würden. Die Beseitigung dieser Ausnahmebe[stim]mungen betrachtet die Bürokratie als eine schwere **„Schädigu[ng,] wenn nicht Zerreißung und Vernichtung der Konsumgenos[sen]schaftsbewegung".** Die Bürokratie erklärt auch frei und o[ffen,] wozu sie diese Bestimmungen im Genossenschaftsgesetz brau[cht.] Wenn nicht alle Genossenschaften ihre proletarischen Kla[ssen]pflichten preisgeben, dann ist „die gesetzliche Beschränkung [ver]ständlich und notwendig". Denn wenn die Macht der re[for]mistischen Bürokratie gegen die Konsumvereine nicht aus[reicht,] dann kann sie den kapitalistischen Klassenstaat zu Hilfe ru[fen,] **um ihn gegen solche Genossenschaften einschreiten zu lassen u[nd] ihre Auflösung zu betreiben.** Die reformistische Bürokratie [hat] ja schon in vielen Fällen mit der Klassenjustiz gedroht und [sich] nicht gescheut, Klassengerichte auf proletarisch geleitete Kon[sum]vereine direkt aufmerksam zu machen.

Die Bürokratie hat nur vergessen, ihre Stellung zu die[sen] Anträgen zu begründen. In allen Massenorganisationen dür[fen] die reformistischen Führer der sozialdemokratischen Koalition[s]politik keine Schwierigkeiten machen. **Die reformistischen Füh[rer] in Hamburg wissen, daß Hilferding, Severing und Wissell [für] diese Anträge nicht eintreten dürfen und deshalb unterord[nen] sie die Genossenschaften den sozialdemokratischen Koalition[s]interessen.**

Die Mitglieder der Konsumvereine haben durch dieses off[ene] Eingeständnis der reformistischen Bürokratie **wieder** erneut [ge]sehen, wie **die proletarischen Klasseninteressen der** Mitglie[der] preisgegeben und die Konsumvereine zu sozialdemokratisch[en] Zwecken mißbraucht werden.

Genossenschaftliche Rundschau

Fortschritte der Oppositionsarbeit in Suhl. Durch die Ultralinken (Maslowiten) ist die frühere kommunistische Mehrheit der Verwaltung des Konsumvereins S u h l an die SPD. ausgeliefert worden. Die revolutionäre Oppositionsarbeit im Konsumverein hat seitdem gute Fortschritte gemacht. **Bei den im März stattgefundenen Wahlen der Delegierten zur Vertreterversammlung hat die KPD. 25 Vertreter gewonnen und die SPD. 31 Vertreter verloren.** Bei der Wahl 1928 hatten die Ultralinken und die SPD. zusammen 121 und die Opposition nur 29 Vertreter, während sich jetzt die Vertreterversammlung aus 54 Vertretern der Opposition und nur noch 91 Vertretern der SPD. zusammensetzt.

Als Engros-Schieber in Bochum. In dem Konsumverein B o c h u m, in dem der bekannte Bolschewistenfresser Friedrich Geschäftsführer ist, mußte vor einiger Zeit der **Müllermeister** Stieger **fristlos entlassen werden.** Dieser „nette" SPD.-Bonze hatte große Mehlschiebungen begangen und der Genossenschaft beträchtlichen Schaden zugefügt. Die der Genossenschaft geraubten Gelder hat Stieger in zweifelhafter Gesellschaft in Bars und Likörstuben verpraßt. In Bochum geht das Gerücht um, daß Stieger mit Hilfe seines Freundes Friedrich in einem Betrieb der GEG. untergebracht werden soll.

„Bewährte" sozialdemokratische „Genossenschafter" gegen Verschmelzungspolitik. Der Konsumverein H a l l e betreibt zurzeit eine intensive Konzentrationspolitik. In letzter Zeit hat bereits der Konsumverein **Teutschenthal** seine Verschmelzung mit Halle beschlossen. Die Verschmelzung einer Reihe anderer Konsumvereine wie **Merseburg, Ammendorf, Gliesen, Lettin, Zwintschöna** usw. mit Halle steht bevor. Die sozialdemokratische Verbandsleitung des Mitteldeutschen Revisionsverbandes in Magdeburg hat diesem Verschmelzungsplan ihre Zustimmung gegeben. Das interessiert aber das sozialdemokratische **„Volksblatt"** in Halle nicht. Mit besonderer Freude wird ein Bericht über die Generalversammlung des Konsumvereins Dieskau-Zwintschöna kommentiert, der die Verschmelzung mit Halle ablehnte. **Dafür haben die Redakteure seit Jahren keinen Pfennig Umsatz in der Genossenschaft** gehabt. So sehen die von der reformistischen Genossenschaftsbürokratie gepriesenen „bewährten Genossenschafter" aus.

Neue Ausschlüsse in Weißenfels. Nachdem die sozialdemokratische Bürokratie des Konsumvereins **Weißenfels** bereits drei Kommunisten aus der Genossenschaft ausgeschlossen hatte, sind jetzt weitere zwei Mitglieder ausgeschlossen worden. Die sozialdemokratische Clique glaubt mit solchen Methoden die Verwaltung der Genossenschaft in ihren Händen zu behalten. Die Protestbewegung der Mitgliedschaft gegen den sozialdemokratischen Parteiterror wächst ständig.

Die Sowjetgenossenschaften auf dem Büchermarkt. Der von den russischen Konsumgenossenschaften des „Zentrosojus" betriebene Bücherhandel erfuhr im Jahre 1928 einen beträchtlichen Aufstieg. Neben einer Reihe selbstständiger Buchhandlungen wird der größte Teil der Bücher in **besonderen Bücherabteilungen der Konsumvereine auf dem Lande abgesetzt.** Im Oktober 1928 **waren insgesamt 5329 Buchläden bezw. Bücherabteilungen in** den Konsumvereinen vorhanden. Bis zum Oktober 1929 sollen weitere 3634 Buchläden bezw. Bücherabteilungen errichtet werden, so daß dann insgesamt etwa 12000 vorhanden sind.

Ausbau der Handelsbeziehungen der englischen mit den russischen Genossenschaften. Die reformistischen Führer der englischen Genossenschaften erkannten früher als die reformistischen Führer der anderen Länder die Vorteile, die die Handelsbeziehungen mit den russischen Genossenschaften ihnen bringen. Schon im Jahre 1922 wurden die Handelsbeziehungen der englischen mit den russischen Genossenschaften aufgenommen. Von 1922 bis 1927 erreichten die Umsätze den Betrag von etwa 70 Millionen Mark **während im Jahre 1928 der Umsatz allein etwa 30 Millionen Mark betrug.** Die Handelsgeschäfte der englischen und russischen Genossenschaften erreichten bisher also einen Betrag von über 100 Millionen Mark. Im Jahre 1928 haben die Sowjetgenossenschaften Einkäufe bei den englischen Genossenschaften im Betrage von etwa 20 Millionen Mark getätigt. Die restliche Summe entfällt auf Einkäufe der englischen Genossenschaften bei den Sowjetgenossenschaften. Bei den Einkäufen **werden den Sowjetgenossenschaften die Beträge gewöhnlich bis** zu 90 Prozent kreditiert, und zwar auf die Dauer von 6 [bis] 9 Monaten je nach der Art der eingekauften Waren.

Auch Ausbau der Handelsbeziehungen der österreichi[schen] und russischen Genossenschaften. Der „Freie Genossenscha[fter]" vom 1. März, das Organ des **Verbandes österreichischer Kon[sum]vereine, veröffentlicht einen Artikel über den Handelsverkehr** [der] russischen und österreichischen Genossenschaften. Darin wird [der] Ausbau der gegenseitigen Geschäftsbeziehungen begrüßt. [In] Oesterreich sind zur Finanzierung der Geschäfte besondere Finan[z]stellen („Ratao" u. „Russex") gegründet, an **der die Genossen[]schaften neben der Sowjetregierung beteiligt sind. Die [öster]reichischen reformistischen Führer setzen sich für die Handel[s]beziehungen mit den russischen Genossenschaften und Sowjet[ruß]land in erster Linie ein, weil sie eine „Gesundung" der W[irt]schaft Oesterreichs erhoffen**

Verantwortlich für Verlag und Inhalt. Edwin Hoernle, M. d. R., Ber[lin]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290419-12/fragment/page=0014